

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münst. 3. Fernsprechanstalt. Inserate 1567 Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zentralspreisliste Seite 404.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inserationsgebühren: die Tagesblätter 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamtzeitungsblatt 1 Mk. Postgebühren: Nr. 5258 Berlin. — Etwasiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 59.

Magdeburg, Dienstag den 11. März 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten und 4 Seiten „Die Raft“.

Die Revolution von 1813.

Da die hundertjährige Wiederkehr des Tages, an dem von Breslau aus der Ruf „An mein Volk“ erging, in die Karwoche fällt, hat die fromm-christliche preußische Regierung den 10. März zum Hauptfeiertag des Jubiläumjahres bestimmt. Wer etwas auf sich hält und Wert darauf legt, als loyaler Untertan zu gelten, der zog den Bratenrod an, stülpte den Zylinder auf und beteiligte sich, ob Jude oder Christ, an dem Kirchgang, der diesmal in das übliche, Klingling, Bumbum und Lächelgada preußischer Feste etwas Abwechslung bringen soll.

Wir Sozialdemokraten sind nicht mit von der Partie, wir lassen die andern bei ihrem Gottesdienst so gut wie bei ihren Festessen, Kommersejnen und vaterländischen Spielen unter sich. Für diese Art von Feiern, bei denen jede Geste eine Pose und jedes Wort eine Geschichtsfälschung ist, haben wir nichts übrig. Aber wer auf das Mitfeiern verzichtet, der braucht sich deshalb noch nicht des Mitgedenkens zu enthalten, und wir haben allen Anlaß, uns ebenfalls in die Zeit vor 100 Jahren zu vertiefen. Nicht nur, weil wir immer bereit sein sollen, aus der Geschichte zu lernen; auch nicht nur um die historischen „Irrtümer“ der Patrioten richtigstellen zu können, sondern weil auch mit unsern Augen gesehen, daß Jahr 1813 ein Jahr der Erhebung gewesen ist. Unser berechtigtes Mißtrauen gegenüber allen neupreussischen Jubiläen kann uns nicht hindern, die für denkwürdig erklärten Geschehnisse objektiv zu würdigen und uns in unserer Art an ihnen zu erbauen.

Von all den Jahrhundert-, Halbjahrhundert- und Vierteljahrhundertserinnerungen der neuern Zeit ist die an das Jahr 1813 wohl die einzige, an der das Volk mit vollem Bewußtsein Anteil nehmen darf. Die innere Berechtigung des „Befreiungskriegs“ kommt dabei nur in zweiter Linie in Betracht. Napoleon war der Vollstrecker der Ideen der Französischen Revolution. Die Kolbenschläge seiner Soldaten haben die Lore gesprengt, mit denen sich das heilige römische Reich deutscher Nation in all seinen Teilen gegen den freien Luftzug der modernen Zeit absperrte. Aber die Faust des Siegers und Eroberers hat nicht nur die Dynastien geschüttelt und gezaust, sie hat auch mit einem schweren, tyrannischen Drucke besonders auf dem preussischen Land und dem preussischen Volke gelastet, und wenn die westlichen Teile Deutschlands, die entweder dem französischen Staate einverleibt wurden oder in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Napoleon kamen, ihn als Befreier von dem drückenden Joche der mehr oder minder aufgeklärten Despoten begrüßen konnten, so ist doch der Elbe war er nur der unerbittliche Unterdrücker.

Gewiß ist es des Kaisers Verachtung für die preussische Regierung und den preussischen König gemein, die das preussische Volk zu entgelten hatte, doch das Recht der Befreierten zur Gegenwehr war darum nicht geringer, und für die Abschüttlung von Fesseln hat die Sozialdemokratie unter allen Umständen Verständnis. Dieses Verständnis wird zur Sympathie, wenn der Wille zur Befreiung nicht dem Befehl der Mächtigen und Fürsten sein Entstehen verdankt, sondern sich ohne diesen äußern Anstoß oder sogar im Gegensatz zu den Herrschenden Bahn bricht. Das aber war in Preußen der Fall. Die Freiheitsbewegung des Jahres 1813 war bis zum Ausbruch des Krieges eigenlich eine revolutionäre Art, und sie büßte auch dadurch ihren Charakter nicht ein, daß das Heer mit dem Volke gemeinsame Sache machte, und daß es hohe Offiziere und Vertreter des Adels waren, die führende Rollen übernahmen.

Mit einem Bruch des Fahnenrings begann die Sache. Der General York, der mit seinen Truppen von den seinem obersten Kriegsherrn verbündeten Franzosen zu den Russen übergang, handelte auf eigene Faust, und die Offiziere, die sich ihm anschlossen und sich weigerten, den Berliner Weisungen zu gehorchen, waren nichts anderes als Rebellen, die von Rechts wegen den Tod auf dem Sandhaufen verdient hätten. Sie würden ihn auch erlitten haben, wenn das Unternehmen anders ausgegangen wäre, am Ende auch schon, wenn jener Schwächling, den ein graufames Geschick den preussischen Thron zieren ließ, die Möglichkeit gehabt hätte, an die Verbacher heranzukommen. So beschränkte sich Friedrich Wilhelm 3. mit der Absetzung des Generals, die auf dem Papier blieb, und mit einem de- und wehmütigen Entschuldigungsbrief an Napoleon.

Als Verbündeter des russischen Alexander auf eigene Rechnung rückte York dann in Ostpreußen ein, und mit

ihm kam der Freiherr vom Stein, der die preussischen Dienste mit den russischen vertauscht hatte. Er war vom Zaren zum sozusagen unumschränkten Verwalter der Provinz seines ehemaligen Herrn ernannt worden, und in dieser Eigenschaft organisierte er die Kämpfungen Ostpreußens gegen den Staat, mit dem Preußen im Bunde stand. Was war dem Freiherrn vom Stein der König von Preußen, dessen Minister er zuvor gewesen? „Ich habe“, so hatte er kurz zuvor an den Grafen Münster in London geschrieben, „nur ein Vaterland, das heißt Deutschland... mir sind die Dynastien in diesem Augenblick... vollkommen gleichgültig.“ Mit Hilfe Russlands hoffte er seine Pläne zu verwirklichen. Ihm war die Zukunft des Hohenzollernhauses und des preussischen Staatswesens genau so gleichgültig wie Gneisenau, der, als ihm der Widerstand der Reformgegner unüberwindlich schien, nach England gegangen war und von dort den Vorschlag machte, England solle mit einem Landungsheer in Norddeutschland aufzutreten, alles für sich selbst erobert, dem Lande die englische Verfassung geben und es dem britischen Reiche einverleiben.

Schritt vor Schritt mußte der gekrönte Preuze vorwärts getrieben werden. Er zweifelte daran, daß sich Freiwillige melden würden; er hielt einen Sieg über Napoleon für ausgeschlossen. Er ließ sich von dem von Clausewitz mit beiderer Schärfe charakterisierten Hofadel, der sich mit den Zuständen vortrefflich abgefunden hatte, immer wieder zum Zögern bestimmen. Die ganze heute gefeierte „Wiedergeburt“ Preußens erschien ihm nicht nur, wie er sich einmal in einem Briefe an Gneisenau ausgedrückt hatte, als „Boesie“, sondern auch als eine hochgefährliche Sache. Untertanen, die anfangen, sich als Volk zu fühlen und nicht auf die Befehle ihres allergnädigsten Herrn warteten, bis sie sich zur Begeisterung entschlossen — das war für den Hohenzoller ein schrecklicher Gedanke, und am Ende hat ihn wahrscheinlich zu dem entscheidenden Schritte nur die Furcht bestimmt, die Bewegung werde über seinen Thron und vielleicht über seinen Leib hinweg weiter schreiten. Im Februar 1813 schrieb der englische Diplomat Dmpteda an seine Regierung: „Wenn der König länger zaudert, so sehe ich die Revolution als wahrscheinlich an.“

Ein Volk, das so im Gegensatz zu dem Herrscher und nur widerwillig unterstützt von der Regierung zum Kampfe drängt, kann sich nicht das Ziel gesetzt haben, einen fremden Eroberer zu beseitigen, um dann sanft und demütig unter das Joch der ansehnlichen Monarchen zurückzuführen. Zweifelloso waren unter den militärischen Führern und den abligen Gönnern des Freiheitskrieges manche, die in Napoleon nur den Sohn der Revolution sahen und nichts wünschten als die Wiederherstellung eines nicht durch gefährliche Ideen bedrohten Preußens. Aber die Masse wollte mehr. Sie träumte von dem einen Deutschland und der Freiheit der Institutionen in seinen einzelnen Staaten. Um diese Frucht ist sie betrogen worden, und wer deshalb heute jubelt, der feiert gleichzeitig die Niederlage des Volkes. Wenn das Jahr 1815 und die folgenden so geworden wären, wie sie das Volk erhofft hatte, dann würde aller Wahrscheinlichkeit nach das offizielle Preußen des Jahres 1813 nicht gedenken. Dies Jahr erscheint denen, die zum Beten gehen, nur deshalb so bewundernswert, weil durch das, was die wunderbare Fügung des Himmels genannt wird, die Erhebung des preussischen Volkes nicht ihm selbst, sondern nur dem preussischen Staatswesen und seiner Dynastie zugute gekommen ist. Sie feiern die nicht erfüllten Versprechungen der Propheeten, in denen von Freiheit und Verfassung die Rede war.

Der Sozialdemokratie aber bleibt es vorbehalten, die Revolution von 1813 zu vollenden. Nach dem Feindzug schrieb einer der feurigsten Patrioten, der Professor Steffens, von den jungen Kriegern, die zu Politikern geworden seien: „Wo ist das Deutschland, fragen sie, für welches zu kämpfen wir aufgefordert wurden? Es lebt in unserm Innern. Zeigt es uns, wo wir es finden, oder wir sind genötigt, es uns selbst zu suchen!“ Das neue Deutschland und vor allem das neue Preußen ist noch immer nicht gefunden. Die Sozialdemokratie will es erkämpfen! —

Blech für Eisen.

Aus München wird uns geschrieben: Die „Bayrische Staatszeitung“ hat die Aufgabe zu lösen versucht, die Sühnegabe für den Jesuitenmord herzustellen, die Herr von Hertling in Berlin beliebt machen soll, wenn er jetzt mit seinem Herrscherwillen die Reise zum Hohenzollernhof

antritt. Der schon vor der Veröffentlichung in alle Welt teleggraphierte Hertlingsche Hymnus auf die Opfersteuer ist eine unmäßige plumpe Umschmeichlung des echten Wilhelmianischen Einfalls und dient dazu, soll dazu dienen, den in Berlin gründlich verkrachten klerikalen Staatsmann wieder in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Aber auch dieser Hertlingsche Versuch ist äußerst ungeschickt, weil er zu großsträhmig seinen Zweck verrät. Hertling feiert den Besitz, die Schicht der Begüterten, die den bedeutungsvollsten Teil der Opfer tragen soll. Das ist für ihn eine „Lat von weltgeschichtlicher Größe“.

Im ersten Uberschwang hatten die Berliner Offiziere berechnet, daß nach den Ergebnissen der preussischen Vermögenssteuer die Millionäre „müheelos“ durch eine halbprozentige Besteuerung der Vermögen über 50 000 Mark aufgebracht werden könnten, also durch einen unspürbaren Bruchteil des aus den Vermögen arbeitslos gewonnenen Zinsgewinnes. Jetzt greift Herr Hertling dieser untaugliche Abfindungsveruch bereits erschütternd in die Substanz seiner kapitalistischen Seele. Und mit dieser Bettelgabe sollen nicht nur die Machtmittel des Reiches wirksam verstärkt werden, sondern auch „der Geharbeit der Sozialdemokratie der Boden entzogen“ werden. Alles für einhalbprozentigen militärischen Zinsverlust, dargebracht auf dem Altar des Vaterlandes.

Und nachdem Hertling die Größe solcher Aufopferung dermaßen gepriesen, steuert er dann zu seinem Stiebungs-gedanken, mit dem er einst nachfolger Bismarcks zu werden hoffte. Diese Frage über den Parteien müßten die Parteien „in einmütiger Geschlossenheit“ lösen, was ihnen um so leichter werden würde, als zu der gleichen Zeit, da so der Geist patriotischen Opferfinns durch die Lande geht, die Sozialdemokratie „das beklagenswerte Dokument der Vaterlandslosigkeit“, den deutsch-französischen Aufruf gegen die neuesten Ausbrüche des Militarismus veröffentlicht habe. Hertling findet das „System einer Verständigung über die Grenze des Vaterlandes hinüber bedenklich“. Die proletarische Berufung auf die Solidarität der Arbeiter aller Nationen sei geeignet, die Köpfe und die Begriffe zu verwirren. Bei der Masse müssen derartige Kundgebungen das Gefühl der Disziplin und der Unterordnung unter die militärische Befehlsgewalt schwächen.

Früher liebte man es, die Sozialdemokratie, im Gegensatz zu den französischen Genossen, als die Vaterlands-losesten zu brandmarken. Der gemeinsame Aufruf macht diese nationale Verleumdung der Hälfte des deutschen Volkes unmöglich. Jetzt greift man die internationale Solidarität an, und diese Gehe geht gerade von einem Staatsmann aus, der der am engsten verflochtenen, nach einheitlichen Weisungen handelnden internationalen Organisation angehört. Der fordert jetzt das deutsche Volk auf, wegen der brüderlichen Verständigung der Arbeiter gegen die Kriegsbegeisterung in eine Bilanz gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Was will er denn gegen den Aufruf? Wendet nicht gerade er sich, im ernstern Sinne der „Opfersteuer“, an den zur Tragung der Heereskosten verpflichtenden Patriotismus der Besitzenden? Und tritt nicht dieser Aufruf für die Schaffung einer Militärein, die vor hundert Jahren die Siege gegen Napoleon erfochten hat? Auch Herr von Hertling verkennt gründlich den Geist von 1813. „Gold gab ich für Eisen“ — das war die Inschrift der eisernen Kränze, durch die man die für das Vaterland geopfert goldenen ersetzte, er gibt nur Blech für Eisen. Das sagt ihm sehr derb sein eignes Münchner Parteiblatt.

Denn zu derselben Zeit, da die „Staatszeitung“ jenen Hertlingschen Aufsatz brachte, erschien das Münchner Zentrumorgan mit einer unabweisbaren Kriegserklärung gegen die „Kriegssteuer“. Das Blatt stellt sich schärend vor die Einhalbprozentpatrioten des feudalen Großgrundbesitzes und vor allem der toten Hand, die ja nun auch genötigt wäre, die stark geschlossenen Finger ein wenig zu öffnen. Die Meldung von der Vermögensabgabe, so höhnisch das Zentrumblatt, habe man anfangs für einen schlechten Witz gehalten. Der Staat könne ja auf ungemeine Popularität rechnen, wenigstens bei jenen, die davon nicht betroffen werden. Ueberhaupt könne man nicht die Summe herausholen aus Vermögen über 30 000 oder 40 000 Mark. Die Vermögenssteuerkonfiskation müsse sehr viel weitergehen, um den gewollten Effekt zu erreichen. Und im Gegensatz zu Hertling, der mit der kleinen Opfergabe die Sozialdemokratie niederzuschlagen hofft, sieht das Zentrumorgan in dem Gedanken zum erstenmal in Deutschland einen Sieg des sozialistischen Konfiskationsprinzips, das ja nun nur noch öfter wiederholt zu werden brauchte. Das Blatt würdigt die Lat von weltgeschichtlicher Größe als eine Gewalt- und Verzweiflungsmaschine. Es spricht von einer Kriegskontribution.

So nähert man sich allmählich schon wieder dem alten System, das die Milliarde dort zu holen suchte, wo kein Ver-

mögen ist, sondern nur der Konfiskationsfähige Arbeitslohn des Proletariats. Am Ende wird aus der Vermögensabgabe der Millionäre eine allgemeine Spargabe der kleinen Spärer werden, eine Steuer auf die Sparkassenbücher.

Das würde denn auch eine würdige Feier des Opferjahrs 1813 sein. Denn auch damals haben nicht die Besitzenden, nicht Fürsten, Adel und Klerus die Opfer gebracht, sondern die Masse der Besitzlosen. Der preussische Adel verhinderte mit Erfolg seine eigene Besteuerung, und die französischen Kriegskontributionen wurden aufgebracht durch eine mörderische Erhöhung der ohnehin unerträglichen indirekten Steuern. Die Ablehnung der Einkommensteuer führte damals Niebuhr auf den Widerstand des Adels zurück, der jetzt ganz frei von neuen Lasten sein wollte, während auf die Familie des Landmanns und Tagelöhners durchschnittlich im Jahre 5 bis 6 Taler neue Lasten fielen; und Niebuhr erinnerte an das Wort Turgots: „Die Gabel des Adels deckt sich mit dem Mantel der Selbstgefälligkeit.“ Diese Steuerfreiheit setzte das Junkertum durch in einer Zeit, da, wie es in einer amtlichen Denkschrift heißt, die Städte durch Einquartierungen und die Bauern durch Marsch-Quartiere und Kriegszüge zugrunde gerichtet wurden, während die Gutsbesitzer ihre Produkte zu hohen Preisen an die Lieferanten verkaufen konnten.

Auch vor hundert Jahren wurden die Kriege nicht durch die Opfer der Fürsten, des Adels, der Besitzenden gefristet, und die Kriegskosten wurden, abgesehen von den Gut- und Blutopfern der Unbegüterten, aufgebracht durch englische Subventionen in Bargeld und Waffen, vor allem aber durch die Massenausgabe von ungedecktem Papiergeld, für dessen Einlösung nach dem Sieg über Napoleon England sich vertragsmäßig gegenüber Preußen, Oesterreich und Rußland verpflichtet hatte. Vielleicht entschließt man sich auch jetzt, diesen Weg der Assignatenpolitik zu beschreiten, da nun einmal die armen Millionäre nicht zahlen können und das Proletariat dieses blutige und schamlose Spiel mit der Einziehung seines hart erworbenen, des Lebens Notdurft nicht fristenden Arbeitslohns nicht länger dulden wird. —

Der richtige Weg.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer letzten Wochenübersicht nochmals zusammenfassend mit der Aufnahme, die der vor acht Tagen von ihr veröffentlichte Vorschlag einer einmaligen Vermögensabgabe gefunden hat. Dabei schreibt sie u. a.:

Die einmalige Vermögensabgabe zur Deckung der einmaligen Heeresforderung erscheint mehr und mehr als der richtige Weg. Es wird nur darauf ankommen, den einfachen und klaren Gedanken der Vermögensabgabe festzuhalten und Abwege bei der Erörterung über die praktische Gestaltung zu vermeiden.

Es ist erfreulich, daß das Regierungsblatt nun endlich einmal einen allgemein ganz richtig als sozialistisch gekennzeichneten Gedanken in seiner einfachen Klarheit zu würdigen weiß. Die Sozialdemokratie hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß einmal bewilligte Heeresforderungen, wie die Ausgaben des Reiches überhaupt, aus Abgaben vom Vermögen zu decken sind. Sie stimmt daher auch vollständig der Meinung zu, daß die einmalige Heeresforderung — falls sie entgegen der sozialdemokratischen Opposition von der Mehrheit bewilligt werden sollte — durch eine Vermögensabgabe zu decken ist, daß alle Abwege dabei vermieden werden müssen.

Ein Abweg wäre es, die „einmalige Heeresforderung“ nach einmaligen und dauernden Ausgaben zu scheiden. Denn diese Heeresforderung verlangt nicht nur eine Milliarde, sondern in Wirklichkeit je sechs Milliarden, nämlich eine Milliarde auf einmal und den kapitalisierten Betrag von 200 Millionen Mark jährlich. Diese sechs Milliarden aus einer einmaligen Vermögensabgabe zu beschaffen ist der richtige Weg, wobei Ratenzahlungen gern gestattet sein sollen.

Wollte man hingegen die erste Milliarde der einmaligen Heeresforderung durch die sogenannte „Kellerjammung“ aufbringen, die Zahlung der restlichen fünf Milliarden oder 200 Millionen jährlich ganz oder teilweise den heillosen Massen überlassen, so wäre das nicht nur ein „Abweg“, sondern ein ganz dreifacher Uebelthätungsversuch, der mit der allgeröchtesten Entschiedenheit zurückgewiesen werden müßte.

Von den 180 Milliarden, auf die das Vermögen der Besitzenden Klassen Deutschlands sehr beizugehen geschätzt wird, sind 6 erst der dreißigste Teil. Eine Vermögensabgabe von 3½ Prozent im Durchschnitt, wobei kleinere Vermögen niedriger, größere höher besteuert werden könnten, ist gewiß nicht unerträglich, zumal wenn sie auf eine Reihe von Jahren, sagen wir z. B. auf 10 Jahre, verteilt wird. Da sich das Vermögen der Besitzenden Klassen im allgemeinen höher als mit 3½ Prozent verzinst, da ferner auch die großen Einkommen mit herangezogen werden können, die nicht mit einer entsprechenden Kapitalanlage fundiert sind, darf man annehmen, daß 6 Milliarden noch lange nicht das jährliche Gesamteinkommen der Besitzenden Klassen darstellt. Was ihnen nach diesem Plane zugemutet wird, ist also weiter nichts, als daß sie in den nächsten Jahren jährlich auf die Einnahme von ungefahr des Einkommens eines Monats verzichten sollen, was bei Einkommen über 10 000 Mark doch wirklich kein so ungeheures Opfer ist.

Einspeiseln wissen wir freilich immer noch nicht, wie die dauernden Ausgaben der einmaligen Heeresforderung bestritten werden sollen, und so ist zu befürchten, daß sich die Wege der Regierung und der Sozialdemokratie gleich bei dem ersten Weilenstein, nach der Abzahlung der ersten Milliarde, wieder scheiden werden. Die Sozialdemokratie wird es auf alle Fälle der Regierung überlassen. Abwege einzuschlagen, die zurück zur Massenbelastung durch indirekte Steuern führen, sie bleibt auf dem richtigen Weg und fordert — wenn nicht noch im letzten Moment die Vermittlung die Oberhand gewinnt und das ganze Opfer vermieden wird — Aufbringung sämtlicher Mittel zur Deckung der neuen Heeresvorlage aus Vermögen und Einkommen der Besitzenden Klassen. —

Wer trägt die Schuld?

Diese Frage stellt im „Tag“ der Gesandte a. D. R. Raschdau, und er beginnt ihre Beantwortung mit folgender Feststellung: „Ganz Frankreich ist selbstverständlich davon durchdrungen, daß Deutschland den Anlaß zu der neuen Anspannung der Rüstungen gegeben hat. Dagegen einzuwirken, wäre bei der in allen nationalen Fragen unnachgiebigen Art unserer Nachbarn vergebliche Mühe. Aber es gibt auch in Deutschland Leute, die der gleichen Ansicht sind und die Verantwortung für die neue Erregung uns selbst zuschreiben geneigt sind.“

Herr Raschdau bemüht sich dann in spaltenlangen Ausführungen, den vermeintlichen Beweis dafür zu erbringen, daß diese Leute in Deutschland, die der deutschen Regierung die Schuld an der neuen Rüstungskrafterei zuschreiben, sich im Unrecht befinden. Den Franzosen ihren angeblichen Irrtum nachzuweisen, bemüht er sich erst gar nicht, in dieser Beziehung hält er ja, wie er selbst sagt, Kopfen und Maß für verloren. Was aber für die Franzosen gilt, das gilt für alle Völker Europas. Alle sind sie davon überzeugt, daß Deutschland den Anlaß zu den neuen Rüstungen gegeben hat, denn alle halten sie sich an die Tatsache, daß aus Deutschland zuerst — durch den berühmten Marmartikel der „Post“ — neue Rüstungen angekündigt worden sind, und daß erst durch diese Ankündigung und als Antwort auf sie die neue Rüstungsbewegung an andern Ländern in Fluß geraten ist.

Ganz Europa ist also mit den Franzosen und mit einem großen Teile des deutschen Volkes selbst einig in der Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung hier die Rolle des internationalen Rüstungstreibers und Störenfrieds gespielt hat. Nach Herrn Raschdaus Meinung ist die deutsche Regierung freilich ein Lämmlein, weiß wie Schnee. Aber was bedeutet Herr Raschdau — bei allem Respekt vor solchen ausgemusterten Exemplaren der deutschen Diplomatie — was bedeutet Herr Raschdau gegen die ganze Welt?

Nehmen wir einmal an, die deutsche Regierung wäre wirklich so unschuldig, wie Herr Raschdau vorgibt, und sie hätte bloß den bösen Schein gegen sich. Auch dann, ja dann erst recht wäre ihr Verhalten zu verurteilen. Denn eine Regierung, die solchen Schein nicht vermeiden kann und alle Welt gegen sich aufbringt, schädigt aufs schwerste die Interessen des deutschen Volkes. —

Eine Kapuzinerpredigt an die Besitzenden.

Während die Ganzoffiziösen noch immer so tun müssen, als schwämmen die Parteien der bestehenden Klassen über die ihnen zugemutete Vermögensabgabe in einem Meere patriotischer Begeisterung, sind die Halboffiziösen schon beauftragt, gegen die sich regenden Oppositionsgelüste der großen Portemonnaies mobil zu machen. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ führt aus, daß sich offener Widerstand nicht herbortrage, da man einsehe, „daß der Sieg dieses Deckungsplans nicht zu verhindern ist, nachdem er einmal als Appell an das Gewissen des Besitzes ins Volk hinausgetragen worden ist“, fährt aber dann fort:

So zieht man sich zum Teil auf den Versuch zurück, die Vermögensabgabe so weit zu regeln, daß sie diesen oder jenen Klassen des Besitzes möglichst unempfindlich bleiben soll. Die Parteien auch jetzt wieder mit den alten Lebenshütern aus der Zeit des Kampfes um die Erbschaftsteuer gegeneinander heranzuziehen zu sehen, macht einen im höchsten Grad abstoßenden Eindruck. Wer steuerfähig sei, das bewegliche oder das unbewegliche Vermögen, wer in der Steuerbrüderlei größere Erfahrung besitze, der Städter oder der Landwirt, das sind Fragen, für die dem Volke in der gegenwärtigen Lage jedes Verständnis fehlt. Die öffentliche Meinung wird jeden Versuch, die wirklich schwachen Schultern zu schonen und die Vermögensabgabe im einzelnen so glimpflich wie möglich zu gestalten, ohne weiteres aufheben. Selbstmord und Eigenmord wird sie dagegen, wo sie sich trotz der Not des Vaterlandes wieder hervorwagen, in ihrer Niedrigkeit rüchsigstlos brandmarken. Wir wissen alle, daß das Volkvermögen im letzten Jahrzehnt enorm gestiegen ist, daß Industrie und Landwirtschaft mit den Erträgen ihrer Arbeit zufrieden sind, und daß die Lebenshaltung der wohlhabenden Kreise vielfach einen luxuriösen Charakter angenommen hat. Deshalb wäre es über die Klassen kläglich, wenn es der Steuerhosen oder der Parteiverblendung gelingen sollte, den Gedanken der Regierung bis zur Unlöslichkeit zu verwässern.

Mit der patriotischen Opferfreudigkeit der Besitzenden Klassen muß es eigenartig bestellt sein, wenn ein von der Regierung inspiriertes Blatt es für notwendig hält, in solchen Tönen mit ihnen zu reden. Allerdings die „Not des Vaterlandes“ kann auch die Sozialdemokratie nicht anerkennen, sie sieht darin weiter nichts als eine aus historischen Feiernummerungen herausgeklauete Phrase. Aber die Parteien der Besitzenden Klassen haben ja früher in diese offiziöse Tonart mit eingestimmt, sie waren bereit, der „Not des Vaterlandes“ jedes Opfer zu bringen, solange sie glauben durften, daß dieses Opfer vollständig aus der Tasche der anderen gebracht werden sollte. Jetzt auf einmal, da sich herausstellt, daß diesmal die reichen Leute auch mit heran müssen, ist der Klassenjammer riesengroß. Wie stehen jetzt diese Leute da, die sonst die Sozialdemokraten als vaterlandstolle Geisteskranken beschimpften, weil sie die Interessen von neun Zehnteln der Bewohner dieses Vaterlandes gegen die Ruffluger der Militarismus zu verteidigen wagte. „Der Militarismus trägt uns!“ Hagte dieser Tage sogar ein Zentrumblatt. Die Sozialdemokratie belächelt das geistige Ungeheuer. Aber wenn der Militarismus weiterträgt, dann mag er die fetten Speckseiten freilegen aus der Speisekammer der Leute, deren Lebenshaltung vielfach einen luxuriösen Charakter angenommen hat, nicht aber das letzte Stück Brot dem Tische der Armen! —

Der Balkankrieg.

Die Friedensaussichten verschlechtert.

Die Eroberung Janinas durch die Griechen hat, wie wir sofort hervorhoben, die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß nicht gebessert. Zwar könnte sie in Konstantinopel die Aussichtslosigkeit einer Weiterführung des Kampfes beträchtlich unterstreichen, wenn sie dort nur bekannt wüßte. Die Regierung unterschlägt aber die Meldung und geht sogar so weit, den „Gerüchten“ von einem Falle Janinas zu widersprechen. Konstantinopels Bevölkerung erfährt also zunächst gar nicht, daß das letzte türkische Bollwerk in Südalbanien beseitigt und daß mehr als 30 000 türkische Soldaten in Kriegsgefangenschaft geraten sind. Die jungtürkische Regierung beschäftigt sich derweil mit der nützlichen Aufgabe, all die Verschwörungen aufzudecken, die jeder Tag neu gebiert. Was für die Herren Jungtürken ja sehr nützlich sein mag, aber für das türkische Reich keinen Gewinn verspricht.

Andererseits ist der große Erfolg der griechischen Waffen nur geeignet, die Forderungen der Balkanstaaten ins Maßlose zu steigern. Man weiß zwar noch nicht genau, welche Antwort den ihre Vermittlung antragenden Großmächten in den Balkanhauptstädten zuteil wurde, doch der Schluß liegt nahe, daß sie die Bedingungen von neuem erhöht haben. Sogar ein russisch-panlawinisches Blatt, das „Russoje Slowo“, gibt den Balkanstaaten zu verstehen, sie möchten sich doch ein wenig Maß auferlegen. Es sei ebenjü unmöglich, daß sich die Großmächte für die Linie Midia-Rodosto einsetzen und damit für die Auslieferung des Marmarameers an die Bulgaren, wie das Verlangen durchzusetzen, die Türkei solle 1000 Millionen Kriegskosten-Erschädigung zahlen. Die Türkei sei überhaupt nicht imstande, eine solche Summe aufzubringen. Bei dem ungeheuren Besitzerverb, den die Balkanstaaten machten, sei von vornherein die Forderung einer Kriegsschädigung vollständig unberechtigt.

Aber die Verbündeten hören nicht mal mehr auf russische Mahnungen. —

Letzte Meldungen.

Wb. Wien, 10. März. Wie die Blätter aus Sofia melden, sind die Befestigungen von Adrianopel gestern den ganzen Tag über heftig bombardiert worden. Die Bulgaren haben sich nach mörderischem Kampfe des Forts Seitan Tarta bemächtigt, wobei 400 türkische Soldaten und 20 Offiziere gefangen genommen wurden. Ein Versuch der Türken, das Fort wiederzuerobern, mißlang. —

Wb. Athen, 10. März. Wie der Kronprinz aus Janina gemeldet hat, haben vorgestern zwei Bataillone und eine Kompanie Infanterie, zwei Abteilungen Artillerie und eine Abteilung Kavallerie Paramythia besetzt. Die Einnahme von Margariti steht bevor. —

Wb. London, 10. März. Die Londoner Blätter melden aus Konstantinopel: Seit 3 Tagen sind keine neuen Nachrichten aus Adrianopel mehr eingetroffen. Die türkische Regierung beginnt bereits über das Schicksal der Festung beunruhigt zu werden. Die „Daily News“ erhalten hingegen aus Konstantinopel Meldungen, denen zufolge dort ein Telegramm Schütrüf-Paschas eingelaufen sei, in dem der Verteidiger Adrianopels erklärt, daß er die Festung nicht länger halten könne und über die Bedingungen anfragt, unter denen er eventuell die Stadt dem Feinde überliefern darf. —

Wb. Konstantinopel, 10. März. In mittlischen Kreisen ist man gegen das Ministerium aufgebracht, weil dieses in der Tat jetzt Adrianopel abtreten will. Blätter bringen heftige Artikel gegen einen Friedensschluß, der auf der Basis einer Abtretung Adrianopels zustande käme. —

Wb. Sofia, 10. März. Die griechische Regierung soll die Absicht haben, die Annexion aller Territorien, die von griechischen Truppen besetzt sind, zu erklären. Auch aus Montenegro kommen Nachrichten, die geeignet sind, den Gang der Friedensverhandlungen sehr zu erschweren. Man behauptet nämlich in offiziellen Kreisen, daß Montenegro nicht eher an Friedensverhandlungen teilnehmen wird, bis Sutari gefallen ist. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. März 1913.

Die Bedrohung des Koalitionsrechts.

Ueber dieses wichtige Thema sprach am Sonntag vormittag im vollbesetzten Saale des „Ruisenparks“ der Reichstagsabgeordnete Genosse Otto Landsberg. Bereits um 11¼ Uhr konnte der Vorsitzende, Genosse Flügge, die Riesensammlung mit einigen einleitenden Worten im Namen des Gewerkschaftsrates für eröffnet erklären.

Genosse Landsberg, bei seinem Erscheinen mit Gändelstutzen begrüßt, führte etwa folgendes aus:

Auf den Blättern der römischen Geschichte wird ein demütiger Verfall erwähnt. Die Plebejer Roms sollen, durch den Druck der herrschenden Patrizier veranlaßt, eines Tages die Stadt verlassen und sich außerhalb derselben auf dem heiligen Berg gelagert haben. Kaum, daß sie dort einen Tag waren, da schickten die Patrizier bereits Gesandte an die Plebejer und bateten um ihre Rückkunft, da das Gemeinwesen ohne die Plebejer nicht existieren könne. Diese kehrten zurück und erhielten nun die politische Gleichberechtigung mit den Patriziern. Das ist vor etwa 2400 Jahren vorgekommen. Wenn das moderne Proletariat heute einmal den Beschluß fassen würde, auszuwandern, nicht einen Tag könnten die Besitzenden Klassen die Proletarier außerhalb des heutigen Wirtschaftsgebietes lassen. Auf der Arbeit, die die Millionen von Proletariern leisten, fundiert heute Deutschlands Größe und Machtstellung. Diese würde keinen Augenblick erschüttert werden, wenn z. B. die Besitzenden Deutschland verlassen würden. Vielleicht tun sie es, wenn sie zu den Kosten der neuen Heeresvorlage mitgeranzogen werden. Die „Vossische Zeitung“ hat ja schon so etwas angekündigt. Jedenfalls wird es aber kaum ein Land geben, wo der Besitz weniger besteuert ist als in Deutschland. Wenn die Proletarier einmal ausziehen sollten, dann muß das, was zurückbleibt, elend verhungern. Das moderne Proletariat ist die Kraft und die Macht und ist nur zu vergleichen mit dem jagenden griechischen Niesen Atlas, der auf seinen Schultern die Welt trägt. Der Proletarier als einzelner vermag im heutigen Produktionsprozeß nichts. Allein ist er der Willkür der Unternehmer preisgegeben. Daraus ergibt sich die Forderung, daß sich das Proletariat zusammenschließen muß zu großen und einflussreichen Verbänden.

Dieses Recht des Zusammenschlusses nennt man das Koalitionsrecht. Es ist ein heiliges Recht, das keine Macht der Erde den Arbeitern nehmen kann, und doch wird es verletzt. Die

Agarier schließen sich zusammen zu den unfürsorglichsten Zwecken, indem sie die Produktion immer etwas unter dem Bedarf halten, um hohe Preise zu erzielen. Kein Mensch hindert sie daran. Die Industrien schließen sich zu Ringen und Syndikaten zusammen, um ihre Waren zu Wucherpreisen im Inland loszuschlagen. Das Handwerk wird in Zwangszimmern hineingepreßt, um so seine Macht besser auszunutzen zu können. Die Unternehmer haben das weitestgehende Koalitionsrecht, den Arbeitern hingegen gönnt man es nicht. Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben es überhaupt nicht und wenn sie es ausüben, werden sie mit Gefängnis bestraft. Das Gewerbe und die Hausangestellten haben es ebenfalls nicht, ebensowenig die staatlichen Arbeiter und Beamten. Ausüben dürfen dieses Recht nur die gewerblichen Arbeiter, aber auch nur sehr mangelhaft. Von einem Schutze des Koalitionsrechts ist überhaupt keine Rede. Was hat ein solches Recht für einen Wert, wenn jeder Unternehmer verlangen kann, daß der Arbeiter auf dieses Recht verzichtet?

Wenn ein Arbeiter einen andern mit Zwang zum Eintritt in eine Organisation zu bringen versucht, kann er bestraft werden. Wenn aber ein Unternehmer zu einem Arbeiter sagt, entweder du trittst aus oder du wirst entlassen, dann wird der Unternehmer nicht bestraft. Nach § 152 der Reichsgewerbeordnung ist es den Arbeitern gestattet, sich zusammenzuschließen, aber der nachfolgende § 153 sagt, daß wenn auch nur der geringste Zwang hierbei zur Anwendung gebracht wird, bis zu 3 Monaten Gefängnis verhängt werden kann. Was der § 152 gibt, wird zu neun Zehnteln durch den § 153 wieder genommen. Das Koalitionsrecht bedarf also nicht bloß des Schutzes, sondern auch der Ausdehnung. In einer Reihe von Beispielen und Vergleichen der früher und jetzt gezahlten Löhne weist der Referent nach, welchen ungeheuren Wert das ungeschmälertere Koalitionsrecht für die Arbeiter hat. Die überaus niedrigen Löhne, die in der Landwirtschaft, in der Heimarbeit und in einer Anzahl anderer Berufe gezahlt werden, sind nur die Folge der nicht erlaubten oder schlechten Organisation. Diejenigen, die das Koalitionsrecht haben, müssen geschützt werden, und die es noch nicht haben, müssen es früher oder später bekommen.

Unter der Devise: Schutz den Arbeitswilligen! rüsten sich mächtige Kräfte, um den Arbeitern das höchste Koalitionsrecht zu nehmen. Nach einer Charakteristik der moralischen Qualifikation der arbeitswilligen Elemente warnt Redner eindringlich, irgendwelchen Zwang anzuwenden, wenn das Gefühl des Hasses oder der Verachtung auf noch so groß sei. Unterbrochen durch häufige Proteste schilderte Genosse Landsberg, in wie ausgeübter Weise heute schon die Arbeitswilligen in jeder Beziehung geschützt sind. Aber alle die vorhandenen Mittel genügen nach der Meinung der Herren Unternehmer noch nicht. Ob ein Arbeitswilliger einmal einen Schlag bekommt, oder ob ihm jemand ein „Pflü“ nachruft, das ist den Unternehmern gleichgültig, nur weggegangen sollen ihm diese nützlichen Elemente nicht werden. In ihren eignen Reihen wenden die Unternehmer den schärfsten Terrorismus an gegen die, die sich gegen die Interessen ihres Standes beharren, gegen die Arbeiter verlangen sie die schwersten Strafen. Obwohl nachgewiesenermaßen die wenigsten Vergehen von Streikposten begangen werden, soll das Streikpostenverbot verboten werden. Ohne Streikposten kann aber ein Streik nicht geführt werden. Es ist aber, wie der Abgeordnete Dertel verraten hat, darauf abgesehen, das Koalitionsrecht völlig zu vernichten. Die beiden Anläufe, die im Jahre 1912 und 1913 gegen das Streikpostenverbot unternommen worden sind, scheinen nicht vergeblich gewesen zu sein. Da für ein besonderes Ausnahmengesetz keine Meinung vorhanden ist, wird man versuchen, das Koalitionsrecht auf dem Boden des gemeinen Rechtes beizubehalten. Da heißt es für die Arbeiter auf der Hut sein. Zwischen Regierung und Zentrum spinnst sich zurzeit ein Aufwindel schimmiger Art an. Gelingt es den arbeitgeberfeindlichen Parteien jetzt wie im Jahre 1907, eine andre Zusammensetzung des Reichstags herbeizuführen, dann haben die Arbeiter die längste Zeit ein Koalitionsrecht gehabt. Dann ist ein Aufstieg der Arbeiterklasse zu einer höheren Kultur nicht möglich, die Arbeiter werden wieder zu Heloten, zu Sklaven, herabgewürdigt. Deshalb heißt es mehr denn je zu stehen zu der Partei, die bis zum letzten Atemzug einsteht für die Rechte der Arbeiter, zur Sozialdemokratie! (Lang anhaltender Beifall.)

Nachdem Genosse Schwierke, fortwährend von erregten Zwischenrufen unterbrochen, die merkwürdigen Praktiken der Polizei bei dem jetzt ausgebrochenen Streike der Dampfschiffe an einer Reihe von Beispielen geschildert und Genosse Flügel zur Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation aufgefordert hatte, gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die Versammlung sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und forderte, daß das Koalitionsrecht nicht nur theoretisch auf dem Papier stehen soll, sondern daß seine uneingeschränkte praktische Anwendung der Arbeiterschaft gesetzlich garantiert wird. Aus diesen Gründen fordert die Resolution ferner die Ablehnung der erschwerten Vorschriften des geltenden Rechtes und der geplanten Verschärfung der Strafbestimmungen des Vorentwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch, dagegen die Aufnahme von Strafbestimmungen für Unternehmer, welche ihre Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts hindern wollen.

Preußen im Jahre 1813.

Ueber dieses Thema spricht der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Lenß am Montag den 17. März im „Luisenpark“ in einer öffentlichen Versammlung.

Genossen und Genossinnen! Die von den bürgerlichen Schichten inszenierte Feier zur 100jährigen Wiederkehr der Erhebung im Jahre 1813 wird nicht etwa dazu benutzt, den Massen des Volkes die geschichtlichen Zusammenhänge und Wahrheiten zu übermitteln, sondern sie zu verwischen und zu verdunkeln.

In der Versammlung wird den Magdeburger Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, die feststehenden Tatsachen über die geschichtlichen Vorgänge im Jahre 1813 zu hören.

Es ist deshalb wohl auf zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu rechnen.

Genossin Luise Zick (Berlin) bittet uns mitzuteilen, daß sie krankheitshalber — sie muß das Zeit haben — bisher nicht auf das Eingekandt der Frau Balzer habe antworten können. Sie behalte sich aber vor, das so bald als möglich zu tun.

Romeo und Julia gelangt am Sonntag nachmittags zu kleinen Freuen im Stadttheater zur Aufführung. Karten hierzu sind im Arbeitersekretariat und in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

Der Blumenhandel am Palmsonntag. Für Palmsonntag den 16. März 1913 ist, wie der Polizeipräsident bekannt macht, eine Verneuerung der Beschäftigungszeit im Blumenhandel in Magdeburg um die Stunden von 3 bis 6 Uhr nachmittags gestattet worden. Auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen und an andern öffentlichen Orten dürfen Blumen auch an diesem Tage nicht feilgehalten werden.

Die 10. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am Donnerstag, 13. März, nachmittags 4 Uhr, im Altkämder Rathaus statt. Diese Sitzung wird voraussichtlich eine Dauer Sitzung werden. Unter den 25 Tagesordnungspunkten der öffentlichen Sitzung befindet sich eine ganze Anzahl von größerer Wichtigkeit. Wir nennen die Haushaltspläne des Gaswerks, des Hochbauamts, des Schulwesens — die Bereitstellung des Schneiderischen Parkes in der Sudenburg für den öffentlichen Verkehr — Bestimmung des Ortes für die Errichtung des Krematoriums — Beteiligung der Stadtgemeinde Magdeburg bei der Dampfmolkerei Nordbelzig — Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenliste — Anfrage an den Magistrat zur Befriedigung des Hypothekendarlehs — Eingabe des Vereins für Luftschiffahrt betreffend Einrichtung eines Flugplatzes nebst Fliegerschule und Erbauung einer Luftschiffhalle, u. a. m.

Deutscher Monistenbund, Ortsgruppe Magdeburg. Am 4. März hielt Herr Mangelsohn seinen bisher zurückgestellten Vortrag über die Stellung des Monismus zu Staat und Kirche. Die Annahme, daß der Monismus eine religiöse Richtung vertrete, lasse sich ebenso sehr mit Gründen stützen wie auch angreifen. Ein ungeheurer Fortschritt des Bewusstseins der Menschheit spreche sich in der Konstituierung des Monistenbundes aus; wer aber zu den Religionen nur Glaubensgesellschaften zähle, werde den Monistenbund nie zu diesen rechnen wollen. Sicher sei der Bund eine ethische Vereinigung. Ihr Ziel sei, die Öffentlichkeit für die Meinung zu gewinnen, daß dem Denken und Fortschreiten ein höherer sittlicher Wert beizulegen als dem Glauben. Unser zu geistiger Schwäche erzeugtes Geschlecht stehe drängenden Kulturproblemen machtlos gegenüber. Ungefordert herrsche unter den Völkern das Faustrecht; unser soziales Leben sei beherrscht vom Fluche des Kapitalismus, der jeden einzelnen zwingt, ausschließlich an den Inhalt seines Geldbeutels zu denken. Nur eine größere Tiefe und Ehrlichkeit des Geisteslebens könne hier helfen. Wegen vorgerückter Stunde konnte eine Diskussion nicht mehr stattfinden. Am 11. März wird Herr Dr. Rüdiger, wieder in Müllers Hotel, einen Vortrag halten: „Welches Glaubensbekenntnis fördert am besten und sichersten die Verwirklichung und Entwicklung unserer ethischen Ideale?“ Die Debatte wird sich dann auf die beiden letzten Vorträge erstrecken.

Zu der Notiz in Nr. 58 „Drohender Einbruch eines Neubaus“ wird uns von einem Fachmann mitgeteilt, daß die Baufirma Liebherr gar nichts damit zu tun hat. Herr Fischer (Diesdorf) der schon eine Reihe Neubauten als selbständiger Unternehmer ausgeführt hat, führt den betreffenden Bau ebenfalls auf eigenes Risiko auf. Nachdem nunmehr die Ursachen festgestellt sind, kann auch darauf hingewiesen werden, daß ein Verschulden der Hausausführenden nicht in Frage kommt. Alle Bauten, die nördlich der Oberkiedler Straße in der Schillerstraße aufgeführt sind, sind nach demselben Schema hergestellt. Der Hauseingang liegt direkt in der Mitte des Gebäudes. Von der ersten Etage ab steht nun die Scheidewand, die beide Wohnungen trennt — und die durch zwei Etagen 10 Zoll, oben 5 Zoll stark ist — auf I-Träger, die in der Mitte der Haustür liegen. Wäre nun die Eisenplatte, auf denen die Träger ruhen, größer, oder wären, da Kleinfestigkeit nicht benützt worden sind, die Entlastungsträger über der Haustür so hoch gelegt worden, daß die die Wand und den Nebenbau tragenden I-Träger direkt auf diesen Entlastungsträgern ruhten, so hätte der Vorfall nicht eintreten können. Besonders erwähnenswert ist aber bei der Beurteilung dieses Falles, daß, wenn auch die Benutzung von Kleinfestigkeiten nicht direkt vorgegeschrieben wurde, die praktischen Baukontrolleure, die hierorts die Baupolizei vertreten, doch hätten darauf hinweisen können. Das ist aber nicht geschehen. Menschenleben sind nun Glück nicht vernichtet worden, für den Unternehmer ist der finanzielle Verlust auch nicht von hohem Umfang; gerade deswegen aber wird der Vorfall nur zu rasch wieder vergessen werden. Baukontrolleure, von der Arbeiterorganisation vorgeschlagen, würden hier das einzig richtige Schutzmittel sein. Solange es solche eben nicht gibt, muß es sich die Baupolizei mehr zur Aufgabe machen, auf die Beachtung der Regeln der Praxis zu dringen.

Eisenbahnunfall bei Wiederitz. Auf der Station Wiederitz erfolgte am Sonnabend abend kurz vor 6 Uhr ein Zusammenstoß zweier Güterzüge. Ein von Berlin kommender Güterzug fuhr auf einen im Ueberholungsgleis haltenden Zug, wobei mehrere Wagen vollständig zerkümmert wurden. Außer einem Schaffner, der eine leichte Verletzung erlitt, sind Personen nicht in Gefahr gekommen. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich. Die beiden Berliner Hauptgleise waren gesperrt, so daß der Personenverkehr von Magdeburg nach Berlin und umgekehrt durch Umsteigen aufrecht erhalten werden mußte. Die Gleise der Strecken nach Loburg und Zerbst sind von der Sperrung nicht betroffen. Es ist sofort mit allen Kräften an die Freilegung der gesperrten Gleise herangegangen, um die Störung so rasch als möglich zu beseitigen.

Unfälle. Der Arbeiter Paul Flügel, wohnhaft Fichtestraße 32, geriet am Sonnabend nachmittag in den Metzwerken mit der rechten Hand unter eine Stanze, wobei ihm der Zeigefinger abgequetscht wurde. — Der Arbeiter Franz Klewe aus Groß-Ottersleben fiel am Sonnabend bei der Arbeit auf dem Kruppwerk hin und trug außer einer erheblichen Kopfverletzung eine Gehirnerschütterung davon. — Beide Verletzten fanden Aufnahme in der Krankenanstalt Sudenburg.

Von einem Auto überfahren. Am Sonntag abend, einige Minuten vor 12 Uhr, überfuhr das Auto 143 in der Wilhelmstraße, Ecke Bahnhofstraße, das in Müllers Hotel bestellte Mädchen Hedwig Kunz beim Ueberqueren des Fahrdammes. Mit innern und äußern Verletzungen wurde die Verunglückte in die Krankenanstalt Altstadt übergeführt.

Wer ist der Tote? Am 8. d. M. gegen 3 Uhr nachmittags ist am rechten Ufer der Allen Elbe, etwa 500 Meter unterhalb des Tracauer Wehres, die Leiche eines unbekannt, anscheinend dem Arbeiterstand angehörigen Mannes gelandet und nach der Leichenhalle des Westfriedhofs geschafft worden. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist nicht bekannt. Jegendwelche Merkmale, die auf ein Verbrechen schließen lassen, sind an der Leiche nicht wahrgenommen worden. Der Verportene ist etwa 30 Jahre alt, 1,65 bis 1,78 Meter groß, unterseht, hat blondes kurzgeschchnittenes Haar, rundes Gesicht, dünne blonden Schnurrbart und war bekleidet mit dunkel kariertem Jackett, grauer Hose, schwarz und weiß gestreiftem Barockhemd, braunen Strümpfen und Schnallenschuhen. Mitteilungen über die Person des Verstorbenen erbittet das königliche Polizeipräsidium, Abteilung 5.

Gestohlen wurden aus einer Gartenparzelle in Fernersleben 17 Tauben; in einem Laden der Jakobstraße vom Ladentisch eine Herren-Uhrkette; auf dem Breiten Weg in der Nähe der Schneefstraße einer Frau aus der Handtasche ein Portemonnaie mit etwa 2 Mark; aus einer Wohnung in der Wagerstraße 10 bis 12 Stück Damenhemden, 6 Stück Damenbeinkleider und einige Tischdecken; aus einer Laube an der Oberkiedler Chaussee vier Kaninchen sowie ein V-Halter zum Tränken des Viehs; ferner aus dem Garten eine hochstämmige Rose; aus einer Wohnung in der Schmiedehofstraße ein Jackettanzug, ein Stockschirm, ein Paar Herrenstiefel, ein Portemonnaie mit etwa 24 Mark und mehrere Wäschstücke (im letztern Falle kommt der Schwager des Bestohlenen als Täter in Frage, der von letztem aus Mitleid herbergt worden ist); in einem Warenhaus am Breiten Weg einer Frau aus der Manteltasche ein Portemonnaie enthaltend etwa 16 Mark und einige Rabattparanarten; aus einer Wohnung in der Wagerstraße ein goldenes Armband, ein goldenes feingliedriges Kettenarmband, eine silberne Damenuhr, eine lange goldene, gefochene Damen-Uhrkette, eine goldene Brosche, ein Portemonnaie, mit 60 Pf. und ein Portemonnaie aus Seehundleder mit 25 Pf. Inhalt.

In Saft genommen wurden der Handlungsgehilfe Richard W., der Handlungslehrling Fritz J., die Arbeiter Walter M. und Richard B. von hier, die in einem heiligen Engvosgeschäft in Stellung waren und dort fortgesetzt Reichthümer, Bütteln, Wesseln u. a. m. im Werte von mindestens 400 Mark gestohlen und an die gleichfalls festgenommenen Helfer Handelsmann Robert R. und Handelsfrau Auguste G. geb. R. billig verkauft haben; der Arbeiter Gustav L. von hier wegen Kurzsichtigkeit, Betrugs und Falschmünzerei; die Händler Karl J., Otto R. sowie die Arbeiter Emil R. und Friedrich G. von hier, die als Diebe ermittelt sind, die vom Hofe einer Fabrik im Industriegebiet 12 Bündel Seide gestohlen haben; der Kaufmann Fritz J. wegen Vergehens aus § 181a des Strafgesetzbuchs; die unverheiratete Anna Sch. wegen intellektueller Urkundenfälschung und Verleitung eines falschen Namens; die getrennt lebende Ehefrau Ida Sch. geb. J. aus Hannover wegen Vergehens aus § 218 des Strafgesetzbuchs; der Heizer Walter Sch. und der Arbeiter Ernst F. beide aus Groß-Ottersleben, die in einem Laden in der Marienstraße aus der Ladentasse 16 bis 18 Mark gestohlen und ferner einige Stücke Fleisch und einige Wollstücke entwendet haben.

Ein Zimmerbrand entstand in der Nacht zum Sonntag um 1 Uhr im Erdgeschoß Martinsstraße Nr. 18. Es befindet sich dort ein Schuhmachertladen, dahinter ein Wohnzimmer, das zugleich als Werkstatt dient, wofolbst der größte Teil des Inventars und die Tür brannte. Das Feuer, welches durch Dornhölzer in Abwesenheit des Wohnungsinhabers entstanden war, wurde durch Löschzug 4 mit einer Schlauchlinie gelöscht.

Feuersener. Am Montag früh, kurz nach 4 Uhr, wurde Löschzug 1 nach Große Junkerstraße 18/19 gerufen. Eine mit Papierresten gefüllte Lonne, die auf dem Hofe stand, war in Brand geraten. Das Feuer konnte mit einigen Eimern Wasser gelöscht werden.

Unfall am Feuermelder. In der Nacht zum Montag, kurz nach 12 Uhr, wurde von unbefugter Hand der Feuermelder Goethestraße 6 gezogen und der Löschzug 1 unnötig zum Ausrücken veranlaßt. Der Täter konnte nicht ermittelt werden.

Konzerte, Theater, Sport etc.

Städtische Konzerte. Das Stadttheater-Konzert Nr. 4a, welches Mittwoch den 12. März unter Professor Krug-Waldbees Leitung stattfand, ist durch die dargebotenen Orchesterwerke auf ausgeprägte Programm-Musik abgeteilt. Die Sinfonie fantastique von Hector Berlioz ist ja bekanntlich dasjenige Orchesterwerk, mit welchem der Meister seinerzeit nicht nur zum erstenmal an die Öffentlichkeit trat, sondern dadurch auch einer Kunstgattung das Wort redete, deren Nachwirkungen bis auf unsere Tage zu verfolgen sind. Und doppelt interessant dürfte es sein, neben diesem Verliozschen Werk eine sinfonische Dichtung Wagners zu hören. Als Solist des Abends wird der ungarische Violonbristuose Joseph Szigeti das Dur-Konzert von Tchaikowsky sowie Introitus und Rondo capriccioso in A-Moll von St.-Saëns mit Orchester spielen.

Stadttheater. In der heutigen Vorstellung von „Aufreigen“ gastiert Fräulein Nelli Heyl vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg als Blanche. Die in der vergangenen Woche durch plötzliche Erkrankung abgelaufte Aufführung der neuen Oper von Fritz Müller von der Oeder „Jung Joseph“ ist für kommenden Donnerstag angelegt. Der Freitag bringt zwei interessante Premieren, und zwar erstens „Sulzmanns Geheimnis“, ein Intermezzo in einem Akt von Enrico Golisciani. Die Musik hierzu ist von dem durch die Aufführung von „Oberst Chabert“ bekannten und beliebten Komponisten Ermanno Wolf-Ferrari. Die zweite Novität dieses Abends, „Votchsens Geburtsstag“, ist ein reizendes, wirklich amüsantes Lustspiel von Ludwig Thoma. Zwischen diesen beide Einaktern kommt ein neu einstudiertes, abwechslungsreiches, von der Ballettmeisterin Gretl Wittig-Sedlmayr arrangiertes Ballett-Divertissement zur Aufführung. Die nächste Wiederholung von Calderons „Der Richter von Zalamea“ findet am Sonnabend statt, während für Sonntag nachmittag als vollstündige Vorstellung zu kleinen Preisen „Romeo und Julia“ und abends 7 1/2 Uhr Thomas' beliebte Oper „Mignon“ gegeben wird. Am Dienstag den 18. d. M. findet ein Ensemblefestspiel des königlichen Schauspielhauses in Dresden mit Strindbergs „Wetterleuchten“ statt. Eine der Hauptrollen spielt wieder der königliche Hofschaffmeister Gotthard Wegner, der auch bei dem im vorigen Jahre stattfundenen Gastspiel mit „Frau ohne Bedeutung“ die Hauptrolle spielte und großen künstlerischen Erfolg errang. Die Vorstellung findet außer Abonnement statt.

Letzte Nachrichten.

Wb. Posen, 10. März. Im Juwelergeschäft von Kraul wurde in der vergangenen Nacht ein schwerer Einbruch verübt. Die Einbrecher drangen aus einem darüber liegenden Geschäftslot nach Durchbrechung der Decke in den Laden ein und raubten Juwelen und Goldwaren im Werte von 100000 Mark.

Wb. Paris, 10. März. Der französische Dampfer „Dreghuel“ ist gestern abend infolge eines Zusammenstoßes mit einem andern Dampfer im Bristolkanal gesunken. Sieben Mann der Besatzung des französischen Dampfers, der mit Kohlenladung auf der Fahrt nach Algerien begriffen war, wurden gerettet.

Wb. Paris, 10. März. In Lyon hielt der ehemalige Minister und sozialistisch-radikale Politiker Paul Boncour in einer von mehreren Abgeordneten und Senatoren veranstalteten Versammlung eine Rede, in der er u. a. erklärte, seine Parteigenossen hätten beschlossen, die neue Verhörerlage nur dann anzunehmen, wenn die Regierung in der Tat den Beweis erbringt, daß das Gesetz über die 2jährige Dienstzeit, selbst wenn es genau durchgeführt würde, eine bessere Verteilung der Kruppen an der Grenze vorgekommen würde, nicht genüge, um die nationale Verteidigung sicherzustellen.

Wb. Paris, 10. März. Ein entsetzlicher Zwischenfall ereignete sich gestern bei dem in Toulouse abgehaltenen Stierkämpfen. Ein tollkühner Torero namens Sorbet, wurde von einem wütenden Stiere plötzlich erfaßt, buchstäblich aufgespießt und in die Luft geworfen. Im Publikum entstand eine Panik, doch gelang es, die Menge bald wieder zu beruhigen, ohne daß sich ernstere Zwischenfälle ereigneten. Der Stierkämpfer wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Krankenhaus gebracht, sein Zustand ist hoffnungslos.

Wb. London, 10. März. Im Hydepark spielten sich gestern Vermählungen ab, die veranlaßt wurden durch eine Versammlung, die die Suffragetten unter freiem Himmel abhalten wollten. Sobald die erste Rednerin, Mrs. Drummond, die provisorisch errichtete Bühne bestieg, um ihre Ansprache zu halten, wurde sie von der zahlreich versammelten Menge mit ironischen Hochrufen begrüßt. Als sie sich durch die Zwischenbemerkungen der 5000 Zuschauer, die die ganze Versammlung als eine Art Komödie betrachteten, nicht fördern lassen wollte, kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Nur den Anstrengungen der Polizei war es zu verdanken, daß die zwischen den Anhängern der Rednerin und den männlichen Versammlungssteilnehmern entstandenen Meinungsverschiedenheiten nicht durch Handgreiflichkeiten ausgetragen wurden.

Wb. Antwerpen, 10. März. Ein äußerst dreister Diebstahl wurde gestern nachmittag auf dem St. Katharinenwall, einer der belebtesten Straßen Antwerpens, verübt. Dort schleuderte ein Unbekannter einen großen Pflasterstein in die Fenstergehäusen eines Juwelierladens und taubte durch das entstandene Loch ein wertvolles Brillantkollier. Trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung gelang es dem Verbrecher, unerkannt in der Menge zu verschwinden. Das Brillantkollier, das mit 585 in Platin gefaßten Brillanten besetzt war, hat einen Wert von 50 000 Frank.

Wb. Ottawa, 10. März. Das kanadische Unterhaus hat sich nach Mitternacht verlagert, nachdem es die ganze Woche ununterbrochen gelangt hatte. Die Opposition hielt Dauerreden, um die Regierung zur Auflösung zu zwingen. Bei der Verlegung erklärte der Premierminister, daß am Montag die Flottenvorlage wieder auf die Tagesordnung stehen werde. Man erwartet weitere Oppositionsvorlesungen.

Wb. Bombay, 10. März. Enorme Gold- und Eisenerz-Lager sind auf indischem Boden entdeckt worden. Ein geologischer Sachverständiger, der mit der Aufklärung des ausgedehnten Güterkomplexes des verstorbenen Prinzen „Ajahmed Buxtar Shah“ betraut war, berichtet, daß er große aber außerordentlich wertvolle Mineralien auf den Gütern entdeckt habe. Seiner Schätzung nach liegen Millionen Tonnen von Eisenerz im Boden, die 50 Prozent Eisen enthalten. Außerdem ist es ihm gelungen, goldhaltige Quarzadern zu entdecken, die nach Versuchen, die gemacht wurden, 130 Unzen Gold pro Tonne ergeben. Die Entdeckung wurde dadurch gemacht, daß man auf eine alte Indierin stieß, die als Goldwucherin bekannt war und die seit etwa 15 Jahren von einer bestimmten Stelle aus Wäschgold erhalten hatte. Der Sachverständige schenkte ihr einen bunten Schal und einige Rupien und daraufhin führte sie ihn nach der Stelle, wo die goldhaltige Quarzader zu Tage trat.

Wettervorhersage.

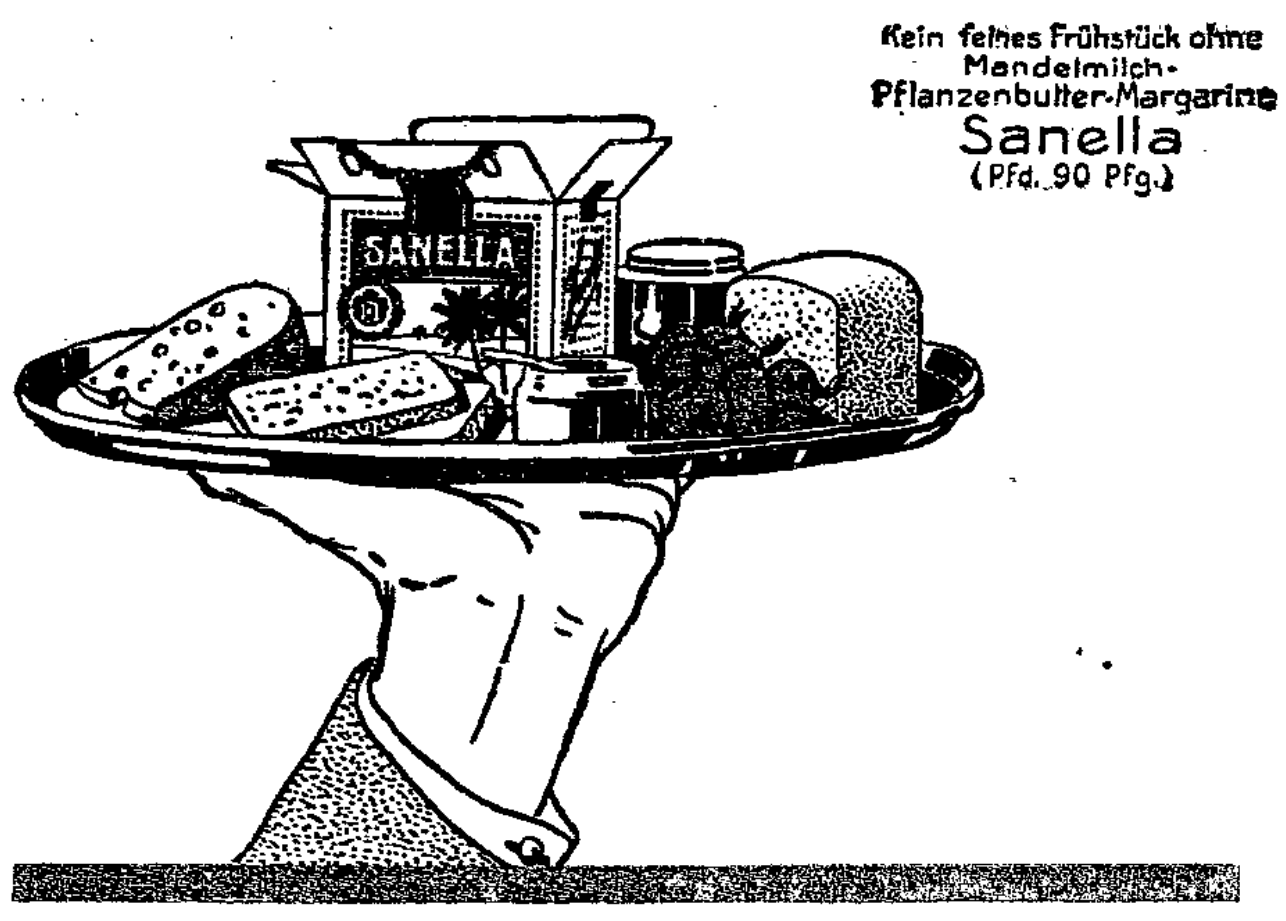
Dienstag, 11. März: Unruhig, veränderlich, etwas kälter, vereinzelt Niederschläge in Schauern.



Reunion

Lookout
mit Gold- oder Korkmundstück
Vorzügliche
3 Pfg
Cigarette

Kein fettes Frühstück ohne
Mandelmilch-
Pflanzenbutter-Margarine
Sanella
(Pfd. 90 Pfg.)



Hochmoderne Anzüge
a St. 12.4.2. Ausfuch. vert.
Max Eckstein
Königsplatz Nr. 5,
Ede Lübbelshoffstraße.

Billig! Schuhwaren Schmidt-
Herren-, Damen-, Kinderschuh
u. -stiefel in Chevreau Box calf
u. andern Sorten Leder, Pflsch-
socken und -pantoffel, auch aus
Gelegenheitskäufen u. ff. Partis-
Waren billig nur 821
44 Schmidtstraße 44

Zigarren
Zigaretten 899
Tabake
Shag-Pfeifen
— Prima Qualitäten —
empfiehlt
Carl Beckurs
Halberstädter Str. 30a
und 108.

Carl Gorges
Buckau, 15 Schönebecker Straße 15
Empfehle mein großes Lager in
Schuhwaren aller Sortimente
farbig und schwarz — Frühlings-Neuheiten
Konfirmanden-Stiefel
Panther-Stiefel
Große Auswahl! 1103 Solide Preise!

Paul Günther, Sudenburg 8901
Größte Auswahl in Konfirmanden- u. Jugend-
weihelarten, Geschenkartikeln, Nertarten.
Konkurrenzlose Preise.

Burg. 899 **Burg.**
Rur- und Badeanstalt
Fernspr. 640 Joh. Friedr. Grüneberg Markt 15
empfiehlt allen Rheumatismus, Gicht, Herz- und Nervenkranken
eine Lichtbäder (blau u. weiß), Ruffische, Römische Dampf-
und Kistenbäder, Elektrische Wasserbäder (wechselgalvanisch,
Induktionsstrom), Kohlenäure, Sauerstoff, Moor-, Fichten-
nadel- und Solbäder sowie alle Licht-, Dampf- und Wasser-
anwendungen, Sand- und Vibrationsmassagen.
Wannenbäder 1., 2. und 3. Klasse.
Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr.
Verabfolgt werden alle Bäder und Massagen für Krankenkassen.

Anzüge und Paletots
im Moment getragen, gut
erhaltene Herrenkleidung jetzt
in großer Auswahl vorräthig.
J. Büscher, 1012
Kaiserstr. 23, Eing. Hof rechts.

Wienrichs
Deutsche Emulsion
aus allerfeinstem Seebrenn-
mit knochenbildenden Sal-
zen, ist das beste Nähr- und
Kräftigungsmittel f. Kinder
und Säuglinge. Verstl. viel
empfohlen. Flasche 2 Mk.,
3 Flaschen 5.50 Mk. 867
Nehmen Sie auf meine Firma,
am Viktoriastraße 1.

Bernh. Wienrich
**Viktoria-
Drogerie**
Viktoriastr. 1
Ede Bräutchenstr.



Schulbücher
Gesangbücher, ganze Bibliotheken,
Lexika, Sprachbücher, Klassiker und
andere Bücher, Zeitschriften, Noten,
Reisbücher, Reisprotokolle, Brief-
marken usw. kauft z. höchst. Preisen
Central-Buchhandlung
Breiteweg 135, gegenüber dem
Ratswageplatz. Fernruf 5838.

Lange & Münzer
51, 51a, 52 Breiteweg
Haltestelle fast sämtlicher Strassenbahnlinien.

Extra-Angebot!

**Elegante
Damen-Hemden**
mit handgestickter Passe
laut Abbildung

jetzt **2 25**



Wo lassen Sie Ihre Bett-
federn reinigen??
Bei E. Beck Nachf., Knochenhauer-
ufer 56. Fertige Zulette st. vorräthig.

Mehrere gute, saub.
rote und gestreifte : Betten
sowie einzelne Bettstücke sofort
billig zu verkaufen 867

Nur kurze Zeit wird jeder
Anzug für 2.50
tabellos gereinigt u. gebügelt
Färberei Dalchow 39
Schwibbogen 1, Fernruf 4019
Breiteweg 117, nahe Schöffestr.
Hasselbachplatz, S. Taubenst. f.
Lüneburg, Str. 2a, n. Stollenhaggr.
Neustadt, Lübecker Straße 25 a.

Herren - Artikel
Schlipse - Kostenträger
Normal- und Bardent - Hemden
Wafte, mit farbigen Einfas g
— Blane Anzüge —
Gute Waren! Billige Preise!
A. E. Schöne
Ede Schäffer- u. Weberstr.



Bücher

jeder Art drucken und binden
W. Pfanntuch & Co.
Magdeburg, Gr. Münzstr. 3
Fernsprech-Anschluss Nr. 961

Die Gesangsprobe

braucht nicht ausfallen,
meine Herren, wenn Sie
sich angewöhnen, Wghert-
Tabletten bei sich zu füh-
ren und bei belegter Stim-
me oder rauhem Hals
davon zu nehmen. Es
gibt kein besseres Mittel,
um die Stimme sofort klar
und frisch zu machen.
Dies ist der Inhalt zahl-
loser Zeugnisse über die
in ihrer Wirkung uner-
reichten Wghert-Tablet-
ten, die in allen Apotheken
u. Drogerien 1 Mark pro
Schachtel kosten.

J. Baumgärtner's.
Millionenhalle.



Kaufen Sie billig und gut Ihre Schuhwaren!
Größte Auswahl in Konfirmanden-Stiefeln!
Fernsprecher 5771 Nur Buttergasse 4 Fernsprecher 5771.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 59.

Magdeburg, Dienstag den 11. März 1913.

24. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Der Gröninger Mord.

Am Sonntagabend wurden noch einige Zeugen nachträglich vernommen. Darauf erfolgt die Vernehmung des Hauptbelastungszeugen, Strafgefangenen Israel. Israel ist, wie der Erste Staatsanwalt erklärt, zu dem Zwecke mit Sotolowski zusammen gekommen, um diesen bei der Vernehmung anzuweisen. Er habe mit Wilhelm Sotolowski zusammen gearbeitet. Er habe Sotolowski ausgefragt, worauf ihm dieser erzählt habe, daß sie sich an Behrens wegen des verurteilten Egidiebstahls haben rächen wollen. Knobel habe ihm und seinem Bruder erzählt, daß er schon früher einen Mord begangen habe, der aber bis heute noch nicht rausgefunden wäre. Am 15. November hätten sie Behrens um 1/3 Uhr aufgelauert. Knobel habe Behrens dann auch getötet, in einen Sack gesteckt und dann mit seinem Gespann nach der Wode gefahren. Sotolowski habe den Zeugen noch gebeten, wenn er mit seinem Bruder Stephan zusammenkommen sollte, ihm zu sagen, daß sie, wie sie verabredet hätten, Knobel alles in die Schuhe schieben wollten. Der Untersuchungsrichter habe schon verhängliche Fragen an ihn gestellt, er habe aber nichts gesagt, da er nicht so dummi sei wie er aussehe. Israel kam vor etwa 3 Wochen wieder mit Wilhelm Sotolowski zusammen, wobei dieser das früher Gesagte wiederholte. Als ihm Zeuge sagte, sein Bruder Stephan lasse an einer schweren Operation danieder — das entspreche nicht der Wahrheit — und Knobel sei als nichtschuldig entlassen, da Stephan ein offenes Geständnis abgelegt habe, erklärte Sotolowski nach einigem Zögern: Dann kann ich ja sagen, wie es gewesen ist. Wir haben uns alle drei verabredet, Behrens einen Denzettel zu geben. Knobel und sein Bruder Stephan hätten Behrens erzwungen, er hätte nur Wache dabei gestanden. Als Knobel Behrens nach der Wode gefahren habe, sei er nach Hause gegangen, von da wie gewöhnlich nach seiner Arbeitsstätte. Weiter habe er ihn, den Zeugen gefragt, ob hier Mörder hingerichtet würden und ob auch die Strafe bekommen, die dabegewen sind. Als Zeuge dies bejahte, habe Sotolowski gesagt: „Das freut mich, daß auch die bestraft werden, die dabei gewesen sind.“ Auf einen Glimp habe Wilhelm Sotolowski geschrieben: „Lieber Bruder, sei nicht böse.“

Hierauf wird Gerichtsassessor Bauer als Zeuge vernommen. Diesem hat W. Sotolowski auf eignes Verlangen ein Geständnis abgelegt. Sein Bruder Stephan habe ihn am 4. November aus der Wohnung herausgerufen. Knobel habe draußen gewartet. Knobel habe gefragt, ob er sich etwas verdienen wolle, und ihm den Plan zur Tat entworfen. Erst habe er nicht mitgehen wollen, später habe er sich aber bereit erklärt. Auf Anweisung Knobels habe er sich hinter der Zuckerrübenfabrik in ein Gebüsch gesetzt, wo er etwa 1 Stunde gewartet habe. Als Behrens und Knobel ankamen, habe er den verabredeten Pfiff ausgegeben. Nachher sei er, nachdem er sich vor dem Tore der Zuckerrübenfabrik noch die Hölle abgeklopft habe, in diese hineingegangen. Als Behrens in der Nähe des Wärderschen Hauses angekommen war, habe er gesehen, wie zwei Leute von dem Heunischen Hause her auf die Straße gesprungen seien. Hierauf habe er ein Schuß gehört, dann habe er gesehen, wie sich eine Person nach dem Knobelischen Hause zu entfernt hätte. Nach etwa 7 Minuten sei ein Wagen gekommen und habe vor dem Wärderschen Hause gehalten. Er habe gesehen, wie zwei Personen einen schweren Gegenstand über den Garten in den Wagen warfen. Am 15. November sei er vor dem Knobelischen Hause vorbeigekommen. Knobel habe im Hausflur gestanden, ihn herangewinkt und gesagt, es sei alles gut gegangen, er solle nur schweigen, dabei habe ihm Knobel 15 Mark in die Hand gedrückt. Dieses Geständnis hat W. Sotolowski, als ihm sein Bruder Stephan gegenübergestellt wurde, nach anscheinend schwerem innerem Kampfe und längerem Schweigen als erlogene bejaht. Zeuge Warneke, der das Geständnis protokolliert hat, bestätigt die Aussage des Vorzeugen.

Auf eindringliches Zureden des Vorsitzenden, W. Sotolowski möge doch angesichts des Beweismaterials die Wahrheit sagen, erklärt dieser, daß das, was er während der Verhandlung gesagt habe, die volle Wahrheit sei.

Das Urteil.

Am Sonntagabend um 8 Uhr wurde das Urteil über den Handelsmann Knobel und die Arbeiter Wilhelm und Stephan Sotolowski gefällt. Die Geschwornen bejahten die gestellte Schuldfrage auf vorläufigen Mord. Darauf beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe gegen die drei Angeklagten, dem sich das Gericht anschloß.

Affen, 10. März. (Die Streikenden verlieren den Humor nicht.) Das zeigt die Art, wie sie sich mit allen Mayregeln abfinden, die von den Behörden gegen sie getroffen werden. Den streikenden Schiffern ist bekanntlich verboten, das Elbgebiet zu betreten. In Halle werden wollen sie darum aber nicht. In den Straßen zu stehen ist ebenfalls verboten, nur ziehen sie einfach nach aufwärts. Unter den Schiffern gibt es eine große Anzahl, die musikalisch sind; schnell wird also eine Schiffer-Kapelle zusammengestellt. Etwa 500 Personen, dazu noch viele Frauen, ziehen mit dieser Kapelle an der Spitze, nach der Heide; hier erwideln sich die besten Turnspiele und allerlei andre frohliche Dinge. Die Märzwitterung, trotz des Windes, ist zum Weltaufen um geeignet. Doch die Kampfessimmung leidet nicht darunter, sondern die Gefühle der Zusammengehörigkeit wird dadurch noch mehr gestärkt. Während aber die Schiffer auf der Heide sich dergestalt vergnügen, gehen in der guten Stadt Affen gemüthlich gewappnete Gendarmen und sonstige Polizeimänner in großer Zahl auf und ab, um vor diesen frohlichen Menschen irgend etwas zu schämen. Ja, das Vertrauen zum Volke ist groß.

Änderleben, 10. März. (Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises.) Ueber dieses Thema hielt am Freitagabend Dr. Dermiesel (Magdeburg) einen Vortrag im Beisehrnhaus. Eingeladene waren die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung. Referent ist Geschäftsführer des Arbeitsnachweisverbandes Sachsen-Anhalt. Die Aussprache zeitigte das Resultat, daß in absehbarer Zeit an die Errichtung eines Arbeitsnachweises in der geplanten Weise nicht herangegangen werden dürfte. Die Unterhaltung eines derartigen Instituts würde 4000 Mark erfordern. Die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit habe in unsere Stadt bisher noch keine lebendige gezeigt, die solche dauernde Ausgabe aus städtischen Mitteln rechtfertigt. Der Referent sprach in seinem Schlusswort gegen die Schaffung einer paritätischen Ausschusskommission. Die Errichtung einer solchen Kommission sei nur der Ausdruck des Mißtrauens gegen die Geschäftsführung. Bemerkenswert sei aber, daß in Adthen und Dessau bezügliche Kommissionen bestehen.

(Ausperrung im Malergewerbe.) Der „Anzeiger“ berichtet am Sonntagabend: „Vom Beschluß des Arbeitgeberverbandes werden hier heute alle organisierten Malergesellen und Malermeister ausgeperrt. Der Arbeitgeberverband konnte im Namen der Meister die Vorkündigung der Gesellen, da sie zu hoch war, nicht bewilligen. Es wurde durch Schiedspruch beschlossen, 2 bis 3 Pfennig Lohnhöhung pro Stunde zu bewilligen, die Gesellen waren aber damit nicht zufrieden. Ihre Forderung betrug 8 Pf. Eine Einigung kam daher nicht zustande.“ Die Ausperrung ist bei mehreren Meistern am Sonntagabend erfolgt. Begünstigt der Lohnfrage weil der „Anzeiger“ das Gegenteil vom Wahren mit. Die Gesellen haben sich mit dem Schiedspruch über 2 bis 3 Pf. Lohnhöhung einverstanden erklärt. Den Meistern erschien diese Lohnhöhung aber zu hoch,

weshalb sie von diesen abgelehnt worden ist. Daß nun im Anschluß an die Ausperrung die Lohnfrage in anderer Weise geregelt werden muß, ist als eine logische Folge der Ablehnung des Schiedspruchs durch die Meister anzusehen. Nicht die Gesellen, sondern die Meister haben den Kampf verurteilt. Es zeigt sich auch hier wiederum, daß der „Anzeiger“ seine Leser zu informieren vermag — wie es den Unternehmern paßt.

(Fahrraddiebstahl.) Dem Zahnarzt Meyer, Bestehornstraße 2, wurde am 7. März ein Fahrrad, Marke Wanderer, aus dem Hausflur gestohlen.

(Ein Einbruchsdiebstahl) wurde Freitag nacht in einem größeren Restaurant ausgeführt. Der Dieb, welcher sich vermittels abends hat einschließen lassen, entwendete die Wechselkassette im Betrag von 6 Mark, ein Paar Damenstiefel und ein Portemonnaie mit 1 Mark Inhalt.

(Volksverein.) Die Versammlung findet bereits am Donnerstag statt. Wichtige Tagesordnung. (Siehe Inserat.)

Burg, 10. März. (Wie ein Gastwirt den Militärhochloz bekommen kann.) Der Hotelier Robert Unger beschwerte sich in einer Petition beim Reichstag, daß über sein Lokal unmittelbar nach der vorjährigen Reichstagswahl der Militärhochloz verhängt worden sei, weil er als Vorsitzender des örtlichen Vereins der Gastwirte in einigen Wählerversammlungen seine Berufsinteressen vertreten und vor der Wahl eines konservativen Kandidaten gewarnt habe, da die konservative Partei in Steuerfragen eine Stellung eingenommen habe, durch welche sich weite Unverbreitete schwer geschädigt und benachteiligt fühlen. Unger ist durch das Militärverbot um so schmerzlicher gerührt worden, als er langjähriger Vorsitzender eines Kriegerevereins gewesen ist und der Sozialdemokratie, wie er ausdrücklich hervorhebt, durchaus fernsteht, in seinem Lokal auch keine sozialistischen Zeitungen ausliegen hat. Sein Ersuchen, das Militärverbot wieder aufzuheben, sei vom Regimentskommandeur, vom Generalkommando und zuletzt vom Kriegsministerium abgelehnt worden. Die Petitions-Kommission verhandelte über die Petition am 14. Februar 1913. Herr Major v. Weller gab als Regierungskommissar zur Sache folgende Erklärung ab: „Das Verbot ist seit dem 24. Juli 1912 aufgehoben.“ Auf weitere Fragen wurde von ihm bemerkt: „Das Verbot ist von dem Garnisonkommando erlassen worden, weil eine Schädigung der Disziplin durch den Verkehr von Soldaten in dem Lokal befürchtet wurde. Auf Grund von Äußerungen des Gastwirts wurde angenommen, daß eine politische Beeinflussung von Soldaten in dem Lokal ausgeübt sei. Von mehreren Nebenurn wurde in der Debatte hervorgehoben, sie seien durch die Mitteilung des Herrn Regierungvertreter nicht befriedigt. Zunächst sei es grundsätzlich entschieden zu beurteilen, daß sich eine Militärverwaltung das Recht zueigne, einen Gewerbetreibenden um deswillen mit dem Militärverbot zu belegen, weil er bei den Wahlen sein staatsbürgerliches Recht in Anspruch nehme. Außerdem sei die bloße Annahme, daß eine politische Beeinflussung von in seinem Lokal verkehrenden Soldaten nicht ausgeschlossen sei, so in der Luft schwebend, daß sie als ernstliche Begründung nicht angesehen werden kann und das Verbot als Willkürkraft kennzeichne. — Zu einem Militärverbot kann also heute ein Gastwirt sehr leicht kommen.“

Hallerstadt, 10. März. (Die Ausperrung im Malergewerbe) ist am Sonntagabend perfekt geworden. Von circa 100 im freien Verband und im Hirsch-Dürrschchen Gewerkeverein organisierten Gesellen wurden 50 bis 55 Mann entlassen. In der Haft sind auch ein paar Nichtorganisierte mit herausgeworfen. Eine größere Geleise als Ablehnung der Schiedsprüche und Ausperrung konnte der Arbeitgeberverband nicht begehren. Die Ausperrten haben die Sympathie der öffentlichen Meinung und die Soldatent der übrigen Arbeiterschaft für sich zu verzeichnen.

Kroppenstedt, 10. März. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die in letzter Sitzung abgelehnte Anstellung eines Bureauhilfen wurde diesmal beschloffen. Nachdem ihnen im Laufe des vorigen Monats dem Reichsverband deutscher Städte ein Betrag zur Stiftung einer Glückwunschadresse zum Regierungsjubiläum Wilhelms II. bewilligt worden war, überwies die Sitzung schon wieder 16 Mark dem Städteverband für Sachen-Anhalt zu demselben Zwecke. Stadtverordneter Strunk wandte sich dagegen. Auf Kosten der Steuerzahler dürfen solche Geschenke nicht gemacht werden. Wer ein Bedürfnis dazu habe, möge doch seinen Geldbeutel ziehen. Gegen die Bewilligung stimmt nur Strunk. Ueber Stand und Verwaltung der Stadt erlatete der Bürgermeister Bericht. Der Etat selbst wird noch 8 Tage zur Einsicht der Stadtverordneten ausliegen und dann zur Debatte kommen.

Sicherleben, 10. März. (Stadtverordneten-Sitzung vom 7. März.) Stadtv. Heinemann bespricht nochmals die Frage der Lehrerinnenstelle an der Knaben-Mittelschule. Die Anstellung eines Lehrers sei nach Urteilen aus Fachkreisen vorzuziehen. Der Bürgermeister widerspricht dieser Ansicht. Stadtv. Köhlich (Soz.) legt Verwahrung ein gegen die Rede des Stadtrats Weber bei der Verteilung der Veteranenpense. Nach dem Bericht der „Bode-Zeitung“ habe Herr Weber behauptet, die sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten gegen die Veteranenunterstützung gestimmt. Er meinte, mußte dieses nachdrücklich zurückweisen. Er verlange Richtigstellung. Die sozialdemokratischen Vertreter hätten für die Veteranenunterstützung gestimmt, obwohl unter gewisse Vorbedingung hingewiesen habe, daß das Reichsland sei. Stadtrats Weber bemerkt dazu, daß er die Äußerung auf Leipzig bezogen habe. In Bezug auf Leipzig war die Behauptung ebenso unzutreffend. D. V. Der zum Ehrenbürger gewählte Rentier Heinemann hat der Stadt 3000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Summe soll zur Verschönerung der Stadt verwendet werden. Weitere 3000 Mark erhalte die freiwillige Feuerwehr. Vom Handlungsgesellenverband ist ein Antrag eingegangen auf Errichtung eines Kaufmannsgerichts. Der Antrag soll bei der Erörterung besprochen werden. Die Beratung des Haushaltsplans wird dann bei Straßen-, Brücken- und Begeleuten fortgesetzt. Stadtv. Heinemann fragt nach dem Stande der Waldbahnfrage. Der Bürgermeister bemerkt, daß noch Verhandlungen schweben. Weiter wird verlangt, die Gutsbezirke mehr heranzuziehen zu den Straßenbaukosten, da die Fuhrwerke der Güter die Straßen am stärksten benutzen. Zur Anlage neuer Rinnsteine mit Eisenbetondeckplatten werden von Stadtbauamt 3450 Mark gefordert. Stadtv. Dr. Karweil legt an, das Regenwasser von den Dachrinnen unter dem Pflaster abzuleiten. Der jetzige Zustand des freien Abflusses über den Bürgersteig sei unhaltbar die Angelegenheit wird der Baukommission überwiesen. Die Neupflasterung der Berliner Straße wird wegen der bevorstehenden Kanalisation vorläufig abgelehnt. Die Notwendigkeit einer Neupflasterung verschiedener Straßen wird hervorgehoben. Beschlossen wird die Herstellung von zwei Doppelplätzen mit Schladensteinen vor dem Amtsgericht in der Gartenstraße. Es soll dadurch der Lärm gedämpft werden, der durch den starken Wagenverkehr verursacht wird. Stadtv. Wald wünscht, daß die ganze Breite der Straße mit Schladensteinen gepflastert wird. Dem wird widersprochen. Stadtv. Heinemann verlangt einen besseren Fußweg am Turmplatz und Pflasterung der Straße nach Altbrandsleben, wozu die Gemeinden, Anlieger usw. mit herangezogen werden sollen. Der Bürgermeister hält die Pflasterung der Altbrandsleben Chaussee für sehr angebracht, aber nicht durchführbar wegen der sehr hohen

Kosten. Die eingesezte Summe für den Ausbau des Sitzungssaales der Stadtverordneten wird bewilligt. Zum Schutze gegen den Lärm der Halberstädter Straße sollen Doppelplaster in dem Saale angebracht werden. Bei der Staats-, Provinzial- und Kreisverwaltung wird die Errichtung des Kaufmannsgerichts lebhaft besprochen. Stadtv. Heinemann betont die Notwendigkeit des Kaufmannsgerichts. Bürgermeister Dr. Sporleder stimmt dem zu. Bei der vom Magistrat angestellten Nachfrage hat sich ergeben, daß die Mehrzahl der hiesigen Kaufleute für Errichtung ist. Die Kosten sind unerheblich. Auch sei es vielleicht zweckmäßig, ein Kreis-Kaufmannsgericht einzurichten. Stadtv. Dr. Karweil hält das Kaufmannsgericht für überflüssig. „Sondergerichte“ seien überhaupt nicht zu empfehlen. Stadtv. Köhlich (Soz.) spricht für die Errichtung eines Kaufmannsgerichts und hebt die Zweckmäßigkeit des Gewerbegerichts hervor. Im weiteren sprechen noch die Stadtv. Küber und Mendelsohn gegen das Kaufmannsgericht. In der Abstimmung erklären sich 18 Stadtverordnete gegen die Errichtung des Kaufmannsgerichts und nur sechs dafür. Natürlich stimmen unsere Genossen für diese neuzeitliche Einrichtung.

Stahfurt, 10. März. (Der Biberpelz) hatte am Sonntagabend zahlreiche Zuhörer herbeigeführt, die sich höchlichst an Hauptmanns lustiger Diebstahlskomödie ergötzen. Es war auch interessant zu sehen, wie der schneidige Herr Amtsvorsteher aus lauter Schneidigkeit den Wald nicht vor Bäumen sieht, wie er immer danebengreift und schließlich die kistige Schuld als strahlende Unschuld feiert. Ja, die Schneidigkeit, die in Preußen so hohen Kurs hat, hat schon manchen irreführt. Gespielt wurde gut.

(Schrebergärten.) Der Magistrat macht bekannt, daß auch er noch Terrain zu Schrebergärten in der Ritterflur abgibt. Meldungen sind mündlich oder schriftlich bis zum 15. März an das Stadtschreibertat zu richten.

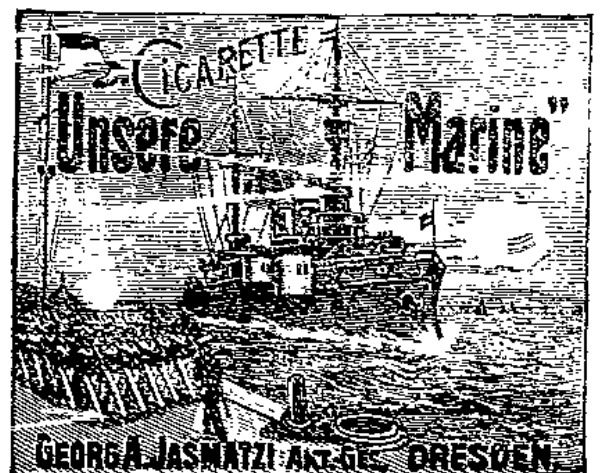
Wernigerode, 9. März. (Sitzung der Stadtverordneten am 5. März.) Der Schulhof der neuen Knaben-Mittelschule muß beschottert werden. Zu dem Zwecke soll der alte Schornstein der ehemaligen Pieperschen Ziegelei abgebrochen, die Steine zerhackt und als Material verwendet werden. Der Verpackung von 2000 Quadratmeter Steinbruch an die Firma Huhn u. Co. (Hannover) auf 2 Jahre zum jährlichen Nachpreis von 450 Mark, von circa 3000 an Chr. Weber (Hasserode) auf 5 Jahre zum jährlichen Nachpreis von 600 Mark wird Zustimmung erteilt. Die fatalen Abfuhr erfordert im Etatsjahr 1911 einen Mehrbedarf von 200 Mark, die Schnee- und Eisbeseitigung eine Summe von 1500 Mark. Der Kämmerer schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 907 000 Mark ab. Bürgermeister Ebeling führt hierzu aus, daß für die folgenden Jahre eine Steuererhöhung nicht nötig sei. Ein Berufsbeamter soll angestellt werden. Stadtv. Hünge begrüßt mit Freuden, daß für Titel „Für Verfügung“ 23 000 Mark eingestellt seien. Stadtv. Bartels (Soz.) führt aus, daß sich gegen den Etat manches einwenden ließe. Der Baukommission liegen Arbeiten vor, die schon vor 3 bis 4 Jahren als dringend notwendig anerkannt wurden, aber noch nicht ausgeführt sind. Diese hätten im Etat berücksichtigt werden müssen. Die alten Straßen in der Stadt befinden sich in geradezu trostlosem Zustand. Neupflasterungen in verschiedenen Straßen müßten unbedingt dies Jahr ausgeführt werden. Die Nebenbeschäftigungen der städtischen Beamten sollten verhindert werden. Bei der Einzelbesprechung des Bauetats tritt Stadtv. Balz für Pflasterung der Oberengengasse und der Bisnardstraße ein. Stadtv. Friede (Soz.) fordert die Herstellung der Gasse in der Ringstraße. Die Anwohner müßten dort bei schlechtem Wetter durch Stühle warten. Stadtv. Mayhat (Soz.) tritt für Verlegung der Grube in der Schreiberstraße ein, die in gesundheitlicher Beziehung eine große Gefahr bedeute. Stadtv. Bücking erwidert, daß für diesen Zweck eine größere Summe als bisher eingestellt sei. Der Bauetat wird genehmigt. Beim Kämmereretat wird beschloffen, den Zinsfuß für Spareinlagen bei der städtischen Sparkasse — um mit der Kreissparkasse gleichen Schritt zu halten — von 3 1/2 auf 3 Prozent zu erhöhen.

(Sitzung der Stadtverordneten) am 6. März. Stadtv. Rogge moniert, wie immer, die hohen Ausgaben für Bureaubedürfnisse. Bürgermeister Ebeling führt dies auf erhöhte Preise für Drucksachen zurück. Stadtv. Mayhat (Soz.) hält 20 Mark Unterstützung an den Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht für viel zu wenig. Auch der Betrag von 50 Mark an den Frauen-Verein müßte erhöht werden. Die Unterjochung der Abort- und Düngräuben müßte häufiger stattfinden. Für einen Durchbruch der Wilhelmstraße ist der Erwerb von Gelände notwendig. Im Etat sind 1000 Mark als erste Rate eingestellt. Wegen diesen Durchbruch wird von mehreren Stadtverordneten gesprochen. Das Projekt wird abgelehnt und die Summe für dringende Begereparaturen eingestellt. Im übrigen werden eine Reihe kleinerer Wünsche vorgebracht.

(Erhöhtes Schulgeld.) Von Ostern dieses Jahres an beträgt das Schulgeld für das Fürstin-Anna-Gymnasium in der Unterstufe 110 Mark, in der Mittelstufe 130 Mark, in der Oberstufe 140 Mark. In den Mittelschulen: Unterstufe 48 Mark, Mittelstufe 60 Mark, Oberstufe 72 Mark. Auswärtige haben überall einen Zuschlag von 40 Mark zu zahlen.

Aus dem Geschäftsverkehr.

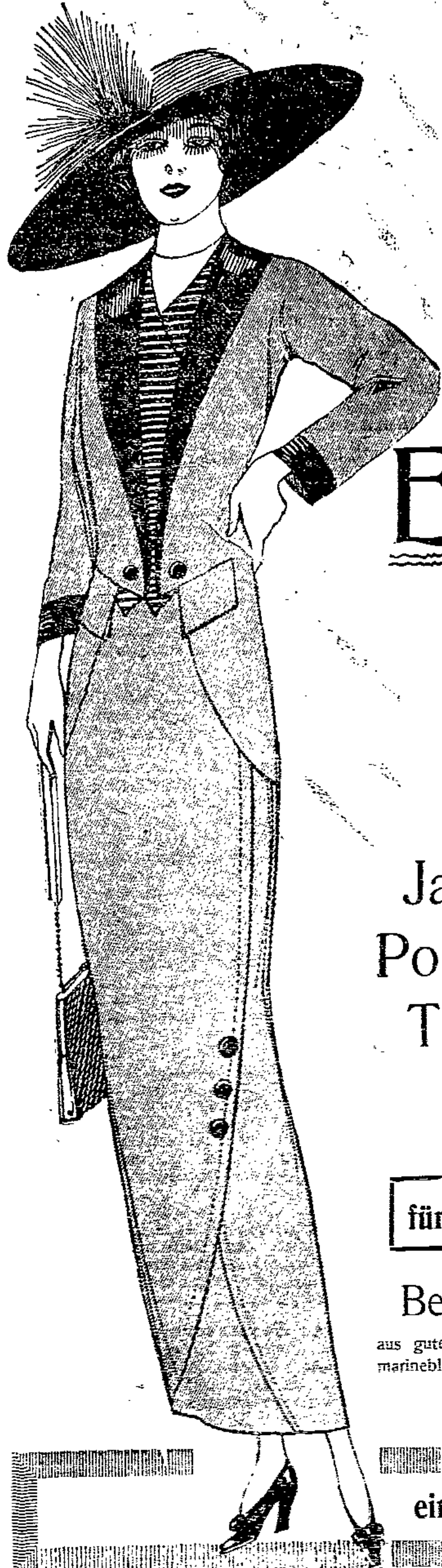
Im Genuß liegt der Wert!
„Unsere Marine“
2 Pf.-Cigarette.



Georg A. Jasmatzki A.-G., Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik.

H. LUBLIN

SAISON- ERÖFFNUNG



Die letzten Neuheiten der
Frühjahrs-Saison
sind eingetroffen

Jackenkostüme, Paletots
Popeline- u. Seiden-Mäntel
Taillekleider u. Blusen

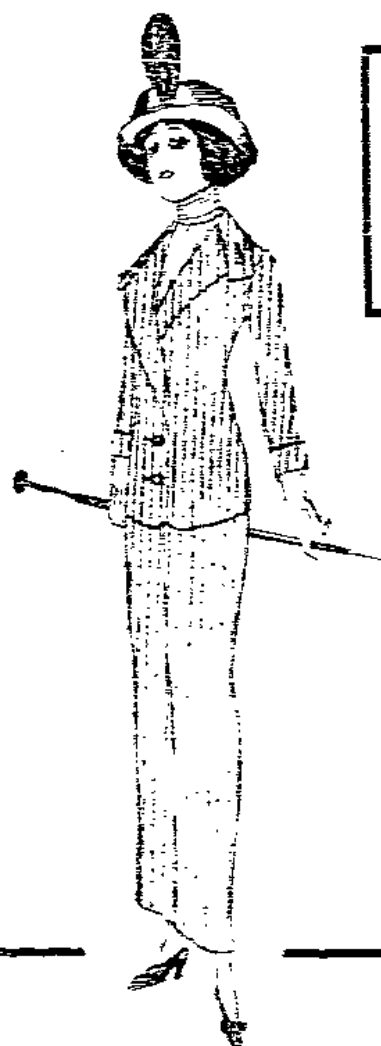
sind in reichhaltigster Auswahl in bekannt
bester Verarbeitung am Lager.

Spezial-Abteilung
für Knaben- und Mädchen-Garderobe

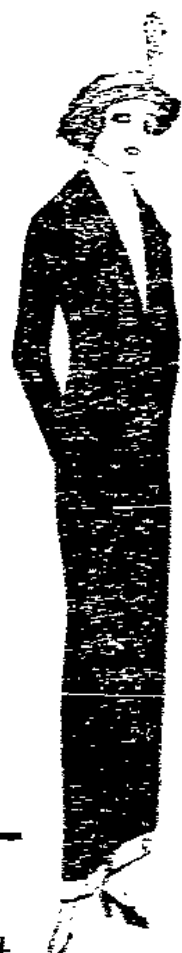
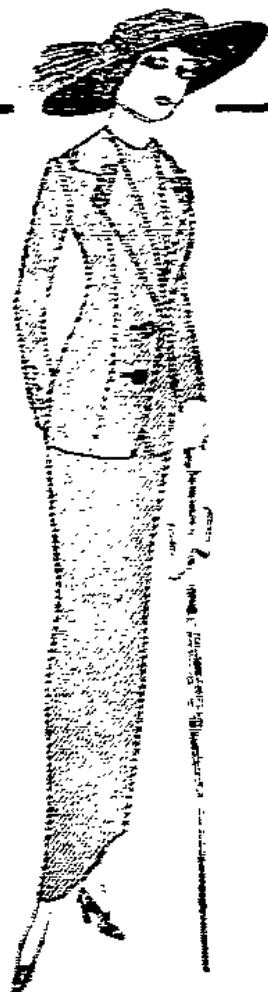
Besonders preiswerte Kostümröcke

aus gutem Kammgarn-Cheviot, marineblau u. schwarz 8.75 5.95 2.95 | aus Stoffen engl. Art. fescbe Form 5.95 3.95 1.95

Spezial-Angebot
einiger ganz besonders preiswerter Frühjahrs-Neuheiten

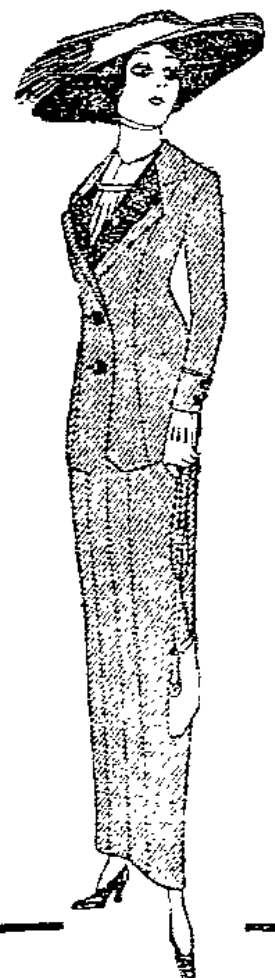
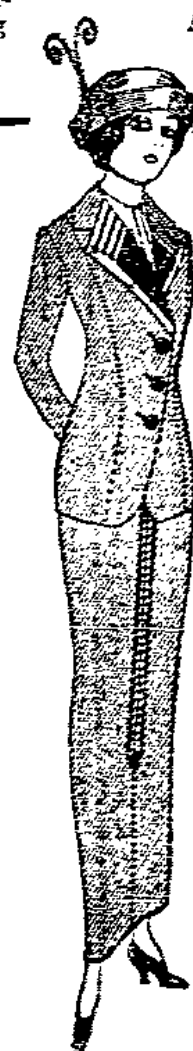


Jacken-Kostüm
aus marineblauem Kam-
garn-Cheviot, jugendliche
Form . . . wie Abbildung 19⁷⁵



Paletot
aus gutem marineblauen
Cheviot, mit Ledergarni-
rung . . . wie Abbildung 19⁷⁵

Jacken-Kostüm
a. marinebl. Kamg.-Chev.,
Jacke a. Halbs.-Serge, reiche
Tressen- wie 25⁵⁰
Garnierung Abb.



Jacken-Kostüm
aus Prima Twillkammgarn,
Herren-Fasson, mit Seiden-
spiegel, Jackett auf Halb-
seidenserge. wie Abbildung 29⁵⁰

Jacken-Kostüm
aus Stoffen englischer Art.
Jackett auf Halbserd-
serge . . . wie Abbildung 16⁷⁵

1913

Eröffnung meiner

1913

Modellhut - Ausstellung

Dieselbe enthält

die neusten Modelle

aus ersten Pariser und Wiener Häusern
Kopien derselben sowie eigne Modell-Hüte

Während der Ausstellung besonders preiswerte Angebote



Kleine Form
Tagalin

imitiert Reiher
und Samt garniert
wie Abbildung

6⁷⁵



Fesche Litzen-
Form

mit reinseidener
Schleife garniert
wie Abbildung

7⁵⁰



Trotteur aus Stroh, mit imitiert Numidi

wie Abbildung

8⁷⁵

Hutblumen

Moosröschen 2teilig, rot, rosa, weiß . 26 Pf.
Große seidene Rose langstielig mit Laub . 1.35

Nur 3 Tage

Enorm billiger Straußfedern-Verkauf

Nur 3 Tage

Sämtliche Federn sind ohne Ansatzkiel gemessen

Amazone Prima Ware, breiter Halm, ca. 50 cm lang . . . Stück	6.50	Halbamazonen Prima Ware, breiter Halm . . .	1.65 1.95 4.50	Halbamazonen echte Ware, br. Halm, ca. 28 cm lg. St.	2.10 1.10
Amazone Prima Ware, breiter Halm Stück	7.75	Straußenplatte in verschiedenen Farben	2.50 3.75 5.50	Amazone breiter Halm, ca. 45 cm lang Stück	2.95
Imitierte Numidis Stück	1.95	Trotteur-Schlager imitiert Tagalrand, mit seidnem Kopf, Bulgaren-Band garn., in vielen Farben	4.95	Imitierte Reiher 3teilig Stück	1.45

Im Interesse sorgfältigster Ausführung bitte ich aufzuarbeitende Hüte baldmöglichst in Arbeit zu geben!

H. Lublin



Imitiert Tagal

mit Rosenranke
garniert
wie Abbildung

9⁷⁵



Fesche
Tagalineform

mit imitiert Straußfeder-
Phantasie garniert
wie Abbildung

11⁷⁵



Strohform mit echter Straußfeder-Platte, in
verschiedenen Farben wie Abbildung

10⁵⁰

Hutblumen

Rose langstielig, mit Laub, in viel. Farb. 49 35 29 Pf.
Rose langstielig, mit Laub, aus Seide 65 45 38 Pf.

Konsumverein für Magdeburg u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Die Zahlung der Rückvergütung

erfolgt am

Mittwoch den 12. März und Donnerstag den 13. März

in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Die Rückvergütung kommt in dem Lager zur Auszahlung, in dem die Gegenmarken zur Eintragung eingereicht sind.

Au der Hauptkasse wird Rückvergütung nicht gezahlt!

In jedem Lager ist durch Aushang bekanntgegeben, an welchem Tage und zu welcher Zeit jedes Mitglied seine Rückvergütung abholen kann. 888 Der Vorstand.

Vermisst

wird niemals die Wirkung d. echten **Stedenpferd-Teerichwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radobaul, gegen alle Arten Hautunreinigkeiten u. Hautanschläge, wie Mitesser, Finnen, Gesichtsröte, Blütchen, Pusteln usw. à St. 50 Pf. bei Hennberg & Co. Nachfolger, Wilhelmstraße 19. K31 In Altsudenburg: P. Eiselt. In Sudenburg: P. Starloff.

Damenuhr mit eleg. langer Kette mit St. 8.50. Katharinenstr. 11. I. St. 991

Wand-Versteigerung.

Am Freitag den 11. März, vorm. 10 Uhr, gelangen in meinem Geschäftslokal, Schwertfegerstr. 15, alle die in den Monaten Oktober 1911 bis Ende Juni 1912 sub. Nr. 706-951 bei mir verfeilten, bis dahin wieder eingelöst noch erneuert. Pfänder zur Versteigerung. Erneuerung nur bis Donnerstag den 13. März, abends 8 Uhr. 1088

Burg 895 Burg

Gg. Wagner Dentist

Schartauer Straße 15 vis-à-vis vom Bismarckplatz. Praxis für moderne Zahnbehandlung u. Zahnersatz.

J. Koch, Magdeh.-B., Grusonstr. 11 empfiehlt 1120

Konfirmationskarten

in reichhaltiger Auswahl zu billigen Preisen. — Ebenso auch Gratulationskarten zu allen andern Gelegenheiten und Schulartikeln zum Schuljahrsang.

Stephanshallen

— St. Rich. Fröhlerz. — Abends 8 Uhr 960 **Varieté-Vorstellung.** Streng dezent Program für Familien-Einkünfte. Vorzeige dieser Amuse hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

Aschersleben. Volksverein.

Donnerstag den 13. März, abends 8 Uhr **Verammlung** in Willeke Lokal. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Die Landtagswahl. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. 1119 Zahlreicher Beteiligung sehr erregt. Der Vorstand.

Billige Eier!

Extrafrische, große, deutsche Delikatess-Stampel-Eier

der Eier-Verkaufs-Vereinigungen Faulenhorst (Altmark), Groß-Möhlen, Kreis Lützen, sowie andre vollfrische wirklich deutsche Eierleier

Mandel 115 Pf. — 5 Prozent Rabatt.

Dies sind die besten Eier, welche es überhaupt gibt, und hat es somit keine Hausfrau nötig, für das beste Ei mehr als 115 Pf. pro Mandel auszugeben.

Große empfehlenswerte ausländische Eier

Mandel 100 Pf. — 5 Prozent Rabatt.

A. R. Völker

Butter-Großhandlung.

9 Verkaufsstellen.

Jacobstr. 5, Jakobstr. 21, Breitenweg 252, Gustav-Adolf-Straße 39, Grünemannstraße 9/10. Suckau: Schönebecker Str. 109a. Sudenburg: Halberstädter Str. 41. Wilhelmstadt: Olvenstedter Straße 49a und Annastraße 40. 827

Zusschlag

Seit 28 Jahren liti ich an bläschenartigem Gesichtszuslag und nach Anwendung unzähliger Mittel hat mir nunmehr **Bermeyers Medizinische Serba-Seife** geholfen. So schreibt Frau S. Bachmann in Wiesbaden. Serba-Seife a Stück 50 Pf., 30% verfestigtes Präparat 1,00 Mk. Zur Nachbehandlung Serba-Creme a Tube 75 Pf., Glasdose 1,50 Mk. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien.

Kleine Möbelfuhren

führt billig aus Zander, Gracan, Genthiner Str. 4. 697

20g. j. m. Schönebecker Str. 91. II. r.

200 Zentner Äpfel

der Zentner 8.00 b. 12.00 Mk. 5 Pfund 25 50 80 Pf. **Chr. Striebing** Fischlerbrücke 30 (Eingang Judengasse) und Große Diesdorer Straße 21. 708

Stanniol Wollumpen Emballage Makulatur Metalle, Gummi

wird zu höchsten Preisen gekauft. **Scharnstraße 3.** 682

Henriette Schau

Lüneburger Straße 41, am Kaiser-Otto-Ring. Besonders vorteilhaft und reell kaufen Sie in meinem Spezialgeschäft **Bettfedern und Inlette** (reichhaltiges Lager) in nur bewährten guten Qualitäten zu bekannt soliden Preisen **Bettwäpche und Steppdecken** Dampf-Bettfederreinigungsanstalt 1121 Gewissenhafte Ausführung! Beschäftigung erbeten und lohnend!

Passage-Cabaret

Löblichshoffstraße 20. Täglich: 661 **Bellmanns Künstler! ::**

Quedlinburg Apollo-Theater

Schmalestr. 6. Täglich Vorstellungen von abends 8 Uhr an. 956 Jeden Mittwoch, nachm. 4 Uhr: Familien- u. Kinderdarstellung. Sonntags von 8 Uhr an. Eintritt jederzeit. — Dienstag und Sonnabend: Programmwechsel. Die Direktion. W. Pauli.

Kino-Salon Aschersleben, Düsteres Tor 6

Jeden Mittwoch u. Sonnabend Programmwechsel. **Kleine Preise!** Nachmittags 3 bis 6 Uhr **Kinderplatz 5 Pf.** Ab 6 Uhr 948 **Saalplatz 20 Pf.** erkl. Billettkauf. Programmwechsel Mittwoch u. Sonnabend

Stadt-Theater.

Dienstag den 11. März Anfang 7:15 Uhr. Ende 10 Uhr. Gastspiel **Mellie Hepl** vom Zeuzischen Opernhaus in Charlottenburg.

Der Ruhreigen.

Donnerstag den 13. März Uraufführung! **Jung Joseph.** Vier in 3 Akten von Fritz Müller von der Oder.

Wilhelm-Theater

Dienstag den 11. März **Soheit tanzt Walzer.** Mittwoch den 12. März **Die Millionenbraut.** Donnerstag den 13. März **Der liebe Augustin.** Freitag den 14. März **Der Bettelstudent.** Sonnabend den 15. März **Die Millionenbraut.** Sonntag, nachmittags **Die Förster-Christi!** Sonntag, abends **Die lustige Witwe.** Montag den 17. März Zum erstenmal! **König Meher.** Czereuten-Novität!

Union-Theater

Lübder Straße 21. Nur bis Dienstag! **Zwei Bestien** zammendes Drama in 2 Akten aus dem Jukusleben. **Sklaven der Schönheit** gr. Drama a. d. Leben i. 3 Ak. Nordische Götze. **Bekehrt durch eine barmherzige Tat** erregt. amerik. Drama aus dem Trauerleben. 952

ZENTRAL THEATER

Nur noch wenige Tage das sensationelle Jubiläums-Programm. 941

2 hochfeine neue Betten sehr billig Morgenstraße 4. Hof 1 Tr. Herren- u. Damenrab. eleg. kostb. Berliner Str. 1a, II r.

Ich praktiziere wieder für die Klempner-Sinnungsfrantentasse. **Dr. Ernst Thesing,** 1114 Jakobstraße 18.

Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unersetzlicher Entschlafener, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die reiche Kranzsende und die liebevolle Teilnahme unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Dr. Kramer für die kostreichen Worte am Grabe. Auch den Arbeitskollegen der Firma J. Aders sowie dem Deutschen Metallarbeiter-Verein und dem Arbeiter-Radfahrer-Verein unsern innigsten Dank. 718 Im Namen der Hinterbliebenen **Luthe Heine nebst Kind, Eltern u. Geschwistern**

Dankfagung.

Zurückgekehrt von den Gräbern untrer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter, und unsern lieben Sohnes und Bruders Lothar, sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Nachbarn, Freunden und Bekannten, der Gesangsgruppe der Sacharinfabrik, den Mitarbeitern der Stahlgießerei Schäffer u. Sudenberg und dem Radfahrerverein Westerhüsen für die innige Teilnahme, die reichen Kranzsenden und das letzte Geleit unsern herzlichsten Dank. Vielen Dank dem Herrn Pastor Wangemann für die tröstenden Worte im Hause und an den Gräbern. 1118 Die trauernde Familie **Christian Schwielick und Frau nebst Kindern.**

Lobesanzeige.

Am 8. März verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante **Hedwig Mennicke** geb. **Wessendorf** im 26. Lebensjahr. Magdeburg, 9. März. Im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen **Reinhold Mennicke.** Die Beerdigung findet am Dienstag den 11. März, nachmittags 3 Uhr, von der Neue Neustädter Leichenhalle aus statt. 699

Heinrich Stolze

Im Sonntag den 9. März farb plötzlich und unerwartet mein lieber teurer Mann, unser herzenguter Vater, Großvater, Schwiegervater, Onkel und Bruder, der Kaufmann **Heinrich Stolze** im Alter von 69 Jahren an Herzschlag. Dies zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme **Klem-Ditersleben,** den 10. März. Die trauernden Hinterbliebenen. **Witwe Stolze nebst Kindern.** Die Beerdigung findet am Dienstag den 11. März, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus, Magdeburger Straße 7, aus statt.

Achtung!

Verehrtes Publikum u. Freunde von alkohol-freien Getränken!

Zu der nun näher rückenden wärmeren Jahreszeit sieht sich der Verein der Bierverleger und Mineralwasser-Fabrikanten von Magdeburg und Umgegend veranlasst, ein den Konsumenten vorzüglich wohlschmeckendes und aus dem Aroma frischer Früchte hergestelltes Getränk unter dem Namen

Vereinsbrause

herauszugeben, um dem konsumierenden Publikum in alkoholfreien Getränken wirklich etwas Reelles zu bieten, damit die minderwertigen Fabrikate gewissenloser Fabrikanten, welche oft den Namen Getränke nicht verdienen, in den Hintergrund gestellt werden.

Die Vereinsbrause steht unter ständiger Kontrolle des Vereins-Vorstandes und eines vereidigten Nahrungsmittel-Chemikers.

Man verlange nur Vereinsbrause mit geschütztem Vereins-Etikett, welches für die Echtheit bürgt. 1115

Zu haben ist die Vereinsbrause bei:

- W. Bittkau, Ankerstr. 5, Telephon 2260
- G. Haferkorn, Leitersstr. 13a, Tel. 1904
- R. Henze, Domplatz 11, Telephon 3794
- H. Krella, Augustastr. 32, Telephon 4576
- W. Netzhand, Halberstädter Str. 59, Telephon 4805
- W. Seidel, Nachtweide 66

- G. Gericke, Endelstr. 1, Telephon 1423
- A. Harre, Tücherstr. 4, Telephon 3490
- P. Knaak, Goethestr. 16, Telephon 3511
- Chr. Kausjox, Breitenweg 116, Telephon 3249
- C. Krähenberg, Sieversstr. 59, T. 3035
- C. Sackewitz Nachf., Wallstr. 13, T. 3055

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 59.

Magdeburg, Dienstag den 11. März 1913.

24. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

128. Sitzung.

Berlin, 8. März, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des

Etatsnotgesetzes.

Abg. Saase (Soz.): Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir gemäß unserer Haltung zum Gesamtetat auch den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen. Das hindert uns aber nicht, die entscheidende Kritik daran zu üben, daß die Etatsberatung nicht bis Ostern zu Ende geführt worden ist. (Lachen rechts.) Die Behauptung, daß die sogenannte Vierzehner im Reichstag daran schuld sei, wird durch die Tatsachen widerlegt, daß uns von der Budgetkommission bis zum Augenblick irgendein Beratungsstoff überhaupt nicht zugegangen ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Also die Verantwortung trifft die Regierung, die den Reichstag trotz unseres Protestes erst spät im Herbst einberufen hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ganz frei von Schuld zu sprechen ist allerdings auch der Reichstag nicht, der vor Weihnachten viel zu früh in die Ferien gegangen ist. Die Erfahrung beweist, daß im Mai keine besondere Lust mehr vorhanden ist, weiterzutagen, und daß dann die Initiativanträge, Petitionen und Vorlagen, die für das Volk Wert haben, einfach unter den Tisch fallen. Der Reichstag wird geschlossen oder vertagt. Das in seinen Grundlagen völlig verfehlte Diktatengesetz bedarf dringend einer Umgestaltung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) um die Abgeordneten auch über den Mai hinaus zusammenzuhalten. Wir erwarten ferner, daß der Reichstag in Zukunft im Herbst einberufen und ihm sofort der Etat vorgelegt wird. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Seyda (Pol.): Nach Ablehnung der Ostmarkenvorlage darf die Regierung selbstverständlich den Beamten sie auch nicht auf Grund des Etatsnotgesetzes zahlen. (Zuruf b. d. Soz.: Natürlich nicht!) Wenn kein Widerspruch von irgendeiner Seite erfolgt, darf ich dies wohl als Meinung des ganzen Reichstags feststellen.

Damit schließt die Diskussion. Das Gesetz wird angenommen.

Es folgt der

Etat für Ostafrika.

Eine Resolution der Kommission verlangt einen Nachtragsetat mit ausreichenden Mitteln zur Förderung der Baumwollkultur in den Schutzgebieten.

Abg. Krähig (Soz.): Die Baumwollfrage hat zu Angriffen gegen meine Partei herhalten müssen, dabei ist unser Standpunkt, der gleichweit entfernt ist von Schönfärberei und Ubertreibung, der einzig richtige. Herr Erzberger möchte die Eingebornen daran gewöhnen sehen, nicht mehr in Adams Kostüm herumzuläufeln, um den Absatz an Textilprodukten dort zu vergrößern. Diese Ausführungen berühren merkwürdig bei einem Berichterstatter der Zoll- und Steuerpolitik, die die Arbeiter in unserm eignen Lande ihre Kinder immer schlechter kleiden läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir bringen der Baumwollkultur Sympathie entgegen und wollen gern die Kultur der Eingebornen fördern. Diese verständige Kolonialpolitik haben wir immer empfohlen, die in den Eingebornen den wertvollsten Besitz der Kolonien sieht, und haben stets vor der Desperadopolitik gewarnt, die zu der Ausrottung der Eingebornen geführt hat. Wie sind wir deshalb 1907 bejähmt worden. Für die Baumwollkultur sind die Eingebornen-Pflanzungen weit wertvoller als die Plantagen. Kommt es doch vor, daß Leute solche Plantagen gründen, die von der Landwirtschaft keine Ahnung haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch haben die Pflanzungen der Eingebornen weit weniger Mißerfolge als die großen Plantagen. Diese verfrachten Baumwollplantagen nachher auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu reiten, lehnen wir grundsätzlich ab. Von Herrn von Liebert haben wir ja gehört, wie solche Gründungen mit Hilfe von Schwindelprospekten zustande kommen. Das mahnt zur Vorsicht. Noch kann die Baumwollproduktion in Amerika enorm gesteigert werden. (Hört, hört!) Da ist es eine Utopie, daß wir mit unserer kolonialen Baumwolle jemals die Weltmarktpreise werden bestimmen können. Da die Eingebornen genügsamer sind als die dividendenhungrigen Plantagenbesitzer, so werden sie auch bei sinkenden Preisen den Betrieb aufrechterhalten können, während die Plantagenbesitzer sofort nach Staatshilfe, nach Schutz der „nationalen Arbeit“ schreien werden. Die Regierung immer weiter anzutreiben, wie es die Resolution will, machen wir nicht mit. Kommt eine Vorlage, so werden wir sie prüfen. Man hat die Erwartung ausgesprochen, daß der deutsche Textilarbeitgeberverband dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee Mittel zur Hebung der Baumwollkultur zur Verfügung stellt. Dieses Komitee dient doch nur kapitalistischen Interessen, die Gelber des Textilarbeitgeberverbandes aber sind von den Arbeitern aufgebracht worden, um ihre eignen traurigen Verhältnisse in Deutschland zu verbessern. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Schiffer (Ztr.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zur Resolution. Die Verantwortung für unsere Wirtschaftspolitik, die der Vorredner uns zum Vorwurf machte, tragen wir gern. Würden die Zölle auf Textilwaren aufgehoben, so wäre das Glied unter den Textilarbeitern noch viel größer, denn gerade die Textilwaren sind in erster Linie auf den inneren Markt angewiesen. (Bravo! i. Ztr.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Wenn man bei der Frage der Baumwollkultur von kapitalistischer Ausbeutung sprechen will, muß man doch zuerst an Amerika denken, dem wir bereits mit 400 Millionen jährlich tributpflichtig sind. Wird die Baumwollkultur in Amerika noch ausgedehnt, so wird auch die Textilindustrie dort zunehmen, und dann ist die Zukunft für unsere Textilindustrie sehr traurig. Deshalb liegt es auch im hervorragenden Interesse der Arbeiter, daß die Baumwollkultur in unseren Kolonien gefördert wird. (Sehr richtig! b. d. Natl.)

Abg. Götthert (Fortfchr. Sp.) tritt für die Schiffbarmachung des Kufidjiflusses ein.

Staatssekretär Dr. Solf: Der Unterlauf des Kufidji ist bereits schiffbar, weitere Mittel zu seiner Schiffbarmachung sind ausgeworfen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): In der Frage der Baumwollkultur in unseren Kolonien sollen Parteigegegensätze nicht mitspielen. Das jetzige Monopol der Amerikaner ist zweifellos die beste Grundlage für Spekulationsausdehnungen. Deshalb ist es gerade für unsere Arbeiter sehr wichtig, daß in unseren Kolonien die Baumwollpflanzungen so stark als möglich gefördert werden. Schließlich werden wohl auch die Sozialdemokraten ihren Kampf gegen Windmühlensflügel aufgeben.

Abg. Krähig (Soz.): Wir Sozialdemokraten treten durchaus für die Baumwollkulturen der Eingebornen ein; die Resolution aber lehnen wir ab, weil wir keine Garantie haben, daß die darin verlangten Mittel auch wirklich dieser Baumwollkultur dienen sollen.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution wird angenommen, desgleichen zwei Resolutionen der Kommission, von denen sich die eine gegen den Arbeitszwang für die Eingebornen ausspricht, und die andere im nächsten Etat höhere Mittel zum

Bau und zur Unterhaltung von Hospitälern für die Eingebornen fordert.

Abg. Dr. Paasche (natl.) wünscht systematische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus unter den Eingebornen.

Staatssekretär Dr. Solf: Natürlich suchen wir den Alkohol den Leuten abzugewöhnen. Die alkoholischen Getränke sind nicht etwa erst durch die Europäer nach Ostafrika gekommen, sondern die Eingebornen haben von jeher ihre eignen alkoholischen Getränke gehabt.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Es folgt der

Etat für Kamerun.

Hierzu liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, die für Neukamerun die Errichtung von Eingebornen-Reservaten und die Sicherung der Handelsfreiheit deutscher Kaufleute fordert.

Abg. Dr. Brand (Fortfchr. Sp.): Neukamerun ist ja nicht gerade ein Paradies, aber die ungünstige Meinung, die zur Zeit des Marokko-Abkommens allgemein verbreitet war, ist nicht zutreffend. Wir müssen das Land, das wir einmal haben, aufschließen. Der Schutztruppe sowie dem Major Dominik und dem Gouverneur v. Puttkamer, die für die Erschließung Kameruns sehr viel getan haben, gebührt unser Dank. Das Erb, für das so viele deutsche Brüder ihr Leben gelassen haben, wollen wir treu bewahren und einer glücklichen Entwicklung entgegensehen. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich danke dem Vorredner für seine warmen Worte. Dr. Weill hat gestern aus den Verhandlungen der französischen Konzeptionsgesellschaften mit der Gesellschaft Südamerun den Schluß gezogen, die Regierung und Dr. Semler begünstigen die Konzeptionsgesellschaften. Dabei hat doch keine Partei einen Zweifel darüber gelassen, daß sie Konzeptionsgesellschaften für die schlimmste Erbschaft ansehen, die wir in Neukamerun mitübernehmen haben. Es ist auch ganz unzulässig, einem Abgeordneten, wie Dr. Weill es getan hat, seine Tätigkeit in seinem Privatberuf zum Vorwurf zu machen. Dr. Semler hat an den Verhandlungen als Advokat teilgenommen. Wenn in den Zeitungen dabei alle seine Titel aufgezählt werden, auch seine Eigenschaft als Abgeordneter, so ist das etwas, dem sich niemand von uns entgegen kann. Er hat nur sein gutes Recht ausgeübt, indem er als Advokat bei den Verhandlungen Rat erteilte. — Dem Lobe des Vorredners über Neukamerun kann ich nicht ganz zustimmen, aber jedenfalls müssen wir weiter arbeiten und versuchen, das Land, das wir nun einmal haben, zu erschließen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Solf: Ich habe Herrn Dr. Weill gestern nicht geantwortet, weil ich im Zweifel war, ob dies nicht vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes geschehen würde. Ich habe mich inzwischen mit Herrn v. Jagow in Verbindung gesetzt und wir sind übereingekommen, daß ich die Antwort gebe. Herr Doktor Weill hat in seiner sorgfältig präparierten Rede folgende Thesen aufgestellt: Zunächst die, daß das Konzeptionsystem schlecht ist. Das ist die Ansicht aller Parteien im Haus, und auch die Regierung hat niemals hinter dem Berge damit gehalten, daß es auch ihre Ansicht ist. Wir haben auch die berechtigte Hoffnung, daß die Konzeptionsgesellschaften in Neukamerun den Weg gehen werden wie in Südamerun, daß die großen Konzeptionsgesellschaften zusammenschmelzen und gemederte Eigentumsrechte gegeben werden. Die zweite These war, die Neukameruner Gesellschaften haben das Land im Interesse weniger Kapitalisten ausgebeutet und vermisst. In bezug hierauf muß ich die Gesellschaften die Verantwortung überlassen. Falls die Gesellschaften uns ein solches Gesicht zeigen werden, haben wir Mittel und Wege, das nicht aufkommen zu lassen, wir haben die Kongo-Akte, wir haben unsere Gesetze, und wir haben die Lastenhefte der Gesellschaften selbst. Sie können sich darauf verlassen, daß wir die Gesellschaften ganz genau kontrollieren werden. Deshalb bin ich auch mit der dritten These Dr. Weills nicht einverstanden, nämlich, daß wir die Gesellschaften Neukameruns mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Nein, bekämpfen kann ich die Gesellschaften nicht, daran hindert mich die Vertragstreue gegen Frankreich, wohl aber kann und werde ich sie kontrollieren. Herr Dr. Weill zweifelt daran, daß die Regierung alles tun werde, um die Konzeptionsgesellschaften nicht zu stärken, und beruft sich darauf, daß kurz vor der Erwerbung Neukameruns der Hofratsrat v. d. Landen in Gemeinschaft mit Dr. Semler Maßnahmen getroffen habe, um die Konzeptionsgesellschaften zu stärken. Ganz im Gegenteil müssen wir Herrn Dr. Semler für seine dabei entfaltete Tätigkeit dankbar sein. Es bestanden Grenzschwierigkeiten zwischen der Südameruner Gesellschaft und der großen Konzeptionsgesellschaft in Neukamerun. Da lag es doch selbstverständlich im Interesse unserer Verwaltung, daß wir bei diesen unbehaglichen Grenzschwierigkeiten es nicht mit Verhandlungen von Regierung zu Regierung zu tun hatten, und es war deshalb sehr erfreulich, daß Herr Dr. Semler sich in den Dienst dieser Verhandlungen zwischen den Gesellschaften gestellt hat. Daß der Hofratsrat v. d. Landen dabei private Interessen verfolgt hat, muß ich ebenso zurückweisen wie der Abg. Semler für seine Person. Weiter hat der Abgeordnete Weill ausgeführt, es sei eine Verbindung zwischen der Kongo-Gesellschaft und der Compagnie Forerière im Werden begriffen. Davon ist uns nichts bekannt, und ich halte es auch nicht für möglich, daß diese beiden Gesellschaften sich vereinigen. Sollten sie es doch, so bin ich nicht in der Lage, dagegen etwas zu tun. Auf seine Ausführungen in bezug auf die Stärkung der Stellung der „Messageries-Fluviales-Gesellschaft“ hat Herr Semler schon geantwortet, und das Haus hat die Tatsache mit Freuden aufgenommen, daß vom 1. April ab fünf französische Dampfer fünf Dampfer mit deutscher Flagge den Kongo hinauffahren werden. Der Gesellschaft ist kein Monopol gegeben, sondern es ist lediglich von ihr die Erfüllung gewisser Pflichten verlangt worden. Ich sehe also nicht, daß bewiesen worden wäre, daß die Regierung Konzeptionsgesellschaften hat stärken wollen. Was den Bahnbau über Duala hinaus nach dem Kongo anlangt, von dem die Compagnie Forerière angeblich großen Vorteil haben soll, so wird zur Zeit wenn dieser Bahnbau fertig sein wird, von dieser großen Gesellschaft nur ein ganz kleiner Prozentsatz noch übrig sein. Die Bahn soll auch durchaus nicht den Zwecken der Gesellschaft dienen, sondern sie soll dem Verkehr von Westen nach Osten, Neu- und Afrika er-schließen. — Es ist dann gefordert worden, es solle Handelsfreiheit eingeführt werden. Ich habe schon der Kommission zugefagt, daß das geschehen soll, soweit es noch nicht der Fall ist. Die bestehenden Konzeptionsgesellschaften müssen wir natürlich respektieren. (Bravo!)

Abg. Erberger (Ztr.): Die Konzeptionsgesellschaften haben wir seit jeher bekämpft. — Herr Semler hat feinerzeit, als er in die Gesellschaft Südamerun eintrat, die damaligen Kommissionsmitglieder gefragt, ob wir meinten, daß er trotzdem das Referat in der Kommission beibehalten könne. Ich habe ihm damals gesagt, daß sei keine ureigenen Gewissensfrage. (Hört, hört! b. d. Soz.) Er hat dann das Referat über den Etat von Kamerun niedergelegt und nur noch über andre Etats referiert. Das war also für das Haus nichts Neues. Etwas anderes wäre es, wenn der Abgeordnete Weill auch nur den Versuch gemacht hätte, zu beweisen, daß Herr Semler seine Eigenschaft als Berichterstatter des Kolonialamts mißbraucht hätte zu seinen persönlichen Bereicherungszielen. Er jagte nur, das könnte einmal eintreten. Natürlich, das kann bei jedem Abgeordneten einmal eintreten, auch bei sozialdemokratischen Arbeiterskretären; wenn die hier furchenlange Rede über irgendeine bestimmte Frage halten ... Die Kommission in ihrem Blatt ab-

drucken, so haben sie sich einen Beitaritel. (Rufe: Au, au! b. d. Soz.) Das ist doch dasselbe, als wenn Steinarbeiter oder Metallarbeiter hier ausführlich ihre Berufsfragen erörtern. (Lachen b. d. Soz.) Wenn Sie das nicht wollen, daß Reichstagsabgeordnete auch noch einen Privatberuf haben, so müssen Sie dafür eintreten, daß jeder Abgeordnete auf allgemeine Kosten unterhalten wird. — Herr Roste hat mir dann neulich noch vorgeworfen, ich hätte nicht geantwortet gegenüber einer Rezension meines Buches über koloniale Dinge. Wer schreibt, der wird auch rezensiert; darüber auch noch hier im Reichstag zu debattieren, habe ich keinen Anlaß.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Ich bin nicht erstaunt darüber, daß der Herr Staatssekretär theoretisch meinen Ausführungen über die Bedeutung der Konzeptionsgesellschaften und die Notwendigkeit, ihren Einfluß einzudämmen, zustimmt, weil bereits in früheren Dokumenten der Regierung eine ganz entsprechende Auffassung betont worden ist. Ich halte es deshalb auch nicht für eine ganz besonders erfreuliche und überraschende Erscheinung, wenn wir von dem Herrn Staatssekretär erfahren, daß mit Hilfe der Kongo-Akte usw. Ausdehnungen der Konzeptionsgesellschaften zurückgewiesen werden können. Das ist mir selbstverständlich. Aber ich habe schon gestern Wert darauf gelegt, daß diese theoretische Entschlossenheit zum Kampfe gegen den vorherrschenden Einfluß und die Mißbräuche der Konzeptionsgesellschaften widerlegt ist nicht nur in der Denkschrift der Regierung selbst, sondern auch in ihrer Stellung, die sie in der Vergangenheit und in der Gegenwart zu Konzeptionsgesellschaften eingenommen hat. Ich habe ganz unwillkürlich Beweise dafür beigebracht, daß die Taten der Regierung mit ihrer theoretischen Antipathie gegen die Gesellschaften in Widerspruch stehen. Es ist mir auch nicht eingefallen, dem Hofratsrat v. d. Landen irgendwie den Vorwurf zu machen oder nur anzudeuten, als hätte er persönliche Interessen bei den Verhandlungen über die Bahn von Duala nach dem Kongo vertreten. Was mich interessierte, war nur der Hinweis, daß von diesen Verhandlungen, deren Enderfolge

die Stärkung der Konzeptionsgesellschaften sein mußte, der Beauftragte der deutschen Regierung in Paris aktiv dauernd Anteil genommen hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) In diesem Zusammenhang hat der Staatssekretär dem Abgeordneten Dr. Semler noch seinen besonderen Dank ausgesprochen, daß dieser sich damals so rege — ich hätte beinahe den Ausdruck erwartet — so uneigennützig (Geisterzeit) daran beteiligt hätte. Es hat sich aber nicht darum gehandelt, Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, denen die deutsche Regierung begegnet wäre im Augenblick der Neuvergebung jenes Gebietes. Diese Verhandlungen haben ja lange vorher stattgefunden, ehe von dieser Neuvergebung überhaupt die Rede war. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es handelt sich vielmehr um reine Privatgeschäfte, die mit irgendeiner Absicht der deutschen Regierung politische Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, nicht das mindeste zu tun hatten. (Hört, hört!) Und da meinen wir, ist es nicht Sache des Hofratsrats v. d. Landen in Paris an solchen Unterhandlungen teilzunehmen, die darauf hinauslaufen müßten, die Konzeptionsgesellschaften zu stärken und einflussreichen Teilhabern die Taschen zu füllen. Es hat sich also nicht etwa um eine vaterländische Tat des Dr. Semler gehandelt. Der Auslands-politiker des „Temps“, André Lardieu, der der Hauptmanager der Agoko-Shangha und der Geschäftsfreund des Dr. Semler ist (Hört, hört! b. d. Soz.) hat die Stärkung der Konzeptionsgesellschaften selber zugegeben. (Hört, hört!) Von Herrn Paasche brauchen wir keine Belehrung darüber, ob eine solche Debatte zulässig ist, zumal wenn es sich um die Beurteilung einer Konzeptionspolitik handelt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Uns leidet nur unsere Pflicht und unser Gewissen. (Bravo! b. d. Soz.) Ich habe auch dem Doktor Semler gar nicht das Recht bestritten, in Fragen, die ihn persönlich interessieren, hier aufzutreten. Es wird sicher auch in Zukunft für den Reichstag von großem Interesse sein, aus dem Munde des Dr. Semler zu erfahren, welches Interesse eine Kolonialgesellschaft an einer bestimmten Frage hat. (Sehr gut! b. d. Soz.) In Wirklichkeit handelt es sich um den Nachweis, daß die Eigenschaft des Abgeordneten Semler als Referent des Kolonialamts zu seiner Empfehlung für gewisse geschäftliche Transaktionen gebietet hat. Wir Sozialdemokraten werden es jedenfalls stets für unsere wichtigste Pflicht halten, in die Zusammenhänge von Politik und Finanzkapital hineinzufragen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Es ist eigenartig, daß gerade der Herr Vorredner in so scharfer Weise gegen französische Konzeptionsgesellschaften Stellung nimmt. Herr Semler kann man nicht zum Vorwurf machen, daß von ausländischen Gesellschaften seine Eigenschaft als Referent des Kolonialamts ins Feld geführt worden ist.

Abg. Lebebour (Soz.): Herr Semler leidet nicht nur an einer bedauerlichen Farbenblindheit auf dem Gebiete der politischen Moral (Sehr gut! b. d. Soz. Präsident Kamp f ügt den Ausdruck), er leidet auch an einer bedauerlichen Gedächtnisschwäche, wenn er es so darstellt, als ob wir ihn ganz plöckig wegen dieser Dinge angriffen. Die Angelegenheit hat uns vielmehr seit Jahren und unmittelsbar jetzt in der Budgetkommission beschäftigt. Genosse Singer und ich haben schon feinerzeit verlangt, daß Dr. Semler bei der Beratung von Kolonialfragen aus der Budgetkommission ausgeschieden solle: ein Ausschlußratsmitglied einer Kolonialgesellschaft gehört schon aus Reinlichkeitsgründen dort nicht hin. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn wir diese Dinge, die das Ansehen des Dr. Semler nicht vermehrt haben, hier wieder zur Sprache bringen, so deshalb, weil er in der Budgetkommission für den Bau einer Bahnlinie bis zu dem Hafen, den wir durch das Marokkoabkommen erhalten haben, mit der Motivierung eingetreten ist, der Verkehr vom obern Kongo könnte dadurch abgefangen und durch das deutsche Gebiet geleitet werden. Ich habe das Widersinnige dieser Motivierung dargelegt. Eine Wirkung hätte der von Semler befürwortete Bahnbau allerdings gehabt: die Bahn hätte das Gebiet der Südamerun-Gesellschaft durchschnitten und so der Gesellschaft einen kolossalen Vorteil gebracht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Semler hat also unter unrichtigen Behauptungen eine Bahnlinie empfohlen, die die Gesellschaft, der er als Ausschlußrat angehört, wirtschaftlich fördern würde. Er sucht also seine Stellung als Abgeordneter zu Maßregeln auszunutzen, die seiner Gesellschaft zugute kommen. Das verträgt sich nicht mit unserm Gewissen von politischer Moral. Wir werden die Haltung Semlers bei jeder Gelegenheit an den Pranger stellen, und diese Ausschlußratspolitik mit Hilfe der öffentlichen Meinung im Reichstag unmöglich machen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Kommission wird angenommen, ebenso der Etat selber und der Etat für Logo.

Beim Etat für Südwestafrika liegt eine Resolution der Kommission vor, im nächsten Etat die Schutztruppe zu ver-ringern. Eine zweite Resolution will, daß in Zukunft die Kosten für Landespolizei und Schutztruppe einseitlich nach einem festzu-legenden Verhältnis auf Reich und Schutzgebiete verteilt werden. Eine dritte Resolution verlangt, die nach Kamerun verbannten Potentaten in ihre Heimat zurückzuführen zu lassen und dort ihren früheren Lebensgewohnheiten gemäß anzufiedeln.

Abg. Dr. Quessel (Soz.): Dr. Solf wollte sich auf einen Artikel von mir in den „Sozialistischen Monatsheften“ nicht berufen, um mir, wie er sagte, nicht zu schaden. Ich bedauere das, denn diese Ausführung hätte nicht mir, sondern ihm geschadet. Ich

Aus der Parteibewegung.

Eine politische Meinungsfrage. Im schlesischen Wahlkreis Waldenburg wurde zur Reichstagswahl der offene Brief eines ehemaligen fürstlich Pleßischen Grubenbeamten verbreitet. Der Brief enthält Enthüllungen über bestimmte Gesplogheiten des niederschlesischen Industrieunternehmens und was von dem Grubenbeamten mit Namensunterschrift gezeichnet. Regierungsrat Rindorf von den Pleßischen Gruben stellte gegen den Briefunterschriften, gegen den Geschäftsführer der dortigen sozialdemokratischen Druckerei und gegen noch einige andere Genossen Strafantrag wegen Verleumdung. Die Klage gegen den ehemaligen Beamten blieb erfolglos, weil dieser behauptete, daß der Brief, so wie er gedruckt worden ist, von ihm nicht geschrieben worden sei. Der Briefunterschriften hatte, konnte in der Verhandlung, die im vergangenen Sommer stattfand, nicht klargestellt werden. Das ganze Ergebnis der Klage war, daß der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Druckerei, wo der Brief gedruckt wurde, wegen fahrlässiger Verleumdung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Jetzt nach einem halben Jahre ist gegen den Faktor unserer Waldenburger Parteidruckerei, den Genossen Hoffmann, ein Verleumdungsverfahren eingeleitet worden, weil er angeblich falsche eidesstattliche Aussagen über die Geheer des Briefmanuskripts gemacht habe. Der Faktor ist auch am Dienstag beim Mittagstisch verhaftet und erst nach 24 Stunden wieder entlassen worden. Das Verfahren geht weiter, man hofft vielleicht auf diese Weise, den Sünder zu fassen, der das Briefmanuskript redigiert haben soll.

Preßprozeß. Der Verantwortliche der „Schlesischen Bergwacht“, Genosse Franz, wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Er soll in einem Artikel den Gemeindefreier aus Buchwald im Riesengebirge beleidigt haben.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Ausperrung der Maler. Jetzt wird auch das genaue zahlenmäßige Abstimmungsresultat im Unternachwerkverband über den Schiedsspruch der Unparteiischen bekannt. Nach der Höhe der Lohnsummen der dem Unternachwerkverband angehörenden Meister haben für die Annahme des Schiedsspruchs Unternehmer mit 14 459 000 Mk. Lohnsumme, dagegen Unternehmer mit 40 548 000 Mk. Lohnsumme gestimmt. Im Gau Berlin, in Brandenburg und in Ost- und Westpreußen, Posen und in dem Teile von Pommern rechts der Oder war die erhebliche Mehrheit für Annahme der Schiedssprüche. Aber auch in den anderen Gauen scheinen die Unternehmer nicht gar zu eifrig für die Ausperrung einzutreten. So wird uns aus Leipzig gemeldet: „Die Leipziger Malerinnung hat in einer am Freitagabend abgehaltenen Innungsversammlung die Ausperrung der Malergehilfen beschlossen. Ein Antrag, mit den Gehilfen neue Verhandlungen anzuknüpfen, wurde fast mit Stimmengleichheit abgelehnt, und mit derselben geringen Stimmenmehrheit wurde auch die Ausperrung beschlossen. Wäre, wie verlangt wurde, mittels Stimmzettels abgestimmt worden, so hätte sich sicher eine Mehrheit für die Umbildung von Verhandlungen mit den Gehilfen ergeben. Bezeichnend ist, daß die großen Firmen, die bis zu 50 und 60 Gehilfen beschäftigen, die Ausperrung nicht mitmachen werden. Die Ausperrung soll am Montag beginnen.“

Ziegeleiarbeiter! Bei der Firma Georg Siegler, Dampfziegelei, in Heidsieckfeld bei Würzburg sind die Arbeiter zur Erreichung einer Lohnhöhe ausständig. Die Firma sucht Arbeitswillige. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Verband der Sattler und Portefeuillier im Jahre 1912. Die Sattlerwaren- und Portefeuillier-Industrie hatte im Jahre 1912 guten Geschäftsgang, besonders die Militäreffektenbranche, in der durch den Kriegszumel auch zurzeit noch flotte Beschäftigung vorhanden ist. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 13 819, am Schlusse 14 345. Insgesamt wurden 92 Bewegungen für 195 Betriebe mit 3542 Beteiligten geführt. Hierbei kam es in 31 Stellen zur Arbeitseinstellung mit 844 beteiligten Personen, die 1243 Tage im Kampfe standen. In 53 Fällen konnte mit einem vollen Erfolg, in 14 Fällen mit einem teilweisen und in 11 Fällen mußte ohne Erfolg abgeschlossen werden. Von den an der Bewegung beteiligten Personen erreichten 1211 eine wöchentliche Arbeitszeitverfugung von 2402 Stunden, 2076 Personen eine wöchentliche Lohn-erhöhung von 4190 Mark, 1192 Personen erhielten Zuschläge für Überstunden, 988 erhielten Zuschläge für Sonntagsarbeit, 1648 sonstige Verbesserungen, 1517 tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, 259 wechelten Verordnungen ab. Für diese Lohnbewegungen wurden rund 50 000 Mark veranschlagt. Die Gesamtannahme der Organisation betrug 346 871 Mark. Die Ausgaben erhöhten sich um 29 000 Mark, obgleich die Gewerkschaften-Unterstützung, die im Vorjahr 91 693 Mark beanpruchte, um 8000 Mark zurückging, sie betrug 296 642 Mark. Die Organisation erzielte eine Mehreinnahme von 50 228 Mark. Das Vermögen der Hauptkasse stieg auf 372 144 Mark, das der Lokalkassen um 30 637 Mark, so daß der Gesamtvermögensbestand 558 700 Mark erreicht hat. Die inzwischen eingetretene Beitrittssteigerung wird den Stand der Finanzen noch verbessern, so daß die Organisation sich allen Eventualitäten gewachsen glaubt.

Aus einer Streikentschädigungsgesellschaft. Von den zahlreichen Streikentschädigungsgesellschaften, die sich die Unternehmer als Ergänzung ihrer eigentlichen Arbeitgeberverbände geschaffen haben, ist der „Deutsche Industrie-Arbeiterverband“ eine der ältesten. Seine Organisation ist örtlich und sachlich gegliedert, als Mitglieder gehören ihm Arbeitgeberverbände und einzelne Unternehmer an. Die Mitglieder müssen von je 1000 Mark Lohnsumme, die sie beghalten, 50 Pfg. als Eintrittsgeld und 1 Mark als Jahresbeitrag bezahlen. Dieser Staffelung des Beitrags nach der Lohnsumme entspricht auch die Entschädigung bei einem Streik. Die beiträgen Unternehmer erhalten für jeden ausfallenden Arbeitstag bis zu 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes aller Arbeiter als Entschädigung. Die Entschädigung wird auch für solche Arbeiter bezahlt, die zwar am Streik nicht beteiligt, aber wegen Arbeitsmangels bei einem Streik entlassen werden. Jemandeine Verpflichtung zu Ausperrungen ermächtigt den Mitgliedern aus ihrer Zugehörigkeit zum Industrie-Arbeiterverband nicht, jedoch wird jede „vom Vorstand gutgeheißene“ Ausperrung als Streik betrachtet, d. h. es wird im gleichem Umfang Entschädigung dafür bezahlt. Der Industrie-Arbeiterverband hat sich stark entwickelt. Im Jahre 1906 zählte er 671 Mitglieder, die 62 368 Arbeiter beschäftigten; 1912 wurden 3650 Mitglieder gezählt, die 264 000 Arbeiter beschäftigten. In letzter Zeit hat der Industrie-Arbeiterverband seine Agitation erneut aufgenommen. Er sendet an Firmen, die ihm noch fernstehen, ein Anschreiben, in dem er sich als Helfer in kommenden Nöten in Erinnerung bringt. Das Schreiben wird als „vertraulich“ bezeichnet. Dem Anschreiben wurden mehrere Tausende beigelegt, darunter ein kleines Schriftchen mit Urteilen von Mitgliedern über die Tätigkeit des Industrie-Arbeiterverbandes. Eröffnet wird der Reigen mit dem Dank einer Farbenfabrik (33 Arbeiter) für die Vermittlung zur Beilegung eines Streites und für die „materielle Unterstützung“. Die Fabrik berichtet: „Wir glauben, daß es bei den heutigen Verhältnissen im Interesse eines jeden Unternehmers liegen muß, ihrem Verband als Mitglied anzugehören“, und erklärt sich bereit, in ihren Betanntenkreisen auf den Verband aufmerksam zu machen. Eine Kolonialfabrik bekennt sich für die „sachgemäße, tatkräftige und aufopfernde Unterstützung“, die ihr Herr Grüner bei einem Streik geleistet hat; eine Rohmaterialfabrik rühmt denselben Herrn „Sachverständigen, Besonnenheit und Entschiedenheit“, und ein Granitwerk erklärt: „Die Verhandlungen (mit den Arbeitern, D. R.) wurden Jhrezeit in einer bewundernswerten Weise geleitet, und haben wir in einem einzigen Tage das erreicht, wozu wir früher Wochen brauchten.“ Eine Holzbearbeitungsfabrik berichtet erfreut, daß es ihr durch das tatkräftige Eingreifen des Ver-

Verbindung stehen, und das ist unbestreitbar und kommt fotoholl von dem Geist, in dem die Zentralkasse verwaltet wird, als davon, daß die Arbeiterorganisationen solche Hilfe gar nicht mehr brauchen und wollen. Wissen möchte ich aber, ob die Leitung der Zentralkasse ganz in dem gewohnten Regierungsgeist abgesehen ist, sich mit den Konjunkturforderungen in Verbindung zu setzen. Die Sozialdemokratie hat stets erklärt, daß, wenn dem Mittelstand überhaupt geholfen werden kann, die genossenschaftliche Zusammenfassung das geeignete Mittel ist. Wir haben also nichts gegen eine Förderung der Mittelstandsgenossenschaften.

Der Etat wird bewilligt. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Ausnützung der oberen Weiser zur Elektrizitätsgewinnung. Abg. Reinert (Soz.) führt aus, daß das in der Kommission einstimmig angenommene Gesetz mit einer Kapitalerhöhung von 9 auf 10 1/2 Millionen Mark ausgestattet worden, weitere Landkreise einbezogen und die Verhandlungen mit den Städten Göttingen und Kassel vor dem Abschluß seien, was auch im Interesse der Rentabilität des Werkes notwendig sei. Es müsse aber borgebeugt werden, daß die Landkreise nicht etwa aus der Sache eine Erwerbsquelle machen, der gemeinnützige Charakter des Werkes muß erhalten bleiben, und nur, weil wir das Gesetz in diesem Sinn als ein gemeinnütziges betrachten, stimmen wir dafür. (Zust. h. d. Soz.) Nachdem noch weitere Redner ihre Zustimmung erklärt haben, wird das Gesetz angenommen.

Das Ausgrabungsgesetz

bestimmt, daß Ausgrabungen von Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder naturgeschichtlicher Bedeutung nur in der Weise erfolgen dürfen, daß das öffentliche Interesse an der Förderung der Wissenschaft und Denkmalspflege nicht beeinträchtigt wird.

Kultusminister v. Kott zu Solz bemüht sich, die Bedenken zu zerstreuen, daß das Gesetz zu sehr in das Privateigentum eingreife. Abg. v. Götter (konf.) äußert Eigentumsbedenken, Abgeordneter Bredt (freikonf.) fordert für Eigentumsbeschränkungen vollen Schadenersatz und Abg. Eichhoff (fortsch. Rp.) Aufklärung der Bewältigung über die Bedeutung von Ausgrabungen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) begrüßt das Gesetz, wenn es auch nicht genug umfassend sei. Nicht der Regierungspräsident, sondern eine Kunstdeputation sollte entscheidende Behörde sein, um den Bureaokratismus einzudämmen. Derjenige, dem ein wertvolles Ausgrabungsobjekt zufällig zuteil wird, sollte vom Gesetz nur als Verwahrer angesehen werden. Die Abfertigungspflicht sollte überall da vorgeschrieben sein, wo der ausgegrabene Gegenstand, auch wenn seine Erhaltung nicht gefährdet ist, doch für die Kunst und Wissenschaft von Wert ist. Das Gesetz geht an die verstärkte Justizkommission.

Die Reform des Polizeiverordnungsrechts.

Es handelt sich um die bekannten Anträge Schiffer (natf.). Die Kommission hat sie dahin gefaßt, daß alle Personen, die ein berechtigtes Interesse daran haben, beim Oberverwaltungsgericht auf Rechtsungültigkeit eine Polizeiverordnung klagen können, die Klage soll nur auf Unvereinbarkeit mit geltenden Reichs- oder Landesgesetzen, auf Unzulässigkeit der vorordnenden Behörde oder auch Formfehler gerichtet werden können. Polizeiverordnungen sollen nach 30 Jahren erlöschen, jedoch nicht vor dem 31. Dezember 1920. In allen gerichtlichen Verfügungen, Weisungen usw. soll eine Rechtsmittelsbezeichnung enthalten sein.

Abg. Dr. Schröder (freil.) wendet sich gegen die Hauptanträge, weil das der Anfang einer planvollen, unheilvollen Aufhebung aller Maßnahmen der öffentlichen Gewalt sein würde. Das würde alle Rechtsordnung untergraben.

Abg. Böhmer (konf.) lehnt die Anträge ebenfalls ab, zum Teil aus denselben Gründen.

Abg. Schiffer (natf.) berweist auf das unerträgliche Uebermaß und die Verwirrtheit unserer Gesetze und Verordnungen. Ein Ministerialerlaß vom 9. Februar 1912 erkennt das zum Teil an. Nach meiner Erfahrung (der Redner ist Mitglied des Oberverwaltungsgerichts) ist es dringend notwendig, den massenhaft aufgehäuften Schutt wegzuräumen. Das Erlöschen der Verordnungen nach 30 Jahren soll Unruhe bringen? Besser noch als Kirchhofstraße. (Zust. links.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Es handelt sich hier keineswegs um grundsätzliche Änderungen in unserer Gesetzgebung und wir stimmen daher zu.

Abg. Dr. Ehlers (fortsch. Rp.): Von 72 Handelskammern haben 71 die Notwendigkeit der Anträge Schiffer anerkannt. Also das Bedürfnis kann nicht bestritten werden. Hoffentlich erwärmt sich die Regierung nun auch für diesen Gegenstand, für den die Interessenten so ins Feuer geraten sind. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Wir sollten doch nicht allzu optimistisch sein. Um Herrn Schiffer vor späteren schweren Erschütterungen seines geistlichen Gleichgewichts zu bewahren, möchte ich ihm doch gewisse Zweifel einimpfen, ob die königlich preussische Regierung seinen revolutionären Anträgen Rechnung tragen wird. Wir werden ja sehen, ob die Schneidigkeit des Ministeriums des Innern, die sich so oft gegen die Arbeiter zeigt, sich auch bei dieser Gelegenheit zeigen wird. Wir würden dann gern die Regierung loben. Der Minister hat angedeutet, daß die Polizeiverordnungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt sein sollen. Nach unsem Erfahrungen ist in dieser Beziehung Hopfen und Malz verloren, denn die Reglementierungssucht bis in alle Kleinstigkeiten hinein ist eine alte Regierungsmarine in Preußen. Die preussische Polizei und Verwaltung vermag sich nicht mit der Selbstständigkeit der „Antianten“ abzufinden. Solange sie den Bürger nicht als mündig ansehen werden, wird es auch so bleiben. Wenn der Apparat und das Ideal unsem preussischen Polizeigeistes, der Herr v. Jagow in Berlin, an einem Tage keine Polizeiverordnung erlassen hat, so hält er den Tag für verloren. Diese polizeilichen Beschränkungen unserer Bevölkerung können nicht durch eine organisierte Reform beseitigt werden, denn sie sind unzerstörbar verbunden mit dem preussischen Polizeigeist, mit dem Wesen Preußens als Fortschritt jeder politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reaktion. Und hiergegen haben die National-liberalen schon gar nichts einzuwenden, im Gegenteil. (Sehr laut! h. d. Soz.) Bei der das Volk unzufriedenheit

aufreizenden polizeilichen Rebellienpolitik kommt es auch auf die Anwendung des Gesetzes an. Was aber ein ehrenvoller Polizeigewaltiger ist, der bringt es fertig, aus einer einzigen Paragrafen einer Polizeiverordnung so viele Beschlüsse für die Bevölkerung herauszubekommen, wie sonst ein ununterstützter Polizeibeamter aus einem ganzen Koder von Polizeiverordnungen herausbekommen kann. (Heiterkeit links.)

Schließlich zu begreifen ist, daß man nun überflüssige Polizeiverordnungen — selbst vom Standpunkt der Regierung aus überflüssige — als reaktionär anerkennen kann. Bedauerlich ist, daß der Zeitraum des Erlöschens auf das viel zu große Maß von 30 Jahren festgelegt wird. Sehr bedauerlich ist aber, daß nach der jetzigen Fassung der Anträge nach einer einmal getroffenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts nicht erneut soll angesetzt werden können, wenn es die Verordnung gültig erklären soll.

Die Anträge entsprechen einem Bedürfnis unserer Zeit und der Mehrheit des Hauses. Wir werden für sie stimmen. (Bravo! h. d. Soz.)

Die Anträge werden gegen die Konzeptionen in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung der Gesetzeskommission, der das Ergebnis dieser Beratung darstellt.

Eine Petition um Verleihung des ruffenen Gemeindevorstandes an die Volkshochschule wird von dem

Abg. Dr. Scherb (fortsch. Rp.) beantwortet. Warum sollen die Volkshochschulen schlechter gestellt sein als die Lehrer? Nach beantragte Verbesserung zur Verleihung.

Die Kommission beantragt Material. Ein Antrag wird nicht gefaßt, da noch viele Vorstellungen vorliegen.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr.

führte darin aus, daß bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein der landwirtschaftliche Großbetrieb in den Kolonien überall zur Verflorung der Eingebornen geführt hat. Damit müßte n wir uns abfinden, sage ich, wenn die tropischen Produkte anders nicht zu erhalten wären. Ich beweise dann aber gerade, daß das nicht nötig ist und daß in der tropischen Landwirtschaft der Kleinbetrieb sehr leistungsfähig ist. Ich bin mit manchen Parteifreunden heute vollständig einverstanden in der Beurteilung der Eingebornen- und Plantagenpolitik. Zwischen uns bestehen nur Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeiten zivilisatorischer Kolonialpolitik. Heute beurteilt sie pessimistisch, ich sie mehr optimistisch. Auf die Diamanten ist die Zukunft Südwestafrikas sicher nicht zu gründen; aber vielleicht kann die Viehzucht die Zukunft der Kolonie werden. Freilich, wenn wir die Oeffnung der Grenzen für südwestafrikanisches Fleisch fordern, fliegt die koloniale Vegetierung des Alpbaltagrars Dertel zum Redaktionsfenster hinaus. (Sehr laut! h. d. Soz.) Als der Schrei der Not durch ganz Deutschland tönte, rief Graf Kanitz den Pflanzern, ihr Vieh nach dem zollfreien England zu verkaufen. Jahrzehntlang hat also das deutsche Volk ungeheure Opfer gebracht, damit die Engländer billiges Fleisch bekommen.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Ein Krebschaden sind die Heimatbeurlaubungen, die unsern Etat unerschöpflich belasten. Dabei hat Deutsch-Südwest ein Klima, das auch den Nordeuropäern dauernde Tätigkeit erlaubt. Das Klima ist durchaus gesund. Die Erlaube kosten riesige Summen. So hat Herr Dr. Schudmann alle in 25 000 Mark Reichsheilife erhalten. Dagegen sind die Löhne der Arbeiter in Deutsch-Südwest für die Teuerung dort äußerst niedrig. Farbige Lohnbrüder, Kaffern, werden von den großen Gesellschaften herangezogen, um die weißen Arbeiter zurüdzudrängen. Noch ein Wort zur Eingebornenfrage. Die Tat des 16jährigen Negerz, der ein 5jähriges Mädchen vergewaltigt hat, verurteilen wir selbstverständlich auf das schärfste. Nun soll aber, veranlaßt durch den Massenhaß, der daraufhin aufkam, Gouverneur Seib das Urteil kassiert haben und der Neger zum Tode verurteilt worden sein. Sollte dies Urteil vollstreckt worden sein, so wäre das ein Akt der schändlichsten Lynchjustiz, der noch dadurch empörender würde, daß er sich in die Formen des Rechtes gekleidet hätte. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Den überlebenden Hereros muß geholfen werden. Die Hereros, die einer grausamen Ausrottungsstrategie zum Opfer gefallen sind, gehören zu den intelligentesten und fleißigsten Negern. Wenn wir als Kulturvolk vor dem Nichterfall der Geschichte bestehen wollen, dürfen wir nicht ruhig zusehen, wie die letzten Reste der unsrer Obhut anvertrauten Volksstämme verkommen. (Bravo! h. d. Soz.)

Gouverneur Dr. Seib: Ich habe das erste Urteil gegen den Neger nicht bekräftigt, weil die erste Verhandlung keine genügende Klarheit über den Tatbestand gab. Der Fall hat sich bei erneuter Untersuchung als viel schwerer herausgestellt. Das Todesurteil des Gerichts habe ich dann in 10jährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die billigen Tagelöhne in Windhof sind 10 Mark für ungelernete Arbeiter, für gelernte 18 bis 20 Mark. (Hört, hört! rechts.) Die meisten Arbeiter haben dort ein Bankguthaben. Ich weiß nichts davon, daß Farbige als Lohnbrüder auftreten, dafür sind sie viel zu teuer.

Abg. Gosh (Soz.): Die Verordnungen, die der Staatssekretär im vorigen Jahr in der Diamantenfrage abgegeben, hat er zum größten Teil erfüllt. Bei neuen Verträgen können wir Berücksichtigung des deutschen Diamantenhandels und der deutschen Diamantindustrie verlangen. Das hat der Staatssekretär auch zugestanden. Heber den Weg geben die Ansichten freilich auseinander. Die Regierung will die alte Skaplane des Schutzolls und der Viebzgaben anwenden. Damit könnte man vielleicht eine nicht leistungsfähige Industrie fördern, nicht aber eine so leistungsfähige wie die deutsche Diamantindustrie. Diese braucht nur die Verbesserung guter Steine. Der Staatssekretär sollte auch die Arbeiter hören, bevor er sich schließt macht. Dann wird das Kolonialamt auch nicht so planmäßig vom Syndikat gefaßt werden können wie früher. So wurde behauptet, den deutschen Schleifern mache vor allem die belgische Hausindustrie Konkurrenz — eine ganz unwahre Behauptung, denn nicht sie, sondern Amsterdam ist für unsre Diamantindustrie maßgebend.

Staatssekretär Dr. Seib: Wir haben bei dem neuen Abkommen für die Arbeiter ebenso gesorgt wie für den Handel. Wir haben ja auch die Schleiferschule in Oranien errichtet. Aber wir können das Syndikat nicht zwingen, den Schleifern Brot zu geben.

Abg. Gosh (Soz.): Die Fachschule für Schleifern in Oranien ist auf unsre Anregung hin gegründet. Alles, was erreicht ist, die Erhöhung der Preise, übertrumpft die Gesundheit des deutschen Diamantenhandels, ist nur erreicht worden auf Grund unsrer Anregungen und der unsrer Sachverständigen.

Abg. Duester (Soz.): Die weißen Arbeiter in Südwest verlangen nicht den Ausschluß der Farbigen von der Arbeit, sondern vorzuziehen dagegen, daß die großen Gesellschaften Landrenten Kaffern als Lohnbrüder heranziehen. Wenn der Gouverneur das ungeheuerliche Todesurteil gegen den Neger nachher reduziert hat, so gereicht ihm das nur zur Ehre.

Der Etat wird bewilligt. Beim Etat für Neuguinea tritt

Abg. Schöppin (Soz.) für den Schatz der Paradiesvögel ein, die aus schänder Erwerbssucht niedergebesselt werden. Kommt es doch sogar zu Strafexpeditionen gegen die Eingebornen infolge des rüchichtslosen Vorgehens der Jäger und Glücksritzer. Auch Kronenraub und Kolibris werden abgeschossen und teuer verkauft. Der Staatssekretär hat sich zwar abgemüht für das Verbot des Abschießens der Paradiesvögel auszusprechen. Wir erwarten aber, daß er sich nicht bestimmen lassen wird, das Verbot irgendwie abzuschwächen. (Bravo! h. d. Soz.)

Der Etat wird bewilligt. Es folgt der Etat für Kiautshan.

Abg. Dr. Fischer (fortsch. Rp.) betont die Bedeutung des deutschen Schulwesens in Kiautshan für den Einfluß Deutschlands auf China.

Staatssekretär v. Tirpitz erläutert Einzelheiten der in Kiautshan geplanten Reformen.

Abg. Schöppin (Soz.): Die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge helfen mir nicht für notwendig. Sie könnte höchstens zu Konflikten führen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Etat wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Herr Dr. Karmoll meint in einer Anrede auf die Bedeutung der bevorstehenden Jahrslandtagsfeier hin, die der Gesetzgebung von Stein und Gadenberg, der innern Befreiung des Volkes und dem ersten Aufkommen des deutschen Gedankens gele. Das Deutsche Reich seiere zusammen mit dem preussischen Volks freudig die Gedächtnisfeier an den großen Beginn der menschlichen Erneuerung, an den ersten Völkertreffen in Deutschland. (Beifall.)

Nächste Sitzung Mittwoch den 2. April.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

150. Sitzung.

Berlin, 8. März.

Im Ministerium: Reichel, Dr. Seligenhaas.

Etat der Zentralgenossenschaftskasse.

Nach einigen Bemerkungen der Abg. Regejshain (konf.) und Humann (Ztr.) bekräftigt

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Seligenhaas gegenüber dem Abg. Dr. Liebknecht, daß bei der Neubearbeitung landliche Genossenschaften von den städtischen bevorzugt werden. Dem Kleinrentner und dem Handwerkerstand sollen mit genügend Geld zur Verfügung. Die notwendige Summe legen wir schon heute unserem Verstandesvermögen bei.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Das meiste an meiner Rede war, daß Arbeitergenossenschaften mit der Zentralkasse in keiner

bandes gelungen sei, „einen langjährigen Tarifvertrag unter für uns günstigen Bedingungen“ abzuschließen. Ein Arbeitgeberverband spricht Herrn Grüner seinen „allerverbindlichsten“ Dank aus und schreibt dann: „Ohne jene erprobten Ratschläge, die durch Ihre Diplomatie unsern Gegnern viel zu schaffen machten, wäre wohl in unsern Reihen kaum so langer Widerstand möglich gewesen.“ Diese Dankesergüsse, denen sich zahlreiche andre anschließen, sind besonders interessant. Sie zeigen, daß die Unternehmer sich Verhandlungsspezialisten für Lohnbewegungen, gewissermaßen Diplomaten für den wirtschaftlichen Kampf heranbilden. Zugleich erklärt die wiederholt ausgesprochene Hoffnung auf den materiellen Erfolg diplomatischer Schacherei bei Verhandlungen über Lohnstreitigkeiten, warum die Unternehmer so oft und so energisch die Ausschaltung der Gewerkschaftsvertreter bei solchen Verhandlungen verlangen. Sie fürchten nicht nur deren Unabhängigkeit, sondern auch die Durchbrechung ihrer Wintzelzüge und Fechttrickse. Wie gern die Unternehmer mit verdeckten Karten spielen, deutet indirekt eine Maschinenfabrik an, die es als eine große Annehmlichkeit bezeichnet, „daß die Verhandlungen ohne Weisheit der Arbeitgeber, jedoch unter deren Kontrolle und Einverständnis geführt werden können“. Die große Annehmlichkeit besteht für die Unternehmer darin, daß sie durch ihren Mittelsmann das Feld sondieren, wenn möglich, die Arbeiter auszuweichen lassen, ohne sich durch Vorschläge oder Zugeständnisse irgendwie binden zu müssen. Diese große Annehmlichkeit wird natürlich um so kleiner, je mehr die Arbeiter diese Taktik durchschauen und mit ihr rechnen. —

Gerichts-Zeitung.

Kaufmannsgericht Magdeburg.

Vorsitzender: Stadtrat Dr. Müller. Beisitzer der Arbeitgeber: Kaufmann Brandorf und Drogist Wienrich; Beisitzer der Arbeitnehmer: Buchhalter Stroomann und Versicherungsbeamter Ruffe.

Ein unliebbares Versehen. Der Kontorist G. war beim Kaufmann Herbst gegen 120 Mark Monatsgehalt in Stellung. Am 10. Februar d. J. erkrankte er an Gelenkrheumatismus und ließ sich bei seinem Chef durch seine Braut, bei der er wohnte, entschuldigen und gleichzeitig einen Krankenschein erbiten. Die Braut wurde jedoch vom Chef hart angefahren und der Schein wurde ihr verweigert. G. ließ sich darauf vom Sanitätsrat Dr. Friedrich, bei dem er in Behandlung war, ein Attest ausstellen und meldete sich bei der Krankenkasse als erwerbsunfähig. Der Beamte auf der Krankenkasse vergaß aber die Arbeitsunfähigkeit ins Buch einzutragen und berichtigte darauf dem referierenden Chef des G., daß ihm von einer Arbeitsunfähigkeit G. nichts bekannt sei. Wegen unerlaubten Fernbleibens vom Dienste wurde G. dann, nachdem er auf Betreiben G.s vom Vertrauensarzt der Kasse, Dr. Herzig, als erwerbsfähig befunden worden war, plötzlich entlassen. Nunmehr klagte G. wegen kündigungloser Entlassung auf Zahlung von Gehaltsentschädigung für Februar und März in Höhe von 240 Mark, ferner auf Entschädigung von 3 Mark für das Attest. Nachdem die Braut des Klägers als Zeugin die klägerischen Angaben bestätigt und der Vertreter des Beklagten einen Vergleich strikte abgelehnt hatte, wurde der Beklagte kostenpflichtig verurteilt, zunächst das Gehalt für Februar abzüglich der Beiträge zur Angestelltenversicherung, insgesamt also 119,60 Mark, an den Kläger zu zahlen. —

„Arglistige Täuschung“. Der Reisende L., vertreten durch Magistratssekretär Salting, klagte gegen den Kaufmann Salting, klagte gegen den Kaufmann Dierwald hier auf Zahlung von 175 Mark Gehaltsentschädigung für Februar. Der Kläger war auf Grund einer von ihm abgegebenen Annonce vom Beklagten auf 1 bis 2 Monate zur Probe engagiert worden. Nach zweistündiger Tätigkeit wurde er aber „wegen gänzlicher Unfähigkeit“ plötzlich entlassen. Der Beklagte behauptete, daß der Kläger „keinen Satz zusammenhängend sprechen konnte“ und sich durch Aufgabe der Annonce sogar gegen § 283 des Strafgesetzbuchs verhalten hätte. Demgegenüber behauptete der Vertreter des Klägers, daß der Beklagte sich durch das Probeengagement geschickt hätte und verpflichtet sei, mindestens ein Monatsgehalt zu zahlen. Er bestritt übrigens auch, daß der Kläger ein Stümper der Rhetorik sei, als ihn der Beklagte geschickt habe. Das Gericht folgte den Ausführungen des klägerischen Vertreters und der Vorsitzende riet dem Beklagten, die Forderung anzuerkennen, was er schließlich nach längerem Sträuben auch tat. —

Unbegründeter Entlassungsgrund. Der Kaufmann Heinemann klagte gegen seinen ehemaligen Kontoristen und Reisenden E. auf Rückzahlung von 580,73 Mark. Der Beklagte hatte zum Anlauf von Säden etwa 800 Mark vom Kläger erhalten. Am 10. Februar d. J. soll der Beklagte Grund zu sofortiger Entlassung gegeben haben dadurch, daß er angeblich nicht rechtzeitig im Geschäft erschienen, aber auch nicht bei Kunden gewesen sei und den Nachweis, welche Kunden er besucht, verweigert habe. Der Beklagte bestritt die Beschuldigung und nannte mehrere Wäckermeister als Zeugen, die er an dem fraglichen Tage besucht hatte. Die Summe von 630 Mark behielt er als Gehaltsentschädigung wegen kündigungloser Entlassung zurück, das übrige Geld hat er zurückgezahlt. Im heutigen Termin wurden fünf Wäckermeister als Zeugen vernommen und befunden, daß sie am 10. Februar vom Beklagten besucht worden sind. Die beim Kläger beschäftigte Kontoristin L. konnte darüber, ob der Beklagte die Aufforderung der Kundenliste verweigert habe, nichts Bestimmtes aussagen. Im Gehalt hatte der Beklagte einschließlich Provision 195 Mark monatlich verdient. Nach seiner Darstellung hat er außerdem auch noch eine Extrazahlung von 100 Mark für neuermorbene Kunden zu bekommen, was aber der

Kläger bestritt. Das Gericht konnte in der Handlung des Beklagten keinen Grund zu sofortiger Entlassung erblicken, da aber zurzeit erst das Gehalt für Februar fällig ist, wurde er verurteilt, 435 Mark an den Kläger zurückzuzahlen. Die Kosten des Rechtsstreits trägt der Kläger. —

Bereine und Versammlungen.

Metallarbeiter.

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes füllte am 2. März wieder den großen Saal des „Ruifensparks“ bis auf den letzten Platz. Handelte es sich doch um die Entgegennahme des Jahresberichts und um die Befprechung von Anträgen, welche die Gesamtverbandesversammlung in Breslau im Juni d. J. beschließen sollen. Brandes gab den Geschäftsbericht. Er hatte namens der Verwaltung einen 68 Seiten umfassenden gedruckten Bericht vorgelegt, den jedes Mitglied eine Woche vorher erhalten hatte. Zu diesem Bericht gab er noch Erläuterungen bzw. Ergänzungen. Er behauptete, daß die Metallindustrie in Magdeburg stagniere. Nur wenige Betriebe, welche neue Zweige der Produktion sich zugelegt haben, dagegen viele Betriebe, die früher in der Metallindustrie über Magdeburg hinaus einen Namen hatten, jetzt aber nur noch wenig bedeuten. Der Arbeitsmarkt für die Metallindustrie weist eine große Fluktuation auf. 13 883 wurden eingestellt, 12 549 entlassen, so daß die Steigerung der Arbeiterzahl 1314 betrug. Diese Steigerung trifft wieder nur wenig Betriebe. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde erreicht in der Maschinenfabrik Budau, bei den Firmen Heine u. Ko., W. Gose, U. Weder, A. Knöllner, A. Rose; ferner in der Branche der Drahtarbeiter und der Feigungsfirmen. Die Arbeitszeit beträgt bei diesen Firmen und Branchen 57 bzw. 56 1/2 und 56 Stunden pro Woche. Mehr als 57 Stunden haben nur noch ganz wenige kleine Betriebe. Die Verwaltung werde rechtzeitig Stellung nehmen, um ab 1. Juli die 56stündige Arbeitszeit auch in Magdeburg zu erreichen, wie das bei der großen Ausperrung der hannoverschen Arbeitern zugestanden wurde. Der Redner geht dann auf die Erfolge ein, welche der große Kampf den hannoverschen Kollegen gebracht, um dann den Ausgang des Streikes bei Mundlos u. Ko. zu besprechen, der ein für die Arbeiter ungünstiger war. Dennoch haben die am Kampfe beteiligten gemeinen Kollegen nach Schluß desselben eine korrekte Haltung an den Tag gelegt, die von der guten gewerkschaftlichen Durchbildung Zeugnis ablegt. Weizsäcker sei, daß der Unternehmer nach Beendigung des Kampfes sowohl Löhne wie Akkorde aufgebessert habe. Ein weiterer Beweis für die Veredlung des Kampfes sei ja auch die Tatsache, daß die Mehrzahl der Leute, welche in anderen Betrieben in Arbeit getreten seien, sofort den gleichen bzw. einen noch höheren Verdienst als bei Mundlos erzielten, wo sie Jahre, Jahrzehnte beschäftigt waren. Die Zahl der Lohnbewegungen mit günstigem Ausgang war im Berichtsjahr eine recht stattliche; besonders konnten auch den Hilfsarbeitern wieder Lohnhöhungen verschafft werden. Die Zahl der Tarifverträge steigt. Auch in der Ferienfrage sind Fortschritte erzielt, wenn auch bisher nur in fünf kleineren Betrieben. Einzelne Branchen müssen eine regere Tätigkeit entfalten, die Schmelze und Elektromonteur als die letzten auch die Regelung der Arbeitszeit erreichen. Die Mitgliederzunahme beträgt 812, die Mitgliederzahl am Jahreschluss 10 815. Die Bildungsbestrebungen der Mitglieder allgemein und der Jugendlichen besonders habe die Verwaltung nach besten Kräften unterstützt und werde dies auch fortan tun. Unter lebhaftem Beifall schloß Brandes seinen Bericht mit der Mahnung, im laufenden Jahre für einen Abschluß Sorge zu tragen, der für die Mitglieder und für die Organisation als günstig bezeichnet werden könne.

Der Kassenbericht wurde vom Genossen Flügge erstattet. Er führte aus, daß der diesjährige Kassenbericht wieder ein Bild von der großen Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungsjahre gibt. Schon die Art der für Ausgaben aufgewendeten Summen zeigt, daß das verfloßene Jahr ein Jahr des Kampfes und der Entwicklung war, die Ausperrung und der Streik bei Mundlos waren auch für unsere Kassenverhältnisse von einschneidender Bedeutung. Die innere Verwaltungsorganisation hat im Berichtsjahr gut gearbeitet. Das kommt überaus zum Ausdruck in der Zahl der verkauften Wochenbeiträge, die 588 147 beträgt. Das sind 41 064 mehr als 1911, oder pro Jahr und Mitglied 51,49 Beiträge. Die Ausgabe der Hauptkasse beträgt 544 848,85 Mk., darunter an Unterstützung für Reisende 8267,95, bei Umsätzen 2230, für Kranke 91 819,25, Arbeitslose 45 178,85, Streikende und Ausperrte 267 313, Gemäßregelte 2781,60, in Notfällen 1170, Stabsgehalt 3565, Rechtschutz 1222,93, Anteil der Beiträge an die Lokalfasse 62 758,52, an den Hauptvorstand eingezahlt 60 000 Mark. Um diese Unterhaltungen leisten zu können, war ein Zuschuß vom Hauptvorstand von 180 000 Mark notwendig, von welchen allerdings die vorstehenden 60 000 Mark in Abzug zu bringen sind. Große Ausgaben hatte auch die Lokalfasse zu leisten. So für Unterstützung an Reisende 1154,10, Streikende und Ausperrte 85 195,85, Gemäßregelte 900,70, als Weihnachtsgeschenk an Arbeitslose 2499,75, Stabsgehalt für 64 verstorbene Mitglieder und 58 Frauen der Mitglieder 25 100, an auswärtige Streikende 40 Mark. Ferner für das Arbeitersekretariat 7058,73, die Zentralbibliothek 2012,77, Druckachen 5026,90, Zentrale 1364,20, Referate 524,85, Zeitchriften 1068,52, Gehalte und Hilfsarbeit 18 790,02, Marken- und Zeitungsbetrieb 24 166,08, Miete, Heizung usw. des Bureaus 2470,68, Porto 988,80, Neuanschaffungen 539,50 Mark. Die Reineinnahme betrug insgesamt 438 824,06 Mark, und zwar für die Hauptkasse 38 785,20 und für die Lokalfasse 70 967,86 Mark. Es ist das ein Mehr gegen das Vorjahr von 65 932,91 Mark. Der Bestand der Lokalfasse beträgt 64 269,34 Mark und hat damit gegen den Jahresanfang eine Verminderung um 57 108,52 Mark erfahren, die wir jedoch durch die Erhöhung des Lokalbeitrags auf 10 Pfg. pro Woche bald wieder wettzumachen gedenken. Zu einzelnen Punkten werden noch einige Erläuterungen gegeben. Mit der Aufforderung, den Kassenbericht zu benutzen, um die Nicht- und Andersorganisierten in unsern Beruf über die Leistungsfähigkeit und den Nutzen einer großen, einheitlichen Organisation aufzuklären, schloß Redner seine Ausführungen.

Namens der Redatoren beantragt Hoffmeister Decharge für die Verwaltung. In der Diskussion liefert Franke Beiträge zur Ueber- und Nacharbeit. Hartung wünscht strenge Durchführung des Beschlusses gegen Streikbrecher und fleißigere Brandentätigkeit der Formler. Werner verlangt im künftigen Jahresbericht auch einen statistischen Nachweis über Versammlungsbesuch. Stierwald weist auf die im Verhältnis zu anderen Vereinen hohen Unterhaltungen in Magdeburg hin; die Ursache sei darin zu suchen, daß alles hier liebe. Weiter sprechen noch Schreiber, der auch für Lemsdorf das Recht auf ein Mitglied für die Ortsverwaltung und Thiele und Hoff, die für Barleben entgegen dem Ortsrat, nicht nur einen Bezirksaffizierter, sondern auch einen Bezirksführer verlangen. Nach einem kurzen Schlusswort, in welchem Brandes die Haltung der Ortsverwaltung darlegt, wird der Antrag Barleben abgelehnt, der Antrag auf Dechargeerteilung einstimmig angenommen. Beim nächsten Punkte referiert Baumann über die Anträge zur Breslauer Generalversammlung. Der Antrag, „eine Reichskonferenz der Elektromonteur einzuberufen“, wird angenommen. Ein Antrag auf Einführung von Staffelbeiträgen, von Paul begründet, von Franke bekämpft, wird abgelehnt. Dasselbe geschieht mit einem Antrag Hoff, der für die Zeit des Streikes Beitragsfreiheit verlangt. Er wird von dem Antragsteller und Engel bestritten, von Baumann und Stierwald bekämpft. Ein Antrag Scherlinske, jede Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ mit einer Inhaltsangabe zu versehen, wird abgelehnt, ein zweiter Antrag, „auf die Tagesordnung der Breslauer Generalversammlungen die Ferienfrage zu setzen“, angenommen. Brandes schließt darauf mit anfeuernden Worten die Generalversammlung um 2 Uhr. —

Kleine Chronik.

Selbstmord eines Zwölfjährigen.

In Stolze in der Nähe von Bornhöved erhängte sich der 12jährige Sohn des Arbeiters Stoffer im Stalle. Der Junge war beschuldigt worden, seiner 84 Jahre alten Großmutter 5 Mark gestohlen zu haben, und, obwohl er andauernd seine Unschuld beteuerte, hatte man ihn mit der Polizei gedroht. —

Abgestürzte Flieger.

Die Offizierflieger Bachmann und Leutnant Detten, die auf einem Albatros-Eindecker einen Ueberlandflug von Döberitz nach Leipzig unternommen hatten, sind am Sonntag in der Nähe von Rudowwalde abgestürzt. Bachmann wurde leicht verletzt; Detten erlitt einen Oberschenkelbruch und mehrere Rippenbrüche. Der Apparat, der für die türkische Seeresverwaltung bestimmt ist, wurde schwer beschädigt. —

Raubmord.

Ein entsetzlicher Raubmord wurde in der Nacht zum Sonntag in Katiowitz verübt. Das Schuhmacherehepaar Dylla wurde am Morgen in seiner Wohnung tot aufgefunden. Die beiden Leichen waren durch Messerliche entsetzlich verunstaltet. Ein größerer Geldbetrag, den das Ehepaar in seiner Wohnung aufzubewahren pflegte, fehlte. Man vermutet, daß ein Verwandter des ermordeten Ehepaars den Raubmord verübt hat. —

Familientragödie.

Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich in Dortmund. Der italienische Arbeiter Calevesi war mit seiner Frau in Streit geraten und beide Eheleute bearbeiteten sich gegenseitig mit Messern. Schließlich ergriff der Mann ein Plättchen und zertrümmerte damit seiner Frau den Schädel. Der Tod der Frau trat bald darauf ein. Auch der Ehemann hat durch Messerliche erhebliche Verletzungen erlitten, so daß er ins Krankenhaus aufgenommen werden mußte. —

Schneefürne in Skandinavien.

Aus Bergen wird berichtet: Die Schneeverhältnisse in der letzten Zeit sind ganz ungewöhnlich Natur. Ein mit 35 Passagieren größtenteils Touristen besetzter Zug ist bei Hallingsted im Schnee stecken geblieben. Bisher ist es nicht gelungen, eine Weiterfahrt des Zuges zu ermöglichen. Der Zug führt ausreichend Proviant mit sich, so daß die Passagiere keinen Mangel leiden. —

Eine 40fache Kindesmörderin.

In Lodz ist die Polizei zahlreichen Verbrechen einer Hebamme auf die Spur gekommen. Gegen die Frau war eine Anzeige eingelaufen, daß in letzter Zeit mehrere neugeborene Kinder, die ihr übergeben worden waren, in ihrer Wohnung gestorben seien. Bei einer Hausdurchsuchung fand man fünf verweste Kindesleichen. Die Hebamme war aus Lodz geflüchtet. Es konnten ihr bereits 40 Kindesmorde nachgewiesen werden. —

Die Explosion in Baltimore.

Durch die Explosion in Baltimore sind nach den neuesten Feststellungen 54 Personen getötet und 40 verletzt sowie außerdem drei Fahrzeuge zerstört worden. —

Bereins-Kalender.

Gewerbegerichtsbeisitzer. Dienstag den 11. März, abends 8 1/2 Uhr. Sitzung bei Gustav Böhmke, Kleine Klosterstraße 15/16. 268

Arbeiter-Samariterkolonne Magdeburg, Abteilung Gros-Dittersleben. Beginn des Kurzus am Dienstag den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Neuberg, Magdeburger Straße. 346

Neue Neufährer-Dauerschor. Jeden Dienstag Übungsstunde im „Weißen Hirsch“. 352

Sudenburg-Sängerinnen-Chor. Jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Julius Flemming (Deutscher Hof), St.-Michael-Straße 16.

Turnerschaft Magdeburg (M. T.). Am Mittwoch den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung des engeren Vorstandes und der Abteilungs-vorsitzenden und Kassierer bei Luchterfeld. —

Wennewitz. Gefangenen-Siedertafel. Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Meyer. 351

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.			
Iffer, Eger und Moldau.			
Jungbunzlau	7. März	Fall	Buch
6. März	+ 0,56	+ 0,48	0,10
„	+ 0,46	+ 0,38	0,08
„	— 0,12	— 0,20	0,08
8. „	+ 0,17	—	—
Inntrut und Saale.			
8. März	+ 1,25	+ 1,10	0,15
„	+ 0,46	+ 0,60	0,14
„	+ 2,22	+ 2,04	0,18
„	+ 1,46	+ 1,52	0,06
„	+ 1,13	+ 1,20	0,07
„	+ 1,60	+ 1,68	0,08
„	+ 0,90	+ 1,05	0,15
„	+ 0,79	+ 1,09	0,30
Wuthe.			
8. März	+ 0,32	+ 0,40	0,08
Elbe.			
6. März	— 0,29	— 0,55	0,06
„	+ 0,32	+ 0,52	0,20
„	— 0,15	+ 0,12	0,27
„	+ 0,40	+ 0,61	0,21
„	+ 0,83	+ 0,87	0,24
8. „	— 0,98	— 0,81	0,17
„	+ 0,82	+ 1,12	0,30
„	+ 1,73	+ 1,96	0,23
„	+ 1,04	+ 1,23	0,19
„	+ 1,36	—	—
„	+ 1,26	—	—
„	+ 1,16	+ 1,32	0,16
9. „	+ 1,75	+ 1,85	0,10
„	+ 1,51	+ 1,52	0,01
„	+ 1,05	+ 1,03	0,02
„	+ 1,10	—	—
„	+ 1,16	+ 1,14	0,02
„	+ 1,13	+ 1,11	0,02

* Aufjig, 10. März. Pegelstand + 0,95 Meter. Vom Oberlauf werden 2 Zentimeter Fall gemeldet. Magdeb. Stg.

Stadt-Theater.

Magdeburg, 9. März.

Cavalleria rusticana und Bajazzo. Gastspiel der

Debitantin Julia Gelobter aus Wien als Santuzza.

Die Rolle der Santuzza ist für die Debitantin eine Aufgabe, die zwar außerordentlich leicht zu lösen ist. Das betroffene Weib darzustellen, das zwischen Liebe und Rache schwankt und alle Phasen der Leidenschaft durchläuft, ist ein Endziel der Charaktermalerei in der Bühnenkunst. Indessen in Julia Gelobters Aben scheint das richtige Theaterblut zu fließen. Werke man auch ihrer Darstellung das Einstudierte und noch Angelernte an, so zeigte sie doch wiederholt in einigen Situationen Geschick und die richtige Auffassung, das Musikalische mit dem rein Bühnenischen gut zu verbinden. Ueberhaupt fand ihre musikalische Leistung sehr hoch. Sie besitzt elementare Tugenden der Belangsamkeit in hohem Maße, hat einen sehr ergiebigen Sopran, dessen Schönheit trotz der leidenschaftlichen Akzente auch im Forte nicht verloren ging. So dürfen wir wohl mit einem Engagement der jungen Künstlerin rechnen.

Die musikalische Führung besorgte heute Kapellmeister Siegfried Blumann. Wenn er die Tempi stellenweise etwas gemächlicher und breiter genommen hätte, dürfte dies nicht zum Schaden gewesen sein. Der unbekannte Korrektor in den Kulissen hatte es nicht nur mit Zeitdifferenzen zu tun, sondern er darf auch die Höhe in dieser Form nicht wieder herzustellen. Der fleißige Paul Verheyen zeigte sich heute zum erstenmal als Turridu und Canio, in welchen Rollen er einen recht günstigen Erfolg hatte. Elfe Bengell als Lucia war wieder vortrefflich. Elfe Erdmann dürfte der Rolle der Lola noch viel abzugewinnen haben, ehe sie überhaupt zu Einbruch gelangt. Albrecht v. Ullmann, darstellerisch gut, wird bei seiner Gelangungsdank zu keinem allzu günstigen musikalischen Erfolg gelangen. Er trat in den Rollen des Uffio und Canio auf. Reichlich heiß blieb Theodor Wehhard als feuriger Silvio, der die liebegelähmte Nedda einführen will. Diese Partie sang Paula Stein mit Temperament und guten musikalischen Eigenschaften. Grote.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Mein Favorit

Sulima-Ligarette

5 Pfg

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 8. März.

Aufgebote: Kaufmann Rudolf Freitag mit Elisabeth Knoche, Fabrikarbeiter Adolf Wolff mit Olga Krause, Tischler Friedrich Jordan hier mit Emma Hermine Helmede in Halenstedt, Schneidermeister Otto Boigt hier mit Marie Zimmermann in Mühlbudenleben, Schlosser Walter Gruner hier mit Marie Berner in Köthen, Kraftwagenführer Karl Thiele hier mit Emma Böfel in Köthen, Kaufmann Robert Borchers mit Gertrud Gieseler hier, Telegraphen-Arbeiter Otto Bunge mit Anna Selmholtz, Gärtner Paul Trottnow mit Lina Land.

Eheschließungen: Kaufmann Arno Fellsiegel mit Ida Kaufe, Kaufmann Wilhelm Bodenstein mit Martha Müller, Bankbeamter Richard Hohmann mit Marie Roggum, Architekt und Baumeister Artur Lämmel mit Elise Schmidt.

Geburten: Otto, S. des Portiers Adolf Borchert, Jrmgard, T. des Kesselschmieds Hermann Winter, Hildegard, T. des Kranführers Karl Stage, Erika, T. des Kaufmanns Adolf Jungten, Annemarie, T. des Friseurs Walter Venese, Hanna, T. des Handelsmanns Ernst Delke.

Todesfälle: Geheimer Sanitätsrat Doktor Abrecht Raempf, 74 J. 6 M. 25 T. Witwe Veronika Ladraich geb. Burkhart, 86 J. 6 M. 11 T. Witwe Amalie Straubel geb. Kroll, 74 J. 10 M. 18 T. Witwe Johanne Neumann geb. Venese, 68 J. 7 M. 3 T. Anna geb. Grasse, Ehefrau des Handbuchmachers Emil Strobel, 49 J. 8 M. 24 T. Elisabeth geb. Cornelius, Ehefrau des Kupferstichmachers Albert Riech, 40 J. 1 M. 20 T. Schneiderin Rosalie Kridmeyer, unverehelicht, 81 J. 8 M. 11 T. Ernst, S. des Schiffsteuerers August Griebler, 2 J. 4 M. 13 T. Kurt, S. des Kantinenverwalters Richard Galle, 20 T.

Eudenburg, 8. März.

Aufgebote: Sergeant Wilhelm Arnold mit Marie Schmidt, Notenschreiber Ernst Schiewald in Leipzig mit Elise Rikmann hier.

Eheschließungen: Maurer Wilhelm Gatzmann mit Witwe Auguste Duschek geb. Gebert, Wiegwachtmeister Richard Rhode in Dresden mit Elise Knobel hier, Werkmeister Franz Gubner mit Witwe Hulda Krebs geb. Hufsch.

Geburten: Frida, T. des Schneiders Hermann Sübide, Erich, S. des Kaufmanns Erich Brandes, Friedrich, S. des Schleifhofaufsehers Friedrich Krosch, Erwald, S. des Handelsmanns Ernst Schilf.

Todesfälle: Kurt, S. des Intend.-Kanzlisten Richard Thom, 5 M. 13 T. Renier Germ. Lude aus Groß-Nodensleben, 60 J. 8 M. 1 T. Geburt: S. des Arbeiters Wilhelm Weil.

Budau, 8. März.

Eheschließungen: Kaufm. Heinrich Frieß mit Emma Ernst, Former Joseph Schröder mit Witwe Landgraf, Emilie geb. Hoffede, Monteur Walter Gengner mit Anna Masche. Geburt: Herbert, S. des Operationswärters Friedrich Mackworth.

Neustadt, 8. März.

Aufgebote: Maler Reinhold Berner mit Margarete Wlisch, Schausteller Willi Falk mit Luise Kafusche, Eisenbahnlokomotiv-Diöfseher Willi Lübeck mit Ella Wahl hier. **Eheschließungen:** Eisenbahnschaffner Gustav Preugschat mit Martha Blinke, Kaufmann Gustav Bester mit Luise Thiele, Arb. Matthias Fischer mit Elisabeth Fleischer.

Geburten: Kurt, S. des Elektrotechnikers Hermann Gabener, Elisabeth und Rudi, Zwillingkinder des Ruchts, Hermann Wächner, Paul, S. des Buchhalters Paul Wäde.

Todesfälle: Kurt, S. des Reserve-Loomotivführers Paul Frindic, 6 M. 1 T. Ehefrau des Formers Reinhold Menndie, Hedwig geb. Wessendorf, 25 J. 6 M. 5 T. Schneidermeister Ludwig Garz, 58 J. 2 M. 14 T.

M. Rothensee.

Aufgebote: Aushilfschaffner Louis Dippold mit Auguste Volkland.

Mischerleben.

Eheschließungen: Schlosser Albert Lieber mit Frida Schulze, Eizendreher Louis Westphal mit Ida Wägel. Geburt: T. des Ruchfers Karl Hoffmann.

Burg.

Aufgebote: Weichgerber Ernst Paul Fuchs mit Frida Heinecke, Schuhfabrikarbeiter Hermann Wilhelm Otto mit Anna Emma Kühnel, Schuhfabrikarbeiter Friedrich Wilhelm Bonath mit Emma Haupte, Bädergejelle Heinrich Paul Nyrendt mit Anionie Frida Elisabeth Senje in Magdeburg, Maschinist Friedrich Wilhelm Trümper hier mit Marie Elisabeth Rabe in Nordgermersleben, Weichgerber Hermann Otto Krüger mit Hedwig Frida Flügge, Handlungsgehilfe Hermann Friedrich Einhaus in Stendal mit Anna Emma Feiß hier, Schlosser Karl Johann Friedrich Rabe mit Marie Specht.

Geburten: S. des Schuhmachers Willi Perich, S. des Fleischers Hermann Senf, S. des Schuhfabrikarbeiters Otto Kurjic, T. des Arbeiters Paul Gienjch, T. des Drechlers Otto Raproth, T. des Schmieds Ernst Sindau.

Todesfälle: Minna Edeling geb. Pannier, Ehefrau des Reisenden Otto Edeling, 37 J. Willi Klübe, 9 M. Dorothee Wille geb. Steiler, Witwe des Aderbürgers Wilhelm Wille, 65 J. Katharina Raeder geb. Wiefinger, Witwe des Schauspielers Arthur Raeder, 57 J. Elise, T. des Weichgerbers Albert Pranger, 5 J.

Kudolf, S. des Lehrers Wilhelm Brandes, 8 J. Reinhold, S. des Schuhmachers Reinhold Brandt, 5 J. Gertrud Fuhrmann, 2 M.

Fulberstadt.

Aufgebote: Kaufmann Wilhelm Diekmann in Queblinburg mit Erna Siebel hier, Fabrikarbeiter Richard Weber mit Anna Stöcklein in Halle a. d. S. Bergmann Paul Struwe in Leoni mit Marie Feisthorn in Gerlebogel, Feldwebel Otto Gehhardt in Queblinburg mit Hermine Wolf hier, Bankbeamter Willi Hage in Berlin mit Gertrud Damoginski hier, Bankbuchhalter Adolf Schaefer in Braunschweig mit Ida Koch hier, Bergmann Friedrich Hermann Otto Felgenhauer mit Helene Wilhelmmine Rödel in Canena, Bahnarbeiter Otto Seifert hier mit Anna Schaefer in Schwanebeck, Maurer Rudolf Reune mit Martha Schröder, Schriftfeger Erich Herre mit Anna Vater, Zuschneider Franz Roller mit Gertrud Wilsche, Fabrikarbeiter Robert Heine mit Anna Lelle, Offizierspfeifewirt Ernst Gottlieb Gustav Niebenstahl hier mit Magdalene Friederike Marianne Niebenstahl in Berlin-Schöneberg, Sergeant Gottlieb Johann Becker hier mit Johanne Emma Hoppe in Leopoldshall, Tischler Ernst Otto Leufchner in Gera mit Emilie Verto Traviel zu Golbitz.

Eheschließung: Schmied Gustav Mühlberg mit Marie Meher.

Geburten: T. des Kaufmanns Otto Becker, T. des Malers Karl Hontigmann, S. des Damenschneiders Hermann Passarge, S. des Graveurs Rudolf Depping, T. des Maurers Franz Kelle, S. des Malers Karl Baer, S. des Polizeiergeanten Hermann Mebes, S. des Maurers Gustav Schlüter, T. des Arbeiters Karl Grafhoff, S. des Zeichenlehrers Kurt Schneider, S. des Tischlers Bernhard Lauberbach.

Todesfälle: Witwe Appel, Dorothee geb. Wolff, 69 J. Kapitellan a. D. Wilhelm Ehler, 66 J. Helene, T. des Arbeiters Walter Homung, 3 M. Ehefrau des Arbeiters Richard Reich, Marie geb. Schulz, 33 J. Materialenverwalter Paul Goldstein, 57 J. Heinrich, S. des Oberkellners Heinrich Bothe, 19 T. Eisenbahnschaffner a. D. Wilhelm Schröder, 62 J. Rentner Johannes Tschöde, 63 J.

Neuhaldensleben.

Aufgebote: Gastwirt Ernst Bernhard Hermann Weinberg in Hundisburg mit Luise Marie Dorothee Meier hier, Ruchfer Friedrich Karl Quack hier mit Friederike Ida Geride, Eidendorf.

Eheschließungen: Kaufmann Karl Robert Emil Banse mit Marie Sophie Rünemann.

Geburten: S. des Buchhalters Georg Willi Bennewitz, S. des Aderbürgers Karl Hermann Christian Adermann.

Todesfälle: Witwe des Maurers Hermann Fideri, Wilhelmine geb. Westphal, 84 J. 6 M. 8 T.



Blendol

putzt einzig in seiner Art, so dass man Zeit u. Mühe spart!



In Glas u. Blechflaschen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Glänzende Existenz

— für Herren und Damen aller Stände —
— oder großartiger Nebenverdienst. —
Sofort 300 M. und mehr monatlich kann jeder verdienen mit einem kleinen Kapital von 200 bis 300 Mark. Raum in der eignen Wohnung ausgeführt werden. Vorkenntnisse nicht erforderlich. Da es sich um eine streng reelle Sache handelt, wollen sich nur seriöse Leute melden.
Georg Tonn, Berlin SW, Königgrätzer Straße 66.

Schmiede-Lehrling
Sucht nach außerhalb. Zu erfragen Sandstraße 8. Wernecke.

Schloßer- und Schmiede-Lehrlinge
Sucht nach außerhalb. Zu erfragen Sandstraße 8. Wernecke.

Elektromonteur
Sucht nach außerhalb. Zu erfragen Sandstraße 8. Wernecke.

Uniform-Schneider
Sucht nach außerhalb. Zu erfragen Sandstraße 8. Wernecke.

2 Mädchen
Sucht zum 1. April. Marie Böhme, Magdeburg, Kleine Klosterstraße 15.

Tapeten-Massen-Verkauf!

Dieses Frühjahrs-Extra-Angebot in nur neuen, modernen Tapeten vom 10. bis 25. März wird wieder den Beweis liefern, daß Hauswirte, Baugeschäfte, Mieter nur allein ihre Tapeten direkt aus einer Tapetenfabrik konkurrenzlos billig kaufen können. Nur direkter Einkauf in der Tapetenfabrik bietet Vorteile, die kein Händler infolge des vertaernden Zwischenhandels bieten kann.

Serie I
Jede Rolle 8—15 Pf.
reizende Sachen für Stube, Kammer und Küche etc. Eigentlicher Wert 12—20 Pf.

Serie II
Jede Rolle 16—20 Pf.
herrliche Muster, feine Goldtapeten, für Schlafzimmer, Wohnzimmer etc. Eigentlicher Wert 22—28 Pf.

Serie III
Jede Rolle 22—28 Pf.
nur elegante, vornehme Tapeten, in Gobelin, mit und ohne Gold. Eigentlicher Wert 30—38 Pf.

Serie IV
Jede Rolle 30—60 Pf.
nur bessere Natureills, Fond- und Ingraintapeten, mit und ohne Gold. Eigentlicher Wert 40—120 Pf.

Prima Fußbodenlackfarbe Pfund 60 Pf. — Emaillelack Pfund 80 Pf. — Ofenlack Dose 25 Pf.

Nur zu beziehen durch unser Geschäft

Cremers Tapetenhaus Große Münzstraße 1

Telephon Nr. 5249 12 Detailgeschäfte — Nicht im Ring — Schönebecker Tapetenfabrik G. m. b. H. Telephon Nr. 5240

Bezugsquellen-Verzeichnis

Auf Credit
Möbel, Betten, Polster-Waren
S. OSSWALD
Magdeburg, Breite Weg 118

A. Friedländer
Möbel u. Waren auf Kredit.
Bezeichnung erbeten.
Gegründet 1872.

Neutral
Bürgerliches Kaufhaus
GROSSER STR. 11

Caracener Brauerei
Konditionen, Sammler.

Patentbüro Peters
Prälattenstr. 29. Magdeburg.

Warenhäuser
Kohl, Holz, Grundst. etc.

Gommern
Friedr. Böpenack, Fleischerstr. 1.

Burg
Gust. Götze, Lederhdt. Waagstr. 1.

Neuhaldensleben
Rich. Kneisel, Bäcker- u. Konditor.

Förderstedt
CARL BATHGE

Groß-Salze
Aug. Schönmeyer, Kolonialwaren

Aken a. E.
Fz. Heusermann, Bäck., Konsumlied.

Egela
Moritz Kaufmann, Konfektion.

Frohse a. E.
W. Helms, Bäck., Kond., Breitenweg.

Stassfurt
S. & M. Crohn

Stendal
Bergbrauerei A.-G.

Thale a. H.
W. Hildebrandt, Kolonialwaren.

Wanzleben
O. Schmerschneider Nachf. Hausakt.

Warnigerohe-Hasserode
Otto Bortmann, Cigarr.-Spezialh.

Schönebeck a. Elbe
P. Günther, Alkoholfreies u. Bier.

Wolmirstedt
A. Fricke, Elbeauer Landbr.

Für das Bezugsquellen-Verzeichnis ist die Firma Josef Wiegand in Leipzig verantwortlich. Anfragen sind dahin zu richten.

